

Morwirts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 3. März 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement • Preis dreimonatlich
vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
liste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich • Ungarn
2,50 Mark, für das übrige Ausland
4 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst 1894.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
oder deren Raum 60 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das festgesetzte
Wort 30 Pf. (zuletzt 2 festgesetzte
Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf.,
Stellenangebote und Stellenanzeigen
das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Opfer um Opfer.

Seit der preussisch-deutsche Militarismus das ungeheuerliche Milliardenopfer des vergangenen Jahres geschluckt hat, scheint er es unmittelbar darauf anzulegen, seinen Abstand zu dem Empfinden des deutschen Volkes mit jedem Tage deutlicher zu betonen. Von Bayern ganz zu schweigen, vergehen kaum vierundzwanzig Stunden, ohne daß sich in den Bereichen des Militarismus ein Vorfall ereignet, der zeigt, mit wieviel Recht die Sozialdemokratie dem ganzen System unerbittlichen Kampfs angelegt hat. Opfer fallen um Opfer. Da ist allein von dem, was in der letzten Woche in die Öffentlichkeit gedrungen ist, der Fall des Sergeanten vom 3. Garderegiment zu Fuß, der einen Untergebenen aus dem Spundnapf laufen ließ und dafür die schreckliche Strafe von drei Monaten Gefängnis einheimste, der Fall des Unteroffiziers vom Infanterieregiment 145 in Metz, der durch Selbstmord endete, weil sein Hauptmann ihm aufsaß, der Fall des Dragoners vom 9. Regiment, der Mißhandlungen „alter Leute“ erlag, und der Fall des Leutnants vom Infanterieregiment 98, der im Zweikampf mit einem Kameraden das Leben ließ — Opfer um Opfer, und jedes in irgendeiner Hinsicht dem Militarismus ins Schuldbuch zu setzen. Da ist aber vor allem der Fall der beiden Generalsburschen in Reife, die ihren „Herrn“ mißhandelt haben sollten und sich dann beide die Köpfe vor einem Eisenbahnzug abfahren ließen.

Die Militärbehörden, die tagtäglich offiziöse Meldungen von angeblichen Angriffen angeblicher elässischer Rationalisten auf Unteroffiziere in den Reichsländern in die Welt gehen lassen, haben sich zu diesem Fall sehr schweigend verhalten und man weiß nur, was in den spärlichen Zeitungsnachrichten zu lesen stand. Danach wollte der Generalmajor Voss, Kommandeur der 24. Infanteriebrigade, seine beiden Burschen, weil sie nicht zum Dienst erschienen, weiden, wurde aber von ihnen überfallen und leicht verletzt. Die Täter entflohen, aber nur, um eine Gelegenheit zu finden, sich unter einen Zug zu legen. Die in erster Reihe über den dunklen Vorfall Auskunft geben könnten, sind also stumm. Aber gerade deshalb wirft sich ein ganzes Bündel von Fragen auf, denen allerdings der Militarismus und seine bedollmächtigten Vertreter die Antwort kaum so leicht finden dürften. Daß zu Burschen, zumal zu Burschen eines Generals, nur Soldaten von tadelloser Führung verwendet werden, ist eine alte Tatsache, und es läßt sich deshalb kaum annehmen, daß Herr Voss durch Zufall zu zwei ausgewählten Kollingen gekommen ist, die sich vornahmen, trotz der hinter solcher Tat winkenden Zuchthausmauern, den Offizier bei erster bester Gelegenheit einmal windelweich zu prügeln. Sondern die beiden, der Hausburche wie der Pferdebursche, werden Soldaten von durchaus normalem Charakter gewesen sein. Dann aber erklärt sich die Tat nur als Akt blinder Verzweiflung. Verzweifelte waren es, die gegen den General losfuhren, Verzweifelte, die danach angesichts eines herantrollenden Zuges den Kopf auf die Schienen drehten. Allerdings müßte man, um dieser Verzweiflung auf den Grund zu kommen, wissen, wie der Herr Generalmajor seine Burschen im allgemeinen zu behandeln pflegte. Wie lange sie am Abend vor dem verhängnisvollen Morgen dienstlich beschäftigt waren und vor allem, in welcher Form der General die Schläfer weckte. Es hat ja sicher viel psychologische Wahrscheinlichkeit für sich, daß die beiden jungen Leute, durch unangemessene Behandlung überhaupt verbittert und verzweifelt, an jenem Morgen nach anstrengendem Dienst durch Uebermüdung länger auf ihrem Lager gehalten wurden, als ihnen des Dienstes unerbittliche Uhr gestattete. Vielleicht wurden sie dann in handgreiflicher Weise, durch Wegreißen der Decken oder durch Uebergießen mit kaltem Wasser, aus diesem tiefen Schlaf geweckt und da, in der Schlaftrunkenheit halb, halb in der Verzweiflung ihrer Herzen, ließen sie sich zu einer Handlung hinreißen, die das Kriegsgericht mit furchtbar drakonischen Strafen ahnden mußte. Fünf Jahre Zuchthaus! Sehn Jahre Zuchthaus! Dann lieber ein Ende mit Schrecken! Und zur rechten Zeit rollte der Güterzug 7313 heran.

Wie aber auch die Angelegenheit im einzelnen liegen mag, auf jeden Fall sind hier zwei junge blühende Menschenleben vernichtet worden, weil unser militaristisches System als einen seiner stärksten Auswüchse das Burschenunwesen kennt. Sätte der Herr General zur Reinigung seiner Reitstiefel und zur Beforgung seiner Pferde Privatdiener anstellen müssen, über die ihm keine Disziplinargewalt zustand, so hätte er sie bei einer Vernachlässigung ihrer Pflichten entlassen können, und beiden Teilen wäre kein Schaden geschehen, aber nimmer wären zwei junge Menschen in solche Geistesverwirrung gestürzt worden, daß sie an sich selber die Todesstrafe vollzogen, lehten Endes nur deshalb, weil sie sich verhassten hatten. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hatte bei der Beratung der Heeresvorlage des Jahres 1913 einen Antrag gestellt, der auf Abschaffung des Burschenunwesens hinauslief. Schon aus rein militärischen Gründen hatte dieser Antrag viel für sich, denn durch ihre Verwendung als Burschen werden rund 30 000 Soldaten im Jahr dem größten Teil des Dienstes entzogen. Bei der Begründung des Antrags verlas Genosse Stücken Stellen aus dem Buch eines früheren Offiziers, Axel v. Alkenstein, in dem die Fälle der

einem Burschen obliegenden Pflichten erläutert wird. Es heißt da etwa:

Die Verschiedenheit zwischen dem Burschendienst im Hause eines verheirateten und eines unverheirateten Offiziers ist im wesentlichen nur gering; er wird bald hier, bald dort höhere Anforderungen an den Burschen stellen, der im ersteren Falle allerdings mehr den Diener, im letzteren wohl oder übel das Mädchen für alles spielen muß. Dient der Soldat bei einer Familie, so werden ihm von der Frau des Hauses die notwendigen Anweisungen erteilt. Bei verheirateten Offizieren werden überhaupt viele Anordnungen für die Tätigkeit des Burschen von der Hausfrau ausgehen müssen. Der Bursche hat solche mit derselben Ehrerbietung entgegenzunehmen und mit derselben Pünktlichkeit auszuführen, wie die Befehle des Offiziers selbst, denn sie sind im Namen des Offiziers und in seiner Vertretung gegeben.

Und an anderer Stelle:

Bei einem Jungesellen empfiehlt es sich, angenommen, daß er über drei Zimmer mit Zubehör verfügt, außer der täglichen allgemeinen Reinigung jeden Raum in jeder Woche einmal gründlich, bis in alle Ecken, auf und unter den Schränken, hinter den Lefen usw. durch nasses Aufwischen zu säubern. Es würden hierbei von den sechs Tagen der Woche die ersten drei auf die drei Zimmer des Herrn, der vierte Tag auf die Burschen-, Wadestube und den Korridor entfallen; am fünften würden sämtliche Koffermöbel, Teppiche, Decken, Vorhänge geklopft und am sechsten die Fenster, Türklinen, Ofentüren und alle anderen blanken Teile gepußt.

Wenn es stimmen sollte, was damals der Generalleutnant v. Wandel im Reichstag ausführte, daß außerdem die Burschen den größten Teil des Dienstes innerhalb der Kompagnie mitmachen, so kann sich auch der militärische Raie von ihrer Ueberbürdung eine Vorstellung machen und wird es erst recht nicht als das ruchloseste aller Verbrechen ansehen, wenn sich ein solcher Mann einmal später aus den Armen des Schlafes losreißt, als er sollte.

Aber die Konservativen haben in dem sozialdemokratischen Antrag einen Eingriff des Parlaments in militärische Maßnahmen, der schon als solcher zurückgewiesen werden mußte, und die bürgerliche Mehrheit stimmte dem auch gegen den Antrag. Hoch die Unantastbarkeit der militärischen Maßnahmen! Hoch der Militarismus! Und inzwischen fallen weiter Opfer um Opfer.

Was ging in Reife vor?

Die Militärbehörde schweigt. Aber allerlei Einzelheiten werden berichtet, die eine Aufklärung immer dringender nötig machen. Vorläufig wollen wir nur wiedergeben, was die „Dresdener Zeitung“ berichtet. Danach ging General Voss die beiden Burschen mit der Reitpeitsche weiden, während eine Kammerzofe die schlaftrunkenen Soldaten mit einem Kübel kalten Wassers übergießte. Erst nach diesem Exzeß schlugen die Burschen den General nieder. Sie hatten erst am Tage zuvor die Zimmer der Generalwohnung aufräumen müssen, nachdem abends 1 Uhr eine Gesellschaft beendet war. Die bürgerliche Presse schiebt die Schuld an dem Exzeß auf die — Kammerzofe (!), deren Angebereien und den Klagen seiner jungen Frau über die Burschen habe der General geglaubt.

Gegen die Soldatenmißhandlungen in — Bayern.

Kriegsminister Freiherr v. Streh hat über die Behandlung der Soldaten einen Erlass ausgegeben, in welchem es heißt:

„Die Fälle unwürdiger Behandlung von Untergebenen haben trotz vielfacher Erlasse des Kriegsministeriums keine genügende Einschränkung erfahren. Um dies endlich zu erreichen, ist es unerlässlich, daß bei allen Vorgesetzten der ernstliche Wille zur Ausrottung dieses, die Armees nach innen wie nach außen schwer schädigenden Übels vorhanden ist. Allen voran muß ich von jedem Offizier fordern, daß er, der Vornehmheit seines Berufes eingedenk, sich nicht nur roher Behandlung, sondern auch der gewohnheitsmäßigen Anwendung von Schimpfworten enthält. Ich erwarte, daß in dem Vorgehen gegen Offiziere, die die erforderliche Selbstbeherrschung vermissen lassen, künftig jede unangebrachte Rücksicht von dem Disziplinarvorgesetzten oder dem Gerichtsherrn beiseite gelassen wird. Von ausschlaggebender Bedeutung für die Erreichung dieses Zieles ist eine gewissenhafte Handhabung der Dienstaufsicht und eine nachhaltige Erzählung der Unteroffiziere und der mit Vorgesetztenengenschaft ausgestatteten Mannschaften durch die Kompagnieführer usw. Ich werde die dem Kriegsministerium zur Meldung gebrachten Fälle eingehend prüfen lassen und mit unumschriebener Strenge auch gegen jene Vorgesetzten einschreiten, die durch nachlässige Pflichtauffassung eine Mitschuld an unwürdiger Behandlung von Mannschaften tragen. Offiziere, die fernerhin persönlich in größlicher Weise gegen den nur zur Genüge gekennzeichneten Willen des Kriegsministeriums verstoßen oder die Pflicht der Dienstaufsicht in erheblichem Grade vernachlässigen, haben eine strenge Erörterung der Frage, ob sie sich noch für ihre Stellung eignen, zu gewärtigen. Damit auch die Unteroffiziere über die Tragweite einer solchen Handlungsweise nicht im Unklaren sind, ist ihnen zu eröffnen, daß bei schweren Fällen von Mißbrauch der

Dienstgewalt — es zählen hierzu auch Schikanen und Quälereien der Mannschaften im inneren Dienst, — nach dem Willen des Kriegsministeriums die Genehmigung zur Fortsetzung der Kapitulation nicht mehr erteilt werden soll, sofern nicht überhaupt eine sofortige Kapitulationslösung eintritt. Die Befürchtung, daß durch ein strenges Vorgehen gegen die Mißhandlungen die Leistungen einer Truppe Schaden leiden könnten, ist irrig. Der anständige Geist einer Abteilung und damit die wirkliche Disziplin ist durch die erniedrigende Behandlung der Mannschaften und durch eine mehr oder minder offene Duldung einer solchen in weit höherem Grade gefährdet. Bei aller Strenge der dienstlichen Anforderungen, von denen nichts nachgelassen werden soll, muß der Soldat die Empfindung haben, daß seine Vorgesetzten auf gute und gerechte Behandlung sehen. Die Vorgesetzten aller Grade müssen sich bemühen, daß gerade durch eine able Behandlung der Mannschaften der Armees die meisten Feinde entstehen und die Lust am Wehrdienste verborben wird, während im anderen Falle sich auch Leute zu brauchbaren Soldaten erziehen lassen, die mit einem Vorurteil zum Heere eingerückt sind.“

Die gute Absicht dieses Erlasses ist gewiß nicht zu verkennen und es wäre nur zu wünschen, daß der preussische Kriegsminister einen solchen scharfen Ton anschläge. Aber allzu große Erwartungen auf die Wirksamkeit des Erlasses darf man nicht setzen. Ähnliche Forderungen gegen die Soldatenmißhandlungen sind schon in früheren Jahren erlassen worden, ohne daß die Mißhandlungen und Schleichereien in der Kaserne ein Ende genommen hätten. Die Wurzeln der Soldatenmißhandlungen liegen zu tief in dem System des auf dem Kadavergehorsam aufgebauten Militarismus, als daß sie durch gutgemeinte Erlasse aus der Welt geschafft würden.

Gemeinschädliche Quacksalberei.

Die gesetzgeberische Aktion gegen den Geburtenrückgang, wie sie sich zurzeit in der Reichstagskommission zur Beratung des Entwurfs betr. Aenderung der §§ 56 und 56 c der Gewerbeordnung abspielt, liefert wieder mal ein Musterbeispiel für die leichtfertige Oberflächlichkeit, mit der gewisse Leute am Volkskörper herumkurieren.

Die Mehrheit dieser Kommission hat nicht nur den Regierungswünschen zugestimmt hinsichtlich des Verbots, Mittel zur Empfängnisverhütung und Schwangerschaftsbeendigung im Hausverkauf zu vertreiben, sie hat darüber hinaus eine Resolution und einen gleichlautenden Initiativ-Gesetzentwurf zugute gefördert, der den gesamten Handel mit jenen Gegenständen lahmlegen will. 213 Namen aller bürgerlichen Parteien stehen unter diesem Entwurf. Er hat also von vornherein die Mehrheit des Hauses, und da er auch der Sanktion des Bundesrates sicher ist — entspricht er doch einem nicht zur parlamentarischen Verabreichung gelangten Regierungsentwurf von 1910 („gegen Mißstände im Heilgewerbe“) —, so wird das deutsche Volk alsbald seine Segnungen zu spüren bekommen.

Der Geburtenrückgang soll danach durch folgende Maßnahmen zum Stillstand gebracht werden: 1. Der Bundesrat wird ermächtigt, den Verkehr mit Gegenständen, die zur Beseitigung der Schwangerschaft bestimmt sind, zu beschränken oder ganz zu untersagen.

2. Die gleiche Befugnis wird dem Bundesrat erteilt hinsichtlich der zur Verhütung der Empfängnis bestimmten Gegenstände, „insoweit, als nicht die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des gesundheitlichen Schutzes entgegensteht“.

3. Alle solche Gegenstände, einerlei ob sie zugleich der Gesundheit dienen oder nicht, dürfen fortan nicht mehr öffentlich angekauft oder angepriesen werden.

Die Vertreter der Sozialdemokratie in der Kommission haben sich dieser gesetzgeberischen Aktion in allen Teilen ablehnend gegenübergestellt. Das Motiv ist nicht, wie unsere Gegner fälschlich behaupten, weil die Sozialdemokratie in dem Geburtenrückgang eine begrüßenswerte Erscheinung sähe. Nicht um die Förderung der Geburtenrückgang ist es uns dabei zu tun, sondern um die Förderung der Volksgesundheit auf dem raschhygienisch wichtigsten Gebiet, dem Gebiet der Sexualhygiene.

Daß die Namen der konservativen und ultramontanen Charlatane und Volkseuromunder unter einem solchen Gesetzentwurf stehen, ist selbstverständlich. Auch Herrn Wassermann und seine Gefolgsleute konnte man schon das dazu nötige Maß von Unwissenheit und Polizeifinn in soziologischen Dingen zutrauen. Aber daß auch linksliberale Politiker unter der Führung von Friedrich Rammann sich diesem Vorstoß der Herikal-konservativen Reaktion anschließen würden, hatte man doch nicht von vornherein erwartet.

Man durfte gespannt sein, wie der soziale Fackelträger der Volkspartei seine Zustimmung zu diesem gesetzgeberischen Nachwerk rechtfertigen werde. Er hat es jetzt in den Spalten des „Berliner Tageblatts“ getan, dessen Redaktion sich freilich weigert, ihm diesmal Gefolgschaft zu leisten. Aus guten Gründen! Denn was Rammann zur Verteidigung seines Standpunktes vorbringt, ist so oberflächlich und haltlos, daß man sich wundert, daß ein Politiker, der auf geistige Reputation hält, mit so etwas vor die Öffentlichkeit zu treten wagt.

Was Rammann über die tieferen Gründe des Geburtenrückgangs in allen kapitalistisch entwickelten Ländern und der Bedeutung der Bevölkerungszunahme für die Demokratie sagt, ist eine Mischung von Nichtigem und Unrichtigem. Der Raum verbietet uns, näher darauf einzugehen. Worauf es uns hier ankommt, ist nachzuweisen, daß er die verhängnisvolle Tragweite der vorge schlagenen Maßnahmen für die Volksgesundheit gänzlich verkennt.

Zunächst das Verbot des Vertriebes von Mitteln zur Beförderung der Schwangerschaft: Niemand kann wünschen, daß keimendes Menschenleben — von besonders gelagerten Ausnahmen abgesehen — wieder vernichtet wird. Schon wegen der damit verbundenen Gefahr für Gesundheit und Leben des mütterlichen Organismus sind leichtfertige Eingriffe dieser Art zu verurteilen. Aber ebensowenig kann jemand, der weiß, unter welchem wirtschaftlichen oder sozialen Druck die werdenden Mütter einen solchen Schritt tun, sich darüber äussern, daß die Vorenthaltung der von der modernen Industrie gelieferten Mittel kaum eine erhebliche Zahl von Frauen von ihrem Vorhaben abschrecken wird. Macht man jene Mittel schwerer zugänglich, so greifen die Frauen in ihrer Verzweiflung zu den primitiven Mitteln und Werkzeugen, die allerorts und seit Urzeiten bekannt und in Gebrauch sind. Daß sich die Frau oder das Mädchen, das nicht Mutter werden will, durch die Gefährlichkeit oder Schmerzhaftigkeit auch roherer Eingriffe abbrechen ließe, ist gänzlich unwahrscheinlich. Sie weiß, der Geburtsakt, der ihr sonst bevorsteht, ist nicht minder gefährlich und schmerzhaft.

Will man der Fruchtbarkeitsverhütung entgegenwirken, so kann das nur durch tiefgreifende soziale Maßnahmen geschehen, die die Mutterchaft in Hunderttausenden von Fällen von dem Druck wirtschaftlicher Sorge oder der furchtbaren Angst vor gesellschaftlicher Schande befreien. Tut man das nicht, dann erhöht das Verbot gewisser verbesserter Mittel nur das Maß von Gefahr, Leid und gesundheitlicher Schädigung, das auf dem weiblichen Geschlecht heute lastet.

Was sodann die Gegenstände zur Empfängnisverhütung betrifft, so hat Herr Raumann auch gegen deren Verbot nichts einzuwenden, sofern nur diejenigen Mittel dem freien Verkehr nicht entzogen werden, die zugleich dem Schutz vor Anstehung dienen. Daß man die letzteren nicht verbieten dürfe, ohne Gefahr zu laufen, die ungeheure Zahl der Geschlechtskranken noch zu erhöhen und die dadurch bedingte Hemmung der Bevölkerungsvermehrung noch zu verstärken, ist auch den Herren vom Reichsgesundheitsamt klar. Aber wo liegt die Garantie, daß man eine sachlich einwandfreie Scheidung der Verhütungsmittel in solche, die zugleich dem Gesundheitsschutz dienen und solche, die das nicht tun, vornimmt? Und ist eine solche reinliche Scheidung überhaupt durchführbar?

Die allgemeine Bestimmung des Gesehentwurfs in dieser Hinsicht ist der reine Kaufschuß. Die allermeisten dieser Mittel dienen so oder so zugleich den „Bedürfnissen des gesundheitlichen Schutzes“, sei es, daß sie den Krankheitskeimern mechanisch in den Weg treten oder sie chemisch vernichten, oder sei es, daß sie „nur“ der Keimlichkeit dienen, die doch auch einen Gesundheitsschutz in sich schließt.

Sodann: welche Wirkung auf die Konzeptionsverhütung soll es denn haben, wenn man einen großen, wohl den größten Teil der Verhütungsmittel freiläßt, und nur einige, die nicht zugleich dem Gesundheitsschutz dienen, verbietet? Kann man ein Maß, das zehn Lächer hat, fällen, wenn man zwei Lächer verstopft und acht offenläßt? Ist das nicht Fuscharbeit jämmerlichster Sorte?

Doch täuschen wir uns nicht: Die Inspiratoren dieser Gesegebung wollen den vorbeugenden Verkehr erschweren. Die Rücksichtnahme auf den Gesundheitsschutz ist ihnen eine aufgedrängte Einschränkung, der sie sich aus lakonischen Gründen gefügt haben. In dem ursprünglichen Antrag des Zentrums fehlt sie bezeichnenderweise gänzlich! Die Einschränkung des Gebrauchs vorbeugender Mittel, die Vermehrung der Schwangerschaften wider Willen der Rächsbeteiligten ist das eigentliche Ziel der ganzen Aktion. Und der Dienst dieses Zieles wird auch der Bundesrat die ihm in die Hand gedrückte Waffe ge- und mißbrauchen.

Das sollte auch Herr Raumann wissen! Er weiß es auch, ja er will es selbst! Wie könnte er sonst auch dem dritten wesentlichen Punkt des Entwurfs das Wort reden, der die Ankündigung oder Anpreisung aller Verhütungsmittel unter Strafe stellt?

Damit will Raumann der „geradezu empörenden Geschmacklosigkeit und Aufdringlichkeit, jungen Eheleuten Proben und Empfehlungen ins Haus zu schicken“, entgegenzutreten. Der Effekt aber würde sein, daß Gerichte und Polizei die Befugnis erhielten, jede auch noch so degente Information über Art und Bezugsquelle irgendeines Verhütungsmittels unmöglich zu machen. Die Folge wäre Geheimhandel, Verteuerung und Erschwerung des Bezugs.

Und was würde damit erreicht? Dreierlei: Zum ersten Zurückgreifen auf die primitiveren Mittel der Konzeptionsverhütung, allen voran auf das schon im Alten Testament ausführlich beschriebene.

Zum anderen: Weiteres Anschwellen der Geschlechtskrankheiten mit allen ihren verhängnisvollen Folgen. Darüber gibt der Vorliegende der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Professor A. Blaschko, in einer dieser Tage erschienenen Broschüre*) geradezu eindrucksvolles Material. Er zieht daraus den Schluß: „Die rückhaltlose Empfehlung der Schutzmittel bis zur völligen Kenntnisnahme durch die Gesamtbevölkerung vom Beginn der Geschlechtsreife ist, wie Czajahn (Soziale Pathologie, 1912, S. 147) ganz mit Recht sagt, eines von den Fieseln, welche sich die geschlechtliche Aufklärung, wenn sie nicht Schönrederei treiben will, setzen muß.“

Die dritte Folge aber wäre die erhöhte Zahl der ungewollten Schwangerschaften und damit zugleich das stärkere Anschwellen der Abtreibungen. Letztere sind, wie Blaschko berichtet, nach dem Urteil von Sachverständigen im letzten Jahrzehnt in Berlin zurückgegangen, eine Abnahme, die mit der Verminderung der Geburten infolge der gewollten Konzeptionsverhütung Hand in Hand geht. „Der künstliche Abort ist eben die primitive, die Konzeptionsverhütung die zivilisierte — zugleich auch die humanere und hygienischere Methode.“

So sieht es mit den vorausgesetzlichen Wirkungen des geschlechtsärztlichen Wechsels aus, in dessen Vaterchaft sich Friedrich Raumann mit den Herren Dr. Arendt, Graf Carmer-Bieschitzky, Dr. Quast-Goburg, Dr. Spahn und Dr. Werner-Biehn teilt! Fürwahr ein interessantes Dokument der parlamentarischen Zeitgeschichte!

Um das Koalitionsrecht.

Schutz vor Streikbrecheragenten.

Aus der Verhandlung gegen Keiling sei noch folgende Episode nachgetragen, die beweist, daß die Absicht bestanden hatte, auch den reichsdeutschen Buchdrucker Gustav Viebig zu erschlagen. Der Inhaber der Firma Sempel u. Co., für die Keiling Streikbrecher nach Leichen lieferte, ludte ihn in der Verhandlung dadurch zu entlasten, daß er ein Gerede mitteilte, wonach die Streikenden auch gegen ihn schlechte Absichten gehabt hätten. Zwei Arbeitswilige, die bei ihm in Lohn getreten seien, seien eines Tages verschunden gewesen und hätten dann von Deutschland aus geschrieben, man habe sie mit Gewalt entführt. Der Anwalt der Reben-

klägerin, Frau Solinger, Rechtsanwältin Dr. Köhler, der Sozialis des Genossen Dr. Knöpfmacher, stellte darauf die Namen dieser beiden Streikbrecher fest und produzierte auf der Stelle Dankschreiben von ihnen an die Organisationsleitung, daß sie ihnen durch die Gewährung von Reisegeld ermöglicht hätte, aus der Streikbrecherstellung herauszukommen. Zu den Drohungen konnte der Anwalt indessen noch ein interessantes Dokument beibringen. Den Kampf gegen die Streikbrechertransporte hat neben dem erschossenen Genossen Solinger hauptsächlich der reichsdeutsche Buchdrucker Viebig geführt, der eine besondere Virtuosität darin erworben hatte, die herangeschleppten Arbeitswilligen wieder zur Abreise zu bewegen. Unmittelbar nach der Ermordung Solingers erhielt nun Viebig ein anonymes Schreiben, in dem bedauert wurde, daß Keiling nicht Zeit gehabt habe, auch ihn niederzuschlagen, und das mit dem Satz schließt: „Du sei wachsam wie ein Hiebhund, eine (Kugel) ist auch für Dich bereit.“ Viebig konnte zufälligerweise sofort feststellen, von wem dieser Drohbrief herührte. Er hatte sich nämlich einem Unteragenten Keilings gegenüber als Faktor ausgegeben und der Brief war adressiert: „An das Mitglied des Faktorenvereins Emil Viebig“ (in Wahrheit heißt der Genosse Gustav Viebig, er hatte aber den Keilingleuten gegenüber sich Emil Viebig genannt). Unter diesen Umständen war es ein leichtes, als Schreiber des Briefes einen gewissen Kurt Osterland in Berlin, einen Angestellten Keilings, zu ermitteln. Gegen ihn sowie gegen die Arbeitswilligen Paul Markert und Friedrich Koch in Prag ist Anklage wegen gefährlicher Drohung erhoben worden. Offenbar hat Keiling, der einen Streikbrecherlieferungsgroßbetrieb hatte und zahlreiche Unteragenten beschäftigte, den Plan, einen Zusammenstoß zu provozieren und womöglich Solinger und Viebig zu erschlagen, schon mit seinen Helfershelfern besprochen.

Seid bereit!

Wie stehen vor der Roten Woche, die es jedem Genossen zur Pflicht macht, mehr noch als bisher seine ganze Kraft in den Dienst der Agitation zu stellen.

Das Betätigungsfeld ist immer noch ein ungeheures. Sei richtiger, intensiver Werbearbeit lassen sich viele Tausende neue Leser des „Vorwärts“, ebenso viele neue Mitglieder für die Arbeiterorganisationen gewinnen.

Seid bereit! Es gilt, die Launen und Schwankenden zu stützen, die Indifferenten heranzuziehen!

Rüstet zur Roten Woche!

Politische Uebersicht.

Der Postetat.

Die Novelle zum Beamtenbesoldungsgesetz hat der Reichstag sofort der Budgetkommission zur eingehenderen Betrachtung überwiesen. So konnte mit der zweiten Lesung des Postetats begonnen werden, ohne daß jedoch die Fragen, die in der Befoldungsordnung getroffen sind, zur Besprechung gelangen durften.

Die Generaldebatte wurde von unserem Genossen Ebert eingeleitet, der an den Beginn seiner Ausführungen den Satz stellte, daß das ganze Postwesen nicht nach rein fiskalischen Momenten geleitet werden dürfe, sondern zur Durchführung und Verbesserung des Verkehrs dienen müsse. Die Ueberschüsse sollen in möglichen Grenzen gehalten und soweit sie vorhanden sind, zum Ausbau des Verkehrs sowie zugunsten der Angestellten Verwertung finden. Es war unserem Redner ein leichtes, unter Anführung zahlreicher Einzelheiten den Beweis zu führen, daß diesen Forderungen die heutige Verwaltung der Reichspost in keiner Weise entspricht. In präziser schlagender Beweisführung ließ Genosse Ebert seine Argumente wirken; in vorzüglicher Beherrschung des großen Gebietes beleuchtete er dann einzelne Seiten der Posteinrichtungen und des Postverkehrs, und gab wertvolle Anregungen. Auch die Zaberger Affäre spielte in seine Rede hinein, da der famose Oberst v. Reuter gegen die Beamten des Zaberger Postamts die schwersten Anschuldigungen zu Unrecht erhoben hatte, ohne daß der Staatssekretär des Reichspostamtes für seine Beamten mit der Energie eingetreten wäre, die er sonst gern gegen sozialdemokratische Angriffe kundgibt. Ebert konnte zeigen, wie überaus geduldig, um nicht zu sagen, ergeben der Staatssekretär das Benehmen des Obersten ertragen hat. Dagegen wehrte sich alsbald Herr Kraetke, nachdem unser Redner geschlossen hatte. Allein, der Herr, dem sonst bei jedem Angriff gleich das Blut zu Kopf steigt, mußte begreiflicherweise mit einiger stillen Wehmut den vergeblichen Versuch der Verteidigung übernehmen.

Der Zentrumsredner Racken besprach eine Reihe von Einzelfragen. Im großen und ganzen ist er mit Herrn Kraetkes Verwaltung höchst einverstanden. Er findet allerdings einiges an dem Postbediensteten auszusuchen, und seine sittliche Reinheit wird durch den Gedanken an den Chiffre-Verkehr durch postlagernde Briefe etwas gekränkt. Nachdem Herr Kraetke die Schwierigkeit auseinandergesetzt hatte, die eine Regelung nach dem Herzen des Herrn Racken finden würde, ergriff der Nationalliberale Wed zu einer längeren Rede das Wort, indem er vor allem das Recht der Beamten auf die Einlenkung von Petitionen an den Reichstag betonte gegenüber den Versuchen der Reichspostverwaltung, dieses Recht einzuschränken. Dem konservativen Herrn Dr. Dertel ging selbst das noch zu weit und er wollte allerhand Grenzen finden für das Petitionsrecht der Beamten. Am Schlusse der Sitzung nahm der Staatssekretär, der heute besonders redselig war, noch einmal das Wort. Er sprach wieder über allerhand einzelne Betriebsfragen, und zeigte gegenüber den Bedenken des Herrn Dr. Dertel, daß unter Umständen auch Frauen in Postbetrieben die Stellung von Vorgesetzten einnehmen können.

Die Debatte nimmt morgen ihren Fortgang.

Die erste Lesung des Kommunalabgabengesetzes.

Die erste Lesung des Entwurfs eines Kommunalabgabengesetzes und eines Kreis- und Provinzialabgabengesetzes, die am Montag im Abgeordnetenhause begann, zeigt, daß über die Einzelheiten des Entwurfs die Ansichten weit auseinandergehen und daß es noch langwieriger Verhandlungen bedarf, um das Gesetz in einer annehmbaren Gestalt zu verabschieden. Wenn die Vorlage auch in manchen Punkten einen Fortschritt bedeutet, so stehen dem doch auf der anderen Seite Rückschritte gegenüber, die nicht nur für die Gemeinden, sondern auch für die Steuerzahler Nachteile mit sich bringen.

Darüber waren sich die Redner aller Parteien mit der Regierung einig, daß die meisten preussischen Gemeinden sich in einer fortschreitenden finanziellen Kollage befinden; nur über die Ursachen sowie über die Mittel zur Abhilfe sind die Meinungen geteilt. Während von konservativer Seite über zu großen Luxus der Städte geklagt wurde, betonte Finanzminister Lenge, daß davon im großen ganzen keine Rede sein könne. Die schlechte Finanzlage rühre vielmehr davon her, daß der Kreis der Aufgaben der Gemeindepolitik im Laufe der Jahre ein ganz anderer geworden sei als bei Erlaß des Gesetzes. Räder ging auf dies Thema unser Genosse Hirsch ein, der die Klagen einmal in der Steigerung der Ausgaben für Polizei und Provinzialabgaben erblickte, auf deren Höhe die Städte keinen Einfluß haben, sodann aber in den Folgen der mangelnden Sozialpolitik, die zu einer Belastung des Budgets der Armenverwaltungen führen. Zur Abhilfe schlug unser Redner die Einführung der Kapitalrentensteuer, sowie die Erhebung von Zuschlägen zur staatlichen Ergänzungsteuer vor. Auf der andern Seite verlangte er Ermäßigung für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung sowie Befreiung der indirekten Steuern, vor allem der Mietsteuern und der Sondersteuern für das Gastwirtsgebetriebe.

Einen dreiten Raum in der Erörterung nahm die Frage der Besteuerung des Grund und Bodens ein. Heute ist es den Gemeinden freigestellt, ob sie den Grundbesitz nach dem Ertragswert oder nach dem gemeinen Wert besteuern wollen. Die Grundwertsteuer, d. h. die Steuer nach dem gemeinen Werte, ist in immer höherem Maße eingeführt, aber dieselbe Regierung, die länger als ein Jahrzehnt hindurch ihre Aufgabe darin erblickte, den Gemeinden die Grundwertsteuer zu empfehlen, will heute unter dem Einfluß der Agitation des Schutzverbandes für deutschen Grundbesitz den Gemeinden ihre Steuerfreiheit nehmen und für den Grund und Boden, der dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dient, grundsätzlich die Besteuerung nach dem Nutzungswert gesetzlich festlegen. Mit Ausnahme unseres Genossen Hirsch, der sich scharf gegen diese Neuerung wandte, und des Abg. Cassel (Sp.), der zwar eine grundsätzliche, aber der taktische Bedenken dagegen erhob, sind alle Parteien mit der Bevorzugung der Agrarier auf Kosten des städtischen Hausbesitzes einverstanden.

Charakteristisch für den im Hause herrschenden Geist ist es, daß der Minister sich gegen den Vorwurf verteidigen mußte, daß er die Staatsaufsicht zu sehr einschränkte. Und dabei handelt es sich nur um eine ganz bescheidene Maßnahme, die in der Praxis ziemlich belanglos bleiben wird.

Die Beratung wird am Dienstag fortgesetzt. Außerdem kleinere Vorlagen und Etat der Handelsverwaltung. Vorher findet die Besetzung der neuen Mitglieder statt.

Die preussische Kabinettsorder von 1820 im badischen Landtag.

Karlsruhe, 2. März. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer begründete Abg. Dr. Franz-Rannheim eine sozialdemokratische Interpellation, betreffend die Militärgerichtsbarkeit, den Waffengebrauch des Militärs und dessen Mitwirkung bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

In Beantwortung der Interpellation erklärte der Minister des Innern Freiherr von Bodman, die rechtliche Grundlage für den Waffengebrauch des Militärs gründe sich in Baden auf den Paragraphen 13 der Militärkonvention von 1870 zwischen Preußen und Baden, der zufolge würde ein Waffengebrauch des Militärs nur erfolgen, wenn die Zivilbehörden das Militär anrufen. In die badischen Bestimmungen wurde die Anordnung der preussischen Kabinettsorder von 1820 nicht aufgenommen. Ein Einschreiten des Militärs aus eigenem Recht ist im allgemeinen nicht statthaft, nur wenn im Falle eines Aufruhrs die Zivilbehörde nicht imstande ist, die Hilfe des Militärs zu erbitten. Die preussische Militärbehörde hat sich damit einverstanden erklärt: für die in Baden stehenden Truppen gelten nur die landesgesetzlichen Bestimmungen. Das hat auf Anfrage auch das Kriegsministerium bestätigt.

Hierauf trat das Haus in eine Besprechung der Interpellation ein, wobei sich sämtliche Parteien, auch die sozialdemokratische, von der abgegebenen Regierungserklärung befriedigt erklärten.

Kardinal Kopp im Sterben.

Schon vor mehreren Tagen wurde gemeldet, daß der Kardinal Kopp erkrankt sei. Doch hieß es, daß die Krankheit nicht gefährlicher Art sei. Jetzt scheint sich der Zustand aber beträchtlich verschlimmert zu haben, denn nach einer Meldung der „Schlesischen Volkszeitung“ aus Troppau wurde dort heute früh folgender ärztlicher Bericht über das Befinden des Kardinals Fürstbischof Dr. von Kopp ausgegeben:

Nachdem die Besserung, die im Allgemeinbefinden Seiner Eminenz in den letzten Tagen eingetreten war, bis gestern angehalten hatte, trat mittags eine ernste Reizung der Gehirnhäute ein, von hohem Fieber und Bewußtlosigkeit begleitet. Gegen Abend kehrte sich das Bewußtsein teilweise wieder auf. Es ist anzunehmen, daß es sich um einen akuten Entzündungszustand der Gehirnhäute handelt, ähnlich dem, der am rechten Auge aufgetreten war. Heute morgen war der Kardinal wieder nicht bei Bewußtsein. Sein Zustand ist sehr ernst.

gez.: Dr. Bendel, Dr. Kaiser, Dr. Wehl.

Eine weitere telegraphische Meldung aus Troppau lautet: Troppau, 2. März. Die den Kardinal Kopp behandelnden Ärzte gaben heute Abend um 6 Uhr folgenden Bericht aus: Der Zustand des Patienten ist hoffnungslos; sein Leben zählt noch Stunden. Die Agonie ist bereits eingetreten.

Kardinal Kopp hat in schneller Folge eine der höchsten Stufen der katholischen Hierarchie erklommen, obgleich er aus einer armen Familie stammt. Er wurde am 20. Juni 1837 als zweitältester Sohn eines wenig bemittelten Weberpaares in Duderstadt geboren, besuchte die Bürgerschule seiner Vaterstadt und darauf das Gymnasium. Als Telegraphenbeamter trat Kopp in den hannoverschen Staatsdienst. Zwei Jahre später verließ er ihn jedoch wieder und gab sich in der philosophisch-theologischen Lehranstalt in Hilbesheim und im Priesterseminar dem Studium der katholischen Theologie hin. Dann durchließ Kopp in kurzer Zeit die niederen Rängenwürden; er wurde Schulvikar im Waisenhaus zu Hennesenrode, dann Kaplan in Dersdorf und schließlich Assessor im bischöflichen Generalvikariat. Erst 34 Jahre alt, wurde er Domkapitular und Generalvikar. Am 15. November 1871 wurde er Bischof von Fulda, und in dieser Stellung wurde Kopp im Jahre 1884 ins preussische

*) „Geburtenrückgang und Geschlechtskrankheiten“. Von Prof. A. Blaschko. Leipzig, Verlag von Johann Ambrosius Barth, 1914.

Herrenhaus berufen, als Dank für die in der Karolinen-Angelegenheit bewiesene päpstliche Hilfe. Kopp entwickelte im Herrenhause eine eifrige Tätigkeit für die Aufhebung der sogenannten Kaingesetze. Am 20. Oktober 1887 erhielt er den Fürstbischöflichen in Breslau, nachdem er im Jahre vorher noch in Münster den Ehren doktor von der theologischen Fakultät erhalten hatte.

Bei der internationalen Arbeiterversammlung im Jahre 1890, die von Kaiser Wilhelm berufen war, wurde Kopp als Vorsitzender der Kommission für die Ausführung der Beschlüsse gewählt. Bekannt ist aus dieser Zeit sein Erlass zur Gründung katholischer Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine als Bollwerk gegen die Sozialdemokratie. Ein weiterer Erlass richtete sich gegen die sozialdemokratische Stimmenabgabe durch katholische Wähler.

Seine Beziehungen zur preussischen Regierung brachten ihm im Jahre 1906 bei Gelegenheit der schlesischen Kaiserinmutter den Schwarzen Adlerorden ein. Später wurde Kopp noch Ehren doktor der Rechte und Ehrenbürger der Stadt Breslau. Als Vertreter des doppelten Autoritätsprinzips, der Kirche und des Staates, stellte ihm die „Nordd. Allg. Ztg.“ anlässlich seines 75. Geburtstages ein glänzendes Zeugnis aus. In letzter Zeit wurde Fürstbischof Kopp vielfach genannt im Streit um die christlichen Gewerkschaften. Als strenger Anhänger der Lehren des Thomas von Aquino vertrat er die Auffassung, daß nur katholische, keine sogenannten gemischten Arbeitervereine gebildet werden dürften.

Der Wahlkampf in Vorna-Pegau.

Dem Herrn v. Liebert scheint die Siegeszuversicht beträchtlich gesunken zu sein, denn seine Mannen üben sich in allerhand Wahlmanövern, die dem Reichsverbandsgeneral das Mandat im 14. sächsischen Reichstagswahlkreis Vorna-Pegau am 17. März sichern sollen. So verbreiteten sie geflüstert die Behauptung, die Unionnationalen würden wie in Jerichow den Konservativen so auch in Vorna-Pegau den Liebert gleich im ersten Wahlgang unterliegen. Diesen Ausstellungen tritt jetzt der Unionnationalen Reichsverband mit einer Erklärung entgegen, die dem Vorsitzenden des Nationalliberalen Vereins in Vorna zugegangen ist. Diese Erklärung lautet:

„Es ist selbstverständlich ein unzulässiges und illoyales Verfahren, wenn ein Führer der dortigen konservativen Partei erklärt, daß die freikonserervative Kandidatur auch von den Unionnationalen im Wahlkreis unterstützt würde. Soweit es sich dort um Mitglieder des unionnationalen Reichsverbandes handelt, ist es selbstverständlich, daß diese, wie auch alle Mitglieder der nationalliberalen Partei, hinter der offiziellen Parteikandidatur des Herrn Landtagsabgeordneten Kischke zurückstehen. Das ist eine solche Selbstverständlichkeit, daß wir außerst erstaunt darüber sind, daß die konservativen Parteileitung zu einer solchen Forderung der öffentlichen Meinung gelangen kann. Wir geben Ihnen gern die Art anheim, in der Sie von unseren Seiten öffentlich Gebrauch machen wollen.“

Mit vorzüglicher Hochachtung
Unionnationaler Reichsverband Berlin.
(gez.) Fuhrmann.

Das bedeutet: Front gegen Liebert! Natürlich nur für den ersten Wahlgang. Denn daß die Unionnationalen wie überhaupt die Nationalliberalen in hiesigen Scharen zur Fahne Lieberts strömen, wenn es zur Stichwahl zwischen diesem und der Sozialdemokratie kommt, ist selbstverständlich. Ist doch das Blut der Klassenzugehörigkeit dicker als das Wasser politischer Differenzen.

Mittelstand und Arbeiterklasse.

Daß die Sommerpolitik der Hochachtungsdolner und Schornmacher darauf hinausgeht, das System der Verteuerungspolitik zu schärfen, die Zollmauer noch zu erhöhen und andererseits durch Verschlechterung des Reallohnrechtes die Arbeiterbewegung lahm zu legen, liegt auf der Hand. Es ist auch klar, daß die Verwirklichung der Pläne, die sich das „Kartell der schaffenden Stände“ zum Ziel gesetzt hat, die Konsumkraft der Arbeiterklasse abschwächen müßte. Weitere Verteuerung der Lebensmittel und Verhinderung von Lohnsteigerungen bedingt naturgemäß eine Einschränkung in der Lebenshaltung der breiten Masse des Volkes. Dadurch werden notwendigerweise große Schichten des gewerblichen Mittelstandes stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Erkenntnis, daß man durch Unterfütterung des genannten Kartells sich selbst ins Fleisch schneiden würde, scheint nun auch in Mittelstandskreisen zu dämmern. Das kommt in einem Artikel des Kaufmanns Astor, M. d. R., in der Monatschrift „Das Zentrum“ zum Ausdruck. Es heißt darin:

Jedenfalls liegt aber eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter in keiner Weise im Interesse des Mittelstandes; für ihn ist vielmehr die Erhaltung eines lauffähigen Arbeiterstandes von vitaler Bedeutung. Von entgegengesetzten Tendenzen muß sich also der deutsche Mittelstandsverband fernhalten.

Als Schleppenträger der Junker und Schornmacher helfen die Mittelständler Ruten binden, mit denen sie nachher selbst gezüchtigt werden!

Bachemiten und Cuertreiber.

Das Zentrum scheint seinem Unmut über die ihm von der römischen Kurie und dem deutschen Episcopat zuteil gewordene Behandlung durch Veranlassung von Protestversammlungen gegen die „Cuertreiber“ Luft zu machen — nach dem bekannten Grundsatze: den Saß schlägt man, aber den Fesl meint man. Am Sonntag hatte die Kölner Zentrumspartei wieder eine ihrer bekannten Einspruchsdemonstrationen arrangiert. Die Versammlung war von mehr als 4000 Personen besucht. Viele Orte des Rheinlandes waren durch Delegationen vertreten. Der Hauptredner, Abg. Edm. Rainz erklärte, das Zentrum könne niemals eine konfessionelle katholische Partei sein, es sei als rein politische Partei gegründet worden und müsse das bleiben. Eine konfessionelle Partei auf dem Zentrum zu machen, wäre ein Unglück für die katholische Kirche; denn dann unterfände das Zentrum den Anordnungen der kirchlichen Behörde. Heute ständen die Bischöfe turmhoch über den politischen Streitigkeiten des Tages. Die Katholiken beschränken sich mit Stolz und Freude als ultramontan. Aus dem Munde des Gegners aber sei dies eine Verleumdung, weil es den Vorwurf enthalte, man bekomme seine politischen Direktiven aus Rom. Die Rede klang aus in scharfen Angriffen auf die Cuertreiber.

Der zweite Redner, ein Rechtsanwalt Schramm aus Leipzig, behandelte die Gewerkschaftsfrage. Die Fachabteilungen hätten nicht die geringsten Erfolge auf dem Gebiete der Bekämpfung des Umsturzes aufzuweisen, in ihren Reihen säßen nicht Freunde, die bessern, sondern Feinde, die zerstören wollten.

Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, die die Cuertreiber scharf verurteilt und der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung Unterstützung verheißt.

Wie das Zentrum kämpft.

Aus Brühl wird unsern Kölnen Parteiblatt geschrieben: „Noch niemals hat sich hier ein Wahlkampf in einer derartig häßlichen Weise abgepielt, wie der am 17. Februar zur Wahl in Köln-Land. Durch die heftigste Agitation der Zentrumspartei war unser Ort in die allergrößte Aufregung versetzt worden und überall wurden Schimpfworte gegen die Sozialdemokratie laut. Vor den Wahllokale hatte sich eine große Anzahl

von Kindern eingefunden, die von den Erwachsenen aufgefordert wurden, unsere Plakate fortzuholen und zu vernichten. Das taten die Kinder natürlich mit Vergnügen, belamen sie doch Geld als Belohnung dafür. An unserm Versammlungsorte Seder, Kölnstraße, hatten wir ein Plakat angebracht. Dieses sowohl wie auch die Wand wurden mit Kot und Schmutz beworfen, so daß das Plakat völlig unkenntlich wurde. Mittags setzte der Schleppapparat des Zentrums ein, und hierbei kam es zu ganz unerhörten Szenen, die wir unter Angabe von fünf Zeugen zu Protokoll gaben. Die vom Zentrum herangeführten Personen erhielten nämlich gleich ihre Stimmzettel; vor den Wahllokale wurden dann die Leute mit Gewalt daran verhindert, von den Zettelverteiler noch irgendwelche Stimmzettel anzunehmen.

Aber selbst vor terroristischen Akten scheuten die Kerlale Herrschaften nicht zurück. Unser Vertrauensmann in Brühl erhielt nach der Wahl einen Trauerbrief, und man ging an die Direktion der Brühler Glasbläse, bei der er beschäftigt ist, heran, um den Mann aus Brühl zu verdrängen. Die Brühler Glasbläse ging jedoch auf das unverschämte Ansinnen nicht ein.“

Die Kinder spielten nicht nur in Brühl im Wahlkampf eine Rolle; auch anderswo, wo Genosse Solmann in entgegenen Orten unter freiem Himmel Versammlungen abhielt, wurde die Schuljugend instruiert, Rabau zu machen, und das Auftreten der Kinder zeigte, daß die Rabaulokale gut organisiert waren.

1000 Kirchenaustritte in Hamburg.

Das Vorgehen des Hamburger Polizeipräsidenten, der den Platanenschlag für die beiden zum Sonntag, den 1. März, angekündigten Kirchenaustrittsversammlungen hatte herunterreißen lassen, weil das Thema „Heraus aus der Kirche“ zu „rot“ sei, und der sogar die Standartenträger mit den Plakaten verhaften ließ, hatte zur Folge, daß die beiden Versammlungen überfüllt waren. Tausende von Personen fanden keinen Einlaß und zogen in langem Zuge durch die ganze Stadt, um evtl. noch in der anderen Versammlung Platz zu finden. Das Thema „Heraus aus der Kirche“ ist in Berlin und zahllosen anderen Orten immer unbeanstandet platziert worden. Im Hamburger Gewerkschaftshaus wurden 100 Kirchenaustritte unterschrieben, so daß mit den Austritten im Kurio-Haus gegen 1000 Austritte erfolgten.

Belgien.

Ein Panne des Schulgesetzes.

Man schreibt uns aus Brüssel: Dem Antrag von der Deputiertenkammer angenommenen Schulgesetz ist ein Malheur passiert. Diese Woche vertrat sich die Senatskommission um ihren Berichterstatter zu ernennen, der von der Meritalen Majorität bereits in der Person des ehemaligen Unterrichtsministers Baron Descamps vorgesehen war. Es geschah aber, daß die Meritalen Mitglieder nicht vollständig am Plage waren — man vermutet, daß sich die ehrwürdigen Senatsherren vom Kornereis vergnügen ausruhten — und das Ueberraschende traf ein, daß ein Liberaler zum Berichterstatter für das Meritale Gesetz gewählt, regelrecht gewählt wurde. Die Meritalen sind wütend und drohen mit allen möglichen Maßnahmen gegen die „Sabotage“. Die Meritalen haben es nämlich sehr eilig damit, das Klostergesetz unter Dach zu bringen. Der Meritale Referent hätte sich natürlich nicht lange bitten lassen, und der Bericht wäre im Handumdrehen fertig und das Gesetz angenommen gewesen. Die Diskussion kann aber, noch dazu bei einem so komplizierten und tiefingreifenden Gesetz wie bei diesem, nicht angelegt werden, ehe nicht der Bericht der Kommission vorliegt. Nun hat in der Kammer der Meritale Führer Borste über anderthalb Monate zur Vorbereitung gebraucht und der Liberale hat natürlich keinen Anlaß, es schneller zu machen. Wie immer: daß dem Schulgesetz in dem behändigen und bequemer Senat jetzt ein Hindernis für seine rasche Erledigung erwächst, ist nicht ohne Komik, wenn der Fall an sich, daß die Minorität einen Berichterstatter für ein Gesetz der Majorität stellt, nicht schon komisch genug wäre.

Italien.

Ein neues Parteimandat.

Rom, 1. März. (Eig. Ber.) Die Wahlprüfungskommission hat die Zahl der sozialistischen Mandate um eins vermehrt, indem sie den Genossen Veghi als in Rovigo gewählt proklamierte. Am Stichwahltag hatte man alle Stimmzettel Veghis beanstandet, weil sie von denen des ersten Wahlganges abwichen. Dadurch war der Ministerielle Blanco proklamiert worden, obwohl er um 500 Stimmen weniger erhalten hatte als der Sozialist.

England.

Der Flottenetat.

London, 2. März. (Unterhaus.) Der Erste Lord der Admiraltät, Churchill, brachte den Nachtragsetat für die Flotte ein, der 50 Millionen Mark beträgt und den Gesamtetat auf 976 Millionen Mark steigert. Der Minister begründete die Mehrforderung neben größeren Ausgaben für Öl und Arbeitsstoffe vor allem mit der Beschleunigung und dem früheren Beginn des Baues von drei Schlachtschiffen des Programms 1913/14 mit Rücksicht auf den Aufschub des kanadischen Flottengesetzes und dadurch, daß auf den Privatwerften der Bau der von den Parlamenten bewilligten Schiffe schneller vonstatten gegangen ist. Ueber früheren Beginn des Baues der drei Schlachtschiffe führte Churchill aus, daß darin keine Abweichung von dem Standard von 60 Proz. liege. Es würden nur 450 000 Pfund im Jahre 1914 ausgegeben, statt zwei Jahre später, denn in diesem Jahre würde die kanadische Flottenvorlage keine großen Fortschritte machen können. Die allgemeine Flottenpolitik und namentlich die maritime Lage im Mittelmeer wird Churchill bei dem Flottenetat für 1914/15 vertreten.

Die Begrenzung der Schiffgrößen.

London, 2. März. Unterhaus. Auf eine Anfrage Allan Pakers, welche die Aufmerksamkeit auf die Bemerkung des Großadmirals v. Tirpitz lenkte, daß er, falls eine allgemeine Herabsetzung des Displacements der Kriegsschiffe vorgenommen werden sollte, dies begrüßen würde, sagte der Marineminister Churchill heute in einer schriftlichen Antwort: Die Displacements der neuesten britischen Kriegsschiffe sind erheblich kleiner als die fast aller neuesten Schlachtschiffe, die sich für fremde Mächte im Bau befinden, soweit ihre Größenmaße veröffentlicht worden sind. Der Gedanke, der in einigen Kreisen geäußert wird, daß wir bei der wachsenden Steigerung des Displacements der Großkampfschiffe vorangehen oder vorangehen sind, beruht nicht auf Wahrheit. Trotz dieser Tatsache würde die Admiralität gewillt sein, sich an einem Abkommen zur Beschränkung der Größe von Großschlachtschiffen zu beteiligen, wenn sie sich überzeugen kann, daß Verhandlungen zu einem solchen Uebereinkommen nicht unwillkommen sind. Bei derartigen Abmachungen müßte natürlich auf beiden Seiten im Auge behalten werden, was andere Mächte in dieser Richtung tun. Die Schwierigkeiten sind zwar schwerwiegend und in die Augen fallend, meiner Ansicht nach aber nicht unüber-

windbar, vorausgesetzt, daß auf beiden Seiten der Wunsch besteht, zu einem Ergebnis zu kommen.

Jetzt hat also Herr v. Tirpitz das Wort!

Holland.

Für das allgemeine Wahlrecht.

Am Sonntag hatte Amsterdam wieder eine mächtige Demonstration für das allgemeine Wahlrecht. Es waren 556 gewerkschaftliche, 278 politische Organisationen und 142 sonstige Arbeitervereine, zusammen 120 000 Mitglieder zählend, von mehr als 2400 Deputierten vertreten, so daß das größte Versammlungslokal der Stadt kaum genügte, die Versammelten zu fassen. Für die Gewerkschaftszentrale führte Genosse Oudegeest, für die Partei Genosse Trolstra das Wort. Sie führten aus, daß, obwohl jetzt die Regierung die Verfassungsänderung zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts auf ihr Programm für die laufende Legislaturperiode genommen hat und sämtliche bürgerliche Parteien ihren Widerstand dagegen aufgegeben haben, trotzdem die Arbeiterschaft Gewehr bei Fuß stehen muß und die Wahlrechtsarmee mobilisiert zu bleiben hat; um auf den ersten Anruf wieder auf den politischen Kampfplatz zu treten und die Hände der heimlichen Feinde des Wahlrechts zu durchkreuzen. Die Demonstration war eine Musterung der Truppen auf ihre Bereitschaft zum Kampf. Die starke Begeisterung der Versammlung war ein vielversprechendes Zeichen.

Griechenland.

Der Aufstand in Epirus.

Athen, 2. März. Aus Kolonia wird gemeldet: Die griechischen Verwaltungs- und Militärbehörden haben strenge Maßnahmen getroffen, um jede aufrührerische Bewegung zu vereiteln. In Santi Quaranta wurde die Autonomie proklamiert. Die griechischen Behörden wurden abgesetzt. 1900 Insurgenten haben sich der Stadt bemächtigt. Der griechische Gouverneur meldet, er sei außerstande, der Bewegung Herr zu werden. Auch in Delvino ist der Aufstand ausgebrochen. In der Stadt befinden sich 1500 bewaffnete Insurgenten. Weitere 3000 umlagern die Stadt. Die griechische Garnison ist sehr klein. Der Plakommandant telegraphierte, er fürchte, die Garnison werde den Gehorsam verweigern. General Papulas erklärte gestern den Bewohnern von Koriza, daß die griechische Regierung infolge höherer Gewalt die Räumung Korizas angeordnet habe und daß der König mit Rücksicht auf die hohen nationalen Interessen wünsche, daß die Bewohner von Koriza die albanische Verwaltung annähmen. Die Einwohner erbat die Angabe von Orten, wohin sie auswandern könnten. General Papulas erklärte ihnen ausdrücklich, daß der König jedermann verbiete, das Land zu verlassen. Alle hätten in ihrer Heimat zu verbleiben. Mehrere Personen sind ungeachtet des Rates der Regierung nach Saloniki ausgewandert. Andere wollen sich nach Afrika einschiffen.

Die Regierung erklärte neuerlich, daß sie ihre Versprechen, den übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, halten werde. Sie empfiehlt den Behörden, die revolutionären Behörden nicht anzuerkennen und ihren Posten nicht zu verlassen, jedoch jedes Blutvergießen zu vermeiden und keine Zwangsmassregeln gegen den Führer der revolutionären Regierung Zographos zu ergreifen, dessen Gegenwart Garantien für eine weise und gemäßigte Haltung biete. Eine Verhaftung Zographos würde Personen zu Führern der Bewegung machen, die die Dinge auf die Spitze treiben könnten.

Athen, 2. März. (Melbung der Agence Athènes.) Der Oberverwalter von Koriza, Oberst Nembilis, telegraphierte, er habe heute um 3 Uhr nachmittags Koriza den Vertretern der albanischen Regierung übergeben.

Letzte Nachrichten.

Noch keine Ruhe im Ost.

Stralsburg, 2. März. (W. L. B.) Der heutige Polizeibericht meldet: Gestern abend zwischen 10 und 11 Uhr verübte eine größere Anzahl von Soldaten (Pioniere) in mehreren Wirtschaften am Fischerstaden und in der Krutenaustraße einen derartigen Einsatz, daß mehrmals eingeschritten werden mußte. Es wurden auch Sachbeschädigungen verübt. Zivilisten sind an der Sache nicht beteiligt. Anzeige ist erstattet worden.

Die gescheiterten Ausgleichsverhandlungen in Böhmen.

Wien, 2. März. (W. L. B.) Nach einer Privatmeldung aus Prag hat das Exekutivkomitee der tschechisch-agrarischen Partei im Hinblick auf das Scheitern der deutsch-tschechischen Ausgleichsverhandlungen und die dadurch bedingte Fortdauer des verfassungswidrigen Verhältnisses beschlossen, im Reichsrat, der bekanntlich am 5. März zusammentritt, die Obstruktion gegen alle Regierungsvorlagen im verschärften Maße fortzusetzen.

Die Rüstungsinteressenten als Flottentreiber.

London, 2. März. (W. L. B.) Im Unterhause erklärte heute Ramsay MacDonald, der Nachtragsetat für die Flotte sei kein Teil des alten Schiffbauprogramms mehr, sondern der Beginn eines neuen. In Deutschland, Frankreich, Italien und Oesterreich-Ungarn werde man sagen, Großbritannien beschleunige sein Schiffbau tempo in der Absicht, ihnen in den europäischen Gewässern wirksamer entgegenzutreten zu können. Alle Anzeichen in Deutschland im gegenwärtigen Augenblick sprächen dafür, daß die deutschen Rüstungsfirmen im Begriff ständen, eine Panik als Druckmittel gegen die deutsche Regierung zu erregen; diese Erscheinung sei jedesmal Vorboten einer Beschleunigung im Schiffbau oder einer Erweiterung des Flottengesetzes gewesen.

Schweres Explosionsunglück.

Werden (Ruhr), 2. März. (W. L. B.) Heute abend ereignete sich in der hiesigen deutsch-holländischen Kapselwerkstatt von Thomas und Wollamp eine schwere Explosion. Vier Personen sind schwer, zwei leicht verletzt worden. Die Fabrikgebäude sind niedergebrennt.

Streik im Kriegshafen Toulon.

Toulon, 2. März. (W. L. B.) 200 Arbeiter, die bei dem Bau des neuen Bassins und der Dockanlagen des Kriegshafens beschäftigt sind, sind in den Streik getreten, da ihnen eine Lohnerhöhung von 10 Centimes die Stunde, die sie gefordert hatten, nicht bewilligt worden ist.

Der Aufstand in Valencia beendet.

Madrid, 2. März. (W. L. B.) Nach amtlichen, vom Minister des Innern bestätigten Nachrichten aus Valencia ist der dortige Aufstand infolge einer Einigung zwischen der Stadtverwaltung und den Steuerpflichtigen beendet. Alle Unternehmungen haben den Betrieb wieder aufgenommen.

Bettfedern Lustig

Fabrik mit elektrischem Betrieb

Berlin S⁷⁷ Prinzenstr. 46 u. 47

Bettfedern

zu 1- 1³⁰ 1⁵⁰ 1⁷⁵ 1⁹⁰ 2- 2⁵⁰
3- 3⁵⁰ bis 6- M. per Pfund.



Metall-Bettstelle

mit 33 mm
nahlosem
Pfeifen-
Zugfeder-
matratze,
Messing-
verzierung
im Kopf- u.
Fußteil,
190x80 cm
schwarz
lackiert,

25-
M.

weiss
lackiert
50 Pf.
mehr.

Ausnahmepreis

Monopoldaunen

Beste Bettenfüllung: echt chinesische
(gesetzlich geschützt)

Pfund 2.85 M., (3-4 Pfund zum grossen Oberbett)

Fertige Betten

bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen zu
12.-, 15.-, 20.-, 23.50, 28.50, 33.-, 39.-, 46.-,
55.-, 63.-, 77.-, 90.- bis 120.- Mark.

Fertige Bettinlette

Köper-Inlett rot, rot-rosa, grau-rot
Oberbett 120x200: Mark 3.80, 4.20, 4.80, 5.70
Kissen 80x75: Mark 0.90, 1.05, 1.20, 1.45
Unterbett 100x200: Mark 3.-, 3.50, 4.-, 4.75
Inlett rot, rot-rosa, bunt
Oberbett 130x200: Mark 6.60, 8.-, 9.80
Kissen 84x84: Mark 1.85, 2.20, 2.75
Drell rot, rot-rosa, bunt, 100x200: M. 6.-, 6.40, 6.90, 7.40

Daunen

zu 2⁸⁵ 3⁵⁰ 4⁵⁰ 5- 6⁵⁰
8⁵⁰ und 10⁵⁰ M. per Pfund



Metall-Bettstelle

26 mm Pfeifen
mit Zugfeder-
matratze,
schwarz,
190x80 cm

14²⁵
M.

weiss lackiert
50 Pf. mehr.

Ausnahmepreis

Die Ausnahmepreise für Bettstellen nur gegen Vorzeigung dieses Inserats!

Carmen Sylva

Cigaretten
Beste Qualitäten

Möbel-Angebot.

Solide Möbelwerke liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-
Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsüber-
gütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Rate-
zahlungen. Anfragen: Postkarte 806. Postamt 27.
Keine Kassierer. Grösste Kulanz.

H. & P. Uder, Berlin 80. 16.

Engel-Ufer 5.
Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.

Zigarren — Zigaretten — Rauchtabelle.

Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen,
Alleinverkauf der Fabrikate der Firma

F. J. Burrus St. Kreuz

Grösste deutsche Rauchtabellefabrikation.
Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtabelle.
Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.

Theater.

Dienstag, den 3. März 1914.

Anfang 6 Uhr.

Eines Palast am Zoo. Varieté-
Lichtspiele.

Anfang 6¹⁵ Uhr.

Eines Rollendorf-Theater. Varieté-
Lichtspiele.

Anfang 7¹⁵ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Fingros Hochzeit,
Kgl. Schauspielhaus. Herr Gunt.
2. Abend.

Deutsches. Der Kaufmann von
Venedig.

Zirkus Busch. Galavorstellung,
Zirkus Schumann. Galavorstellung.

Anfang 7¹⁵ Uhr.

Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Ueber moderne Atomistik,
Leitung. Gymnastion,
Kammermusik. Der Enob.
Deutsches Opernhaus. Partha.
Deutsches Künstler-Theater.

Neues Opernhaus (Kroll).
Waldland.

Königsgräber Straße. Die Kron-
braut.

Trionon. Er und der Andere.
Komödienhaus. Kammermusik.
Theater an der Weidenammer
Brücke. Der zuletzt lacht.
Theater am Rollendorfplatz.
Prinzeß Gretl.

Reichshallen. Die spanische Hölle.
Schiller O. Das Glück im Winkel.
Schiller Charlottenburg. Ma-
schinenbauer.

Theater des Westens. Polenblut.
Montis Operetten. Jung-England.
Berliner. Die einst im Mai.
Kleines. Zeitigen Gebert.
Thalia. Die Langoprinzessin.
Residenz. Hohheit — der Franz.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Friedrich Trallala.

Boje. Die Maschinenbauer von
Berlin.

Kästner. Die alle Webern.
Herrfeld. Die von oben und unten.
Reichshallen. Steffner Sänger.
Anfang 8¹⁵ Uhr.

Pulken. Bajazzo. Mr. Valzer.
Walhalla. Tangober.
Folies Caprice. Café Pingsheim.
Der Heiratstag. Meyersteins.
Anfang 8¹⁵ Uhr.

Neues Volkstheater. Der Kaiser-
jäger.

Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Die lustige Puppe.
Berliner Stadtpalast. Im Krug
zum grünen Kranz.
Eines Rollendorf-Theater. Varieté-
Lichtspiele.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Theater a. d. Weidenammerbrücke
8 Uhr: Der zuletzt lacht...

Theater des Westens.
8 Uhr: Polenblut.

Comit. Am 3¹⁵ U.: Der liebe Augustin.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Redaktions-Infocentrale Verantw.

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:

Das Glück im Winkel.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Andreas Hofer.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Das Glück im Winkel.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Dienstag, abends 8 Uhr:

Die Maschinenbauer.

Mittwoch, nachmittags 3 Uhr:

Zopf und Schwert.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Das Glück im Winkel.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Die Maschinenbauer.

Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr:

Die Kronbraut.

Komödienhaus.
8 Uhr: „Kammermusik“ 8 Uhr.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:

Wie einst im Mai.

Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.

Dienstag, 8 Uhr: Cafard.
Mittwoch, 3¹⁵ Uhr: Peterchens
Mondfahrt.
Mittwoch, 8 Uhr: Cafard.

Friedr.-Wilhelmst. Theater.
Anfang 8 Uhr:

Fräulein Trallala.

Sonnt. nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin.

Theater am Nollendorfplatz 5.
8 Uhr: Prinzeß Gretl.

ROSE=THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Die Maschinenbauer
von Berlin.

Anfang 8 Uhr.

Mittwoch: Dorf und Stadt.

Metropol-Theater.

Abends präzis 7 Uhr 55:

Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

Casino-Theater

Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr
Ein neues Berliner Volksstück:

Die alle Webern.

Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
Einziges Theater in diesem Genre!
Im Stil der alten Wallner-Bühne.

Sonnt. 4 Uhr: Mädchenchöre.

URANIA

Taubenstraße 40/49.
8 Uhr:

Geh. Reg.-Rat Universitätsprof.
Dr. H. Rubens:

Ueber moderne Atomistik.

8 Uhr: Residenz-Theater 8
Uhr: Hoheit — der Franz!

Ausfallige Grotteste in 3 Akten von
Karl Landberger und Willi Wolf.
Wußt von Robert Winterberg.
Morgen u. f. Lage: Hoheit — der Franz!

Reichshallen-Theater
Steffner Sänger
Zimmer No. 13.

Urkommische Barleske.
Anfang 8 Uhr.

Nächsten
Sonntag nachm.
3 Uhr zu erwäh.
Preis: 1.-
Cavalleria
schufticana

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Er und der Andere.
Sonntags 3 Uhr: Die Liebe wacht.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8¹⁵ Uhr: Benefiz für den Ober-
regisseur Georg Wald:
Heister Balzer.

Waldhalla-Theater.
Täglich 8¹⁵ Uhr: Tangober.
Gr. Poffe u. Gel. u. Tanz in 3 Akten
von G. Urban. Wußt v. Dugo Quisq.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Berliner Konzerthaus-Orchester

Dirigiert: Franz v. Blon.

Musikkorps des Kaiser-Franz-Garde-Grenad.-Regts. Dirig. Oberm. Becker.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

An allen
Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert

bei freiem
Eintritt.

Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.

Heute Dienstag, den 3. März 1914:

Elitetag!

Prämierung des längsten Damenhaares.

Drei bare Geldpreise: 50, 30, 20 Mk.

Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.

Anfang 7 Uhr. 6 Kapellen. Entree 30 Pf.

Voranzeige: Morgen Mittwoch, den 4. März 1914:

Prämierung der größten (schwersten) Apfelsine.

3 bare Geldpreise: 30, 20, 10 M.

WINTERGARTEN

Neues Programm!

Idette Mado Minty

Brémonval in ihrer Szene
Paris. Sängerin „Die Spinne“

The Piccolo Company

Ludwig Paul Jülich

Amann in der Szene:
Mimiker „In d. Putzstunde“
und eine Auslese

hervorragender Kunstkräfte!

— Rauchen gestattet! —

Apollo-Theater.

Tel.: Lützow 2757.

8 Uhr. Zum 72. Male: 8 Uhr.

Der Stolz d. 3. Kompagnie

mit

Hartstein.

Sachen ohne Pause!
Rauchen gestattet!

Berliner Uk-Trio

Adr. Neukölln Lahnstr. 74L

Zirkus Alb. Schumann.

Heute Dienstag, den 3. März:

Große Gala-Vorstellung.

U. a.: Neu! The Arrigons
Ein Potpourri in den Lüften

Original-Little Freds
Akrobat. u. kunstreich. Hunde.

Taplatado

österr. Vollbluthengst,
in der hohen Schule geritten
von Dir. Alb. Schumann

u. d. übr. neuen März-Attraktionen.

Um 9¹⁵ Uhr:
Das gr. Ausstattungset i. 7 Bildern

„Tipp“

der Derby-Favorit 1914.

Zirkus Busch.

Heute Dienstag, den 3. März,
abends 7¹⁵ Uhr:

Aus dem glänzenden Abfahrts-
Wärz-Programm. Hervorgehoben:

Mad. Garniers

Sprung mit dem Fahrrad

aus der Zirkus-Kuppel.

Ferner neu: Die Bale Troupe —
Die Rovells, größte Reitertruppe
u. a. — Zum Schluss:
„Pompeji“.

Orig. Ausstattungset-Pantomime
des Zirkus Busch in 5 glänz. Akten.

Folies Caprice.

8¹⁵ Café Pingsheim
Der Heiratstag
Meyersteins

Heute

Dienstag, d. 3. März,
letzter Tag in

Weißensee

An der Parkstraße
Ecke Pistoriusstraße.

Zirkus

Barum-

Schau.

Heute:

2 brillante
Vorstellungen
nachmittags 4 Uhr,
abends 8¹⁵ Uhr.

In der Nachmittags-
Vorstellung ein ungekürz-
tes Abend-Programm zu
klein. Preis. f. Erwachsene
u. Kinder unter 12 Jahr.

Abends 8¹⁵ Uhr:
Dank- u. Abschieds-Vorstellung.

Ab Donnerstag, d. 5. März,
kurzes Gastspiel in

Pankow

Berliner Str., Ecke Binzstr.

Admiralspalast.

Eis-Arena.

Täglich:

Die lustige Puppe.

Großes Ballett auf dem Eis.

Bis 6 Uhr und von 10¹⁵ Uhr
ab halbe Kassenpreise.

Wein- u. Bier-Abteilung.

Passage-Panoptikum.

Heute

erstes Auftreten!

Der englische

Riese

Teddy Bobs

Der größte Mensch,
der je gelebt!

160 mm größer als

Machnow

19 Jahre alt.

Ohne Extra-Entree.

Für den Jubel der Interese
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber feierliche
Verantwortung.

Zum Frauentag.

Die Hausfrauen und das Wahlrecht.

Begründen wir die Forderung des Wahlrechts für die Frau mit ihren ökonomischen Leistungen, so könnte es scheinen, als ob für die Hausfrauen nicht der gleiche Rechtsanspruch anerkannt werde. Dem ist jedoch keineswegs so. Zunächst sind die Bezeichnungen „Arbeiterin und Hausfrau“ durchaus nicht zwei sich gegenseitig ausschließende Begriffe. Das ist aus der Praxis bekannt und ein Blick auf die Statistik beweist es. Unter den 10 Millionen erwerbender Frauen, die 1907 in Deutschland gezählt wurden, waren 4 Millionen, die verheiratet waren oder verheiratet gewesen waren, die also die Pflichten der Hausfrau und Arbeiterin erfüllten.

Weiter: Wer heute nur-Hausfrau ist, muß morgen, dank der Unsicherheit der Existenz der Arbeiterfamilien, wieder zur Erwerbsarbeit greifen. Und schließlich muß noch ausdrücklich betont werden, daß nicht der Dienst der einzelnen für die Gesellschaft den Rechtstitel des weiblichen Geschlechts auf volles Bürgerrecht sichert, sondern die Summe der Tätigkeit großer Scharen von Frauen, die für die Gesamtheit unentbehrlich ist.

Daneben soll aber auch nachdrücklich das häusliche Walten der Frau als wichtige und segensreiche Tätigkeit anerkannt werden: Als eine Tätigkeit, die scheinbar nur der Einzelfamilie nützt, in Wirklichkeit jedoch darüber hinaus der Gesamtheit dient. Denn für unsere Kulturentwicklung kann es nicht gleichgültig sein, wieviel von der geistigen Kultur unserer Zeit dem einzelnen durch die Familie vermittelt wird.

Von der Art und dem Umfang des häuslichen Waltens der Frau — wenigstens in Arbeiterkreisen — hängt in hohem Maße sowohl das körperliche Wohlbefinden als auch das sittliche Niveau und die geistige Weiterentwicklung der Familienmitglieder ab. Wie weit es bei ihrem geringen Einkommen möglich ist, der Familie dennoch verhältnismäßig gute Mahlzeiten zu sichern, die Wohnung behaglich zu gestalten, das ist, von außerhalb der Familien liegenden Umständen abgesehen, in erster Linie abhängig von der Tüchtigkeit der Hausfrau und von ihrer Fähigkeit, im Heime jene Atmosphäre zu erzeugen, in der geistige Interessen belebt und befruchtet werden.

Freilich, ein riesengroßer Fleiß, die Aufopferung und Selbstlosigkeit einer Heldin gehören dazu, damit die Frau unter dem Zwange der ungünstigen Verhältnisse so wirken kann.

Um so mehr wird es daher auch ihr leidenschaftlicher Wunsch und mehr: eine dringende Notwendigkeit, daß sie in den Besitz des Wahlrechts kommt, um, ausgerüstet mit dieser Waffe, im politischen Kampf sich der ungnädigen Einflüsse von außen zu erwehren. Sei es, daß sie den Kampf führt gegen die warenverleuernde Zollgesetzgebung, durch die ihre Sorgen erhöht, die Erfüllung ihrer Hausfrauenpflichten enorm erschwert werden. Sei es, daß sie sich in die Reihen ihrer Klassen Genossen stellt, um dem menschenverderbenden Militarismus Kampf, erbitterten Kampf anzusagen; dem Militarismus, der uns mit dem bliesernen Druck höher und immer höher werdender Steuern belastet; der als das höchstorganisierte Machtmittel der Besitzenden zu unserer Anrechtung und Unterdrückung dient; der uns aus der latenten Kriegsgefahr nimmer herauskommen läßt und der — den eigenen Willen und den aufrechten Stolz der gemeinen Soldaten durch seine eiserne Disziplin und seine Drillmethode zu brechen, sie zum bedingungslosen Unterordnen zu erzwingen bemüht ist. Sei es, daß sie den Kampf zu führen gedenkt, für die so notwendige Wohnungsreform und Wohnungsinspektion; oder aber, daß sie in heiligem Ringen

um kommunale Einrichtungen, die in mannigfacher Hinsicht ihre Hausfrauenbürde erleichtern können, das Wahlrecht nicht entbehren kann.

So fest begründet also für die Hausfrauen der Anspruch auf volles Bürgerrecht ist, so wichtig und unentbehrlich ist es für sie im Kampf um materielle und geistigen Aufstieg, im Kampf gegen all die feindlichen Mächte, die ständig in ihr Leben eingreifen, dabei als schwerer wirtschaftlicher Druck und verhasste Hindernisse sich ihrer hausfraulichen Tätigkeit entgegenstellen.

Darum auf, ihr Hausfrauen! Stellt euch in die Reihen eurer Schwestern und kämpft mutig und begeistert für eure politische Gleichberechtigung. Der diesjährige Frauentag ruft auch euch unter die Fahnen!

Gewerkschaftliches.

Moderne Sklaverei.

Jahren, jahraus schicken die rheinisch-westfälischen Grubenbesitzer ihre Agenten in alle Welt, um billige und willige Arbeitskräfte anzuwerben. Unter allen möglichen Versprechungen werden die Leute angelockt, um hinterher meist schwere Enttäuschungen zu erleben. Es ist oft vorgekommen, daß die angeworbenen Arbeiter den Anforderungen der Grubenarbeit nicht genügen, in welchem Falle sie dann einfach ihrem Schicksal überlassen wurden. Von Agenten der Stinnes-Jeche Adolf von Hansemann werden jetzt für die Anwerbung Reverse benutzt, die einen tiefen Einblick gestatten in den Handel mit Industrieklaven. Der Reverse hat folgenden Wortlaut:

„Ich erkläre hiermit, daß ich gesund bin und auf Jeche Adolf von Hansemann in Menge unter Tage arbeiten will.“

Sollte bei der ärztlichen Untersuchung etwa Geschlechtskrankheit, Epilepsie oder Bruchleiden festgestellt werden, so verzichte ich auf Beschäftigung und Rückfahrvergütung.

Es sind mir keinerlei Lohnversprechungen gemacht worden. Die Kosten für die Reise werden von der Jeche Adolf von Hansemann vorgelegt und mir in kleinen monatlichen Raten vom Lohne abgehalten. Doch wenn ich sechs Monate auf der Jeche Adolf von Hansemann regelmäßig gearbeitet und keine Schicht millikürlich gefeiert habe, wird mir das eingehaltene Geld zurückerstattet.

Ich bin damit einverstanden, daß mir das Kostgeld für meine Reise vom Lohne abgehalten wird.“

Das Dokument spricht für sich selbst. Der Arbeiter, der es unterschreibt, begibt sich jeglicher Selbstbestimmung. Er ist ein willenloses Werkzeug in der Hand der Fuchsherrn.

Diesen Reverse hatte unter anderen auch ein Arbeiter in Lothringen unterschrieben. Als er nach Menge kam, wurde er nicht eingestellt, weil er gesundheitlich nicht fehlerfrei war. Er wäre gern in die Heimat zurückgekehrt, hatte aber kein Geld. Dann wurde er obendrein krank und mußte das Krankenhaus aufsuchen. Dort vertraute er sich einigen Parteigenossen an, die eine Sammlung veranstalteten, um dem armen Menschen die Heimreise zu ermöglichen.

Der alte Sklavenhandel ist ausgerottet, auf Umwegen wird aber die Sklaverei, wie man sieht, durch den Industrie-feudalismus wieder eingeführt.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Wir ersuchen dringend, Breslau während der Dauer des Kampfes in den Linke-Hofmann-Werken zu meiden.

Die Metallindustriellen versuchen, durch ihre Rachweise und unter Vermittlung von Streikbrecheragenten, unseren Kollegen den

Kampf zu erschweren. Es muß deswegen die Pflicht jedes ehrlichen Arbeiters sein, Breslau zu meiden.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Gaukonferenz der Textilarbeiter.

Am Sonntag tagte im Berliner Gewerkschaftshause eine Konferenz für den Gau des Textilarbeiterverbandes, welcher Berlin, die Provinzen Brandenburg, Pommern und Preußen sowie einen Teil der Provinz Sachsen umfaßt. Die Konferenz war von 65 Teilnehmern (Delegierte und Vorstandsmitglieder) besucht.

Die Verhandlungen begannen mit dem Geschäftsbericht des Gauleiters Kofke. Der Bericht erstreckt sich auf die beiden Jahre 1912 und 1913. Die Geschäftslage der Textilindustrie ist seit März 1913 eine so gedrückte, wie es seit 20 Jahren nicht dagewesen ist. Dadurch hat natürlich auch die Tätigkeit und die Entwicklung der Organisation gelitten. Wie die Mitgliederbewegung durch die Krise beeinflusst wird, das zeigen folgende Zahlen: Der Gau beschloß das Jahr 1911 mit einer Mitgliederzahl von 16 240. Von da ab sehen wir einen ständigen Anstieg bis zum März 1913, wo die Mitgliederzahl ihren höchsten Stand mit 17 488 erreichte. Zu diesem Zeitpunkt setzte die Krise ein und mit ihrem Ansteigen ging die Mitgliederzahl von Monat zu Monat langsam zurück bis auf 16 789 im Dezember 1913. Das ist für die zwei Geschäftsjahre immerhin noch eine Zunahme von 549 Mitgliedern. Dieser Erfolg der agitatorischen Tätigkeit ist um so höher anzuschlagen, wenn man berücksichtigt, daß der Umfang der Textilindustrie in Berlin und auch in der Niederlausitz immer mehr zurückgeht.

Für Unterhaltungen wurden in der Berichtszeit 241 110 M. ausgegeben. Den größten Posten erfordert die Krankenunterstützung mit 99 800 M., dann folgt die Arbeitslosenunterstützung mit 95 420 M., die Streikunterstützung mit 20 670 M., Reiseunterstützung 10 215 M. usw. Diese Summen hat nur die Zentralkasse gezahlt. Dazu haben die örtlichen Verbände noch bedeutende Zuschüsse geleistet.

Lohnbewegungen ohne Streik wurden in 70 Betrieben mit 11 112 Beschäftigten von 5717 Beteiligten geführt, und zwar in 43 Fällen mit Erfolg. Streiks wurden geführt in 18 Betrieben mit 1002 Beschäftigten von 807 Beteiligten, und zwar in 7 Fällen mit Erfolg. Große Arbeiterbewegungen machten sich insbesondere in Forst, Spremberg und Luckenwalde, sie hatten nicht immer den gewünschten Erfolg. Die Lohnzüge während der Krise waren nicht so stark wie in der Krise von 1908, was wohl auf den Einfluß der Organisation zurückzuführen ist.

Fräulein Tiesler, die den Bericht der Frauengaukonferenzkommission erstattete, konstatierte eine erfolgreiche Tätigkeit derselben.

Der vom Kassierer Alshner gegebene Kassenbericht zeigt eine Einnahme von 15 006 M. und eine Ausgabe von 14 685 M. Nach einer längeren Diskussion, die sich vorwiegend auf örtliche Angelegenheiten erstreckte, wurde der Vorstand entlassen.

Der folgende Punkt der Tagesordnung betraf die Statistik und die Tarife. Die Versammlung beschloß nach einem Referat Kofkes, daß in jeder zum Gau gehörenden Kreisverwaltung eine Tariffkommission zu bilden ist und daß für die Statistik (Stattstatistik) zwei Zentralkassen zu bilden sind, eine in Spremberg und eine in Brandenburg a. O. Die Statistik soll vierteljährlich, in Krisenzeiten noch Bedarf aufgenommen werden.

Zum Kampf um das Koalitionsrecht nahat die Konferenz ebenfalls nach einem Vortrage des Gauleiters Kofke einstimmig die folgende Resolution an:

„Die Konferenz legt entschieden Protest ein gegen die Verhandlungen, das geltende Koalitionsrecht zu verschlechtern. Die Konferenz ist der Überzeugung, daß das Verbot des Streikpostens und die Verschärfung der §§ 240 und 241 des Strafgesetzbuches nach Maßgabe der Beschlüsse der Handelskammer für die weisliche Niederlausitz vom 28. Oktober 1913 als Ausnahmegefahr für die Arbeiterkraft gelten. Die Konferenz verweist sich auf das entscheidende dagegen, daß die Haltung der organisierten Arbeiterkraft in der Niederlausitz jemals Veranlassung gegeben hat, eine derartige Verschärfung strafrechtlicher Bestimmungen herbeizuführen.“

Ein an den Verbandstag zu richtender Antrag, der angenommen wurde, besagt, daß hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung

Kleines Feuilleton.

Frau Hamms Heimkehr. „Deute früh habe ich der Entlassung der Frau Hamms aus dem Siegburger Justizhaus beigewohnt“, berichtete der Spezialkorrespondent des „Tageblatts“. „Ich war der erste Mensch, der sie an der Porte der neuverkauften Freiheit begrüßen konnte. Außer mir hatte sich nur noch eine weibliche Verwandte eingefunden.“ Außer ihm.

Er war jedenfalls der erste Schmod, der die Frau Hamms mit offenen Fangarmen empfing. Die Kernte konnte kaum trauchen, aber darauf durfte er keine Rücksicht nehmen, denn das sensationellste Publikum will schnell bedient sein. Sechs unglücklich lange Jahre hat die Schuldlose auf ihre Haftentlassung warten müssen, aber die Sünderin bürgerliche Presse hat keinen Augenblick verliert. Die kleinste Bewegung verursachte der Armen Mühe und Schmerz, aber der Schmod ging ihr nicht vom Kopf; sie war wieder frei, er aber ließ nicht locker.

Und es sollte noch besser kommen. Zu Hause, in Flandernsack, wurde sie nicht nur von einer großen Menschenmenge, sondern sogar von mehreren Sonderkorrespondenten und — einem Kinosperateur empfangen. „Eine menschliche Ruine“, das war das erste Bild, das sie von der Frau gewannen, aber sie blieben wie die Mauerer stehen. Nicht die Frau Hamms kam da zurück, sondern nur „Ihr Schatten“; aber sie warfen sich ihm in den Weg, sie fielen über ihn her.

„Frau Hamms hat nicht die Kraft“, berichtete der Illustrierte Sonderkorrespondent, sich aufzuheben; sie scheint sich kaum der wiedererlangten Freiheit zu freuen und bleibt teilnahmslos.“

Wie erbärmlich muß der Frau Hamms der Empfang erschienen sein, daß sie sich so gar nicht freuen konnte, wie elend muß sie sich gefühlt haben, weil sie nicht die Kraft hatte, sich aufzuheben gegen all die Gemeinheit, die bezugslose Reugierde und brutale Zudringlichkeit. Nach sechs Jahren fand sie alles, wie es ehemals war; sie sank ins Bett und wollte nichts sehen, nichts hören.

Sie mußte zu einem Schatten werden, damit Licht in ihre Sache kommt; sie hat die Freiheit wieder gewonnen, aber der Glaube an die Menschheit ist ihr elend zerronnen.

Künstliche Verwandlung von Weibchen in Männchen. Seit den mehrfach mißglückten Versuchen zur Vorausbestimmung des Geschlechtes, die vor einigen Jahren gewaltiges Aufsehen erregten, hat die Wissenschaft die damals angeregten Probleme nicht fallen gelassen und ist soeben zu einem immerhin bemerkenswerten Resultat auf diesem Wege gekommen. Wie die Zeitschrift der Deutschen mikrobiologischen Gesellschaft (Die Kleinwelt 1914) berichtet, gelang es Professor E. Steinach in Wien, an jungen Ratten und Meeresschweinchen durch wechselseitiges operatives Verpflanzen ihrer Geschlechtsorgane künstliche Veränderungen ihres ganzen Wesens hervorzurufen.

Männchen, die auf diese Weise feminisiert, d. h. künstlich in Weibchen verwandelt wurden, blieben im Wachstum ihres Skelettes und des ganzen Körpers von da an zurück. Sie wurden noch kleiner, als es die Weibchen ihrer Rasse zu sein pflegen. Auch erhielten sie zartere, runderliche Formen, eine glatte, sich anschiegende Behaarung, verwandelten sich auch äußerlich in Weibchen, die, was besonders verwunderlich erscheint, auch Milch gaben und zu

ihnen geleichte Jungen säugten. Hierbei zeigten sie sich auch in ihrem Charakter verändert und belundeten ganz die Geduld, Aufmerksamkeit und Eingabe läugender Weibchen.

Schwieriger gelang die umgekehrte Operation, um junge Weibchen in Männchen zu verwandeln. Hierbei trat kräftiges Wachstum, namentlich eine Vergrößerung des Kopfes ein. Noch auffälliger war die Wandlung im Benehmen. Die kastrierten, also künstlich vermännlichten Weibchen benahmten sich mit zunehmendem Wachstum wie sonst männliche Ratten und Meeresschweinchen. Auch vollzogen sich in ihnen ganz dementsprechende anatomische Veränderungen.

Die Bedeutung dieser Versuche ist sehr groß. Es liegt hier die erste sichere Bestätigung dafür vor, daß der Geschlechtscharakter nichts von vornherein Bestimmtes ist, daß die Anlage der lebendigen Wesen in dieser Hinsicht bei allen völlig gleich ist. Ganz besonders interessant ist dabei die Einsicht, wie die Organe einander und vor allem das Seelenleben beeinflussen. Der innige Zusammenhang, die Untrennbarkeit des Seelischen von dem Körperlichen wurde hier experimentell demonstriert.

Der fündhafte Panamakanal. Der Gedanke, einen mittelamerikanischen Kanal zu bauen, ist so alt, wie die geographische Kenntnis von Mittelamerika selbst. Der erste, der den gewaltigen Gedanken eines künstlichen Kanals durch die mittelamerikanische Landenge zu fassen und auszusprechen wagte, war Cortez. Wie richtig er den ungeheuren Wert einer Wasserstraße zwischen dem Großen und Atlantischen Ozean einschätzte, geht aus einem Brief hervor, den er am 15. Oktober 1524 aus Mexiko an Kaiser Karl V. schrieb und der als erstes Dokument des mittelamerikanischen Kanalprojektes angesehen werden darf. Auf die Anregung Cortez hin förderte die spanische Regierung die Pläne zur Herstellung eines Kanals jahrzehntelang aufs lebhafteste. Schließlich wurde jedoch im Jahr 1567, schon unter der Regierung König Philipps II., der Gedanke eines mittelamerikanischen Kanals verworfen. Wie die „Geographische Zeitschrift“ mitteilt, spielten dabei auch politische Bedenken mit, hauptsächlich aber waren es die Dominikaner, die einen Kanalbau hintertrieben, indem sie dem König das Vibelwort vorhielten: „Was Gott zusammengefügt hat, soll der Mensch nicht scheiden.“ Das Kanalprojekt wurde für fündhaft erklärt und von ihm zu sprechen bei Todesstrafe verboten. Ueber 200 Jahre dauerte es, bis der Gedanke eines mittelamerikanischen Kanals wieder erwachte.

Humor und Satire.

Keiling.

„Na, det wa ja janih so schlimm.“

„Ich bin der Keiling, wechte und dochstehe!
Wie schon mein Name sagt: Ich bin nich fein!
Und det is meine Freude, meine fröhle:
Wat id onch machen dhu — id habe Schwein!“

Und wenn se mir am Ende mal vertragen,
Bin id keen Unmensch und keen Zeirich:
Kät Monat? Kinder, darum keene Fagen!
Ich sage: Na, dat is ja janih schlimm!

Det is doch bloß, als ob id davon nasche.
Ich seh ja ooch nich in een fremd det Haus.
Det Justizhaus kenn id doch wie meine Tische,
Und komm id rin, id komm bald wieder raus.

Dem sammle id mir meine selben Brüder
Vor zwanzig En det Städ. Vorbei mein Zeim!
Und kriese id bloß meinen Brauning wieder,
Bin id waise! Det wa ja janih schlimm!

Ich bin Verbrecher? Wenn schou! Bin ooch Lude!
Doch froh die besten Leute lieben mir.
Wer mir wat will, dem regnet's in de Rude:
In Preußen mall id Lieber noch als hier.

Staatsstille bin id, Mensch! Halt deine Junge!
Ich komm noch höher ruff! Ich sag mir: Stim!
Ich bin een preussischer Achtfroschenjunge —
Der jehet nich unter!... Allens nich so schlimm!
Berlinc.

Notizen.

— Aus russischen Kreisen werden zum ersten Male in Europa in Berlin Bilder gezeigt werden, die dokumentarisch die Greuel belegen sollen, die den russischen Strafpolizei gegen die politischen Gefangenen und Verbannenen zu einer Kulturhande machen. Diese authentischen Lichtbilder werden einen Vortrag des Schriftstellers Ulrich Rauser begleiten, der am Freitag, den 13. März, im Blüthneraal 8 1/2 Uhr abends stattfindet.

Das erste Internat des Vereins, der diese Versammlung beruft, war die Herausgabe der im gestrigen Montagblatt besprochenen Rede Prentens über die russischen Gefängnisgräuelt, die im Verlage von Albert Langen in München erschienen ist.

— Kunstchronik. Die 23. Kunstausstellung Der Sturm, Potsdamer Straße 134a, zeigt zum ersten Male das Gemälde der holländischen Kubistin Jacoba von Oosterlaak, ferner expressionistische Gemälde von Marianne von Werefkin und Arthur Segal. Die Ausstellung ist täglich von 10—6 Uhr und Sonntags von 11—2 Uhr geöffnet.

— Vorträge. Geheimrat Prof. Dr. Rubens hält am Dienstag, abends 8 Uhr, im großen Auditorium der Urania in der Taubenstraße in der Reihe der Geheimtrevorträge einen Vortrag über „Moderne Atomistik“. Billets am Dienstag an der Kasse der Urania.

— Das Ideal einer Syphilis-Heilanstalt. Der Provinzialrat vom Hennegau in Belgien hat die Errichtung einer Heilanstalt für venerische und hauptsächlich für Syphiliskranke beschlossen. Die Anstalt wird in Mons errichtet und nach dem Professor Ehrlich benannt werden. Die Behandlung ist frei. Es wird den Erkrankten sogar die Reife zum Institut bestritten. Den Heilungsluchenden wird strengste Disziplin zugesichert. Natürlich ist der Provinzialrat vom Hennegau nicht Afrikal, sondern demokratisch.

— Ein Ulas Jagows. Der „Simplicissimus“ berichtet: Nach dem Entwurf des Geh. Raurais Hoffmann für das Agl. Opernhaus in Berlin sollen auf den Dächern, Paluständen, Gesimsen über 2000 Statuen in Lebensgröße stehen. Dreier Schöne und von oben bereits gebilligte Plan ist durch einen Ulas des Berliner Polizeipräsidenten Dr. jur. von Jagow jählings zerstört worden; denn Massenveranstaltungen Arbeiterlosler unter freiem Himmel sind nach dem Berliner Polizeireglement grundsätzlich verboten.

das Aussehen, wenn es nicht freiwillig geschieht, der Arbeitslosigkeit gleichgültig ist. — Ferner wird beim Verbandsrat beantragt, daß eine 20 Pf. Beitragsklasse für Hausgewerbetreibende einzurichten ist. — Wie ein Vertreter des Hauptverbandes erklärte, beabsichtigt dieser ebenfalls, eine derartige Einrichtung zu beantragen. — Ferner wurde beschlossen, daß sämtliche Filialen einen Lokalzuschlag von mindestens 5 Pf. pro Woche einzuführen haben.

Als letzter Punkt der Tagesordnung wurde das Thema: Agitation und Organisation behandelt. Die Gausleitung wurde beauftragt, ein illustriertes Flugblatt herauszugeben und eine besondere Konferenz der in den Märktischen Tuchfabriken Beschäftigten in nächster Zeit zu veranstalten. — Berlin wurde wieder als Sitz der Gausleitung bestimmt.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Eine Konferenz für den Gau Brandenburg-Pommern wurde am Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus abgehalten. Von den 17 Filialen des Gaus (Berlin gehört nicht dazu) waren 12 durch 17 Delegierte vertreten. Aus dem Jahresbericht des Gausleiters Strunk geht hervor, daß sich die Mitgliederzahl Ende 1912 auf 1063 belief und Ende 1913 auf 1151 angewachsen war, von denen 1108 ihre Beiträge voll bezahlt hatten. Die größte Filiale des Gaus ist Stettin mit 666 Mitgliedern. — Die agitatorische Tätigkeit hat nicht den wünschenswerten Erfolg gehabt. Wenn auch die für den Verband in Frage kommenden Betriebe nicht unmittelbar durch die wirtschaftliche Krise beeinflusst werden, so macht sich der allgemeine wirtschaftliche Niedergang doch insofern bemerkbar, als das Angebot von Arbeitskräften auch in den öffentlichen Betrieben sehr stark ist, wodurch eine gewisse Unsicherheit unter den Beschäftigten Platz greift. Das kann für die Agitation natürlich nicht förderlich sein. Die Organisation hat noch ein großes Tätigkeitsfeld vor sich. Den 1151 organisierten Arbeitern im Gau stehen noch 3665 unorganisierte gegenüber. Auf 245 Betriebe erstreckt sich das Rekrutierungsgebiet des Verbandes, und nur in 75 Betrieben hat er Mitglieder. Es sind also noch 170 Betriebe, in denen sich der Verband Eingang verschaffen muß. Besonders schwierig ist es, in den Kranken- und Irrenanstalten Mitglieder zu werben. 14 derartige Anstalten mit 2000 Angestellten stehen dem Verbande noch fern. So bietet also die nächste Zeit noch reiche Gelegenheit zur agitatorischen Tätigkeit, die mit allen Kräften betrieben werden muß.

In den Orten und Betrieben, wo der Verband eine nennenswerte Mitgliederzahl besitzt, hat er sich die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse angelegen sein lassen. In 10 Orten wurden Lohnbewegungen geführt, die den Beteiligten wohl einige Verbesserungen brachten, aber keine großen Erfolge erzielten. Zum Teil waren es Grenzstreitigkeiten mit anderen Verbänden, wodurch die Bewegung gehindert wurde.

Nachdem die Konferenz die Mittel und Wege beraten hatte, welche zur Förderung der Agitation und zur Stärkung der Organisation angewandt werden müssen, nahm sie Stellung zum nächsten Verbandsrat. Die vom Vorstande vorliegende Statutenvorlage wurde beraten und im wesentlichen gutgeheißen.

Deutsches Reich.

Zur Tarifbewegung im Tapezierergewerbe von Rheinland und Westfalen.

Am 15. Februar war der Ablaufstermin aller von den Unternehmervereinen gekündigten Verträge. Die während der Kündigungszeit eingeleiteten Verhandlungen für die Städte Düsseldorf, Elberfeld, Hagen, Dortmund, Bochum, Duisburg über den Ablaufstermin hinausgeführt wurden, ergaben für die Arbeiter kein annehmbares Angebot. Daraus wurde der Vorschlag gemacht, weitere Verhandlungen unter Zuziehung von Unparteiischen folgen zu lassen. Die dem Vorschlage wurde zugestimmt. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind angewiesen, unter den alten Bedingungen weiterhin zu arbeiten.

Bei der Firma J. Heubels sind, nachdem die Forderungen eingereicht wurden, ebenfalls Verhandlungen in die Wege geleitet. Aus von der Firma Karl Hemmers, Oberhausen (Rheinische Pulvermühlwerke) wurde damals der Vertrag gekündigt. Ein Tarifvertrag mit teils sehr erheblichen Verschlechterungen wurde den Arbeitern unterbreitet. Als die Arbeiter diesen ablehnten, schlug ihn der Unternehmer in der Werkstatt an, mit dem Bemerkten, daß wer zu den neuen Tarifpreisen nicht arbeiten wolle, kündigen müsse. Verhandlungen bis zum Kündigungsablauf führten zu keinem befriedigenden Resultat. Darauf haben die Arbeiter am 23. Februar den Betrieb verlassen. Zugang nach den benannten Orten ist streng fernzuhalten.

Bergarbeiterstreik. Nach vorausgegangenem vierzehntägiger Kündigungsfrist am Freitag, den 27. Februar, die Bergarbeiter von Graja II in Graja bei Meischerode die Arbeit nieder. Der Schacht wird von der Deutschen Schachtbau A.-G. in Nordhausen abgeteuert. Die Gesellschaft, die an einem ungeheuren Dividendenbogen geradezu krank und die, wie die Presse zu melden weiß, beabsichtigt, ihren Aktionären auch in diesem Jahre wieder 35 Proz. Dividende zu zahlen, scheute sich nicht, den in ihren Betrieben beschäftigten Bergarbeitern eine direkt provozierende Lohnsenkung aufzubringen. Es mag wohl die stille Hoffnung bei der Schachtbaugesellschaft bestanden haben, daß die Arbeiter doch noch für den verletzten Lohn arbeiten werden; das trifft nur bei einem halben Duzend zu.

Zugang ist von Graja sowie von allen Schachtanlagen der Deutschen Schachtbau A.-G. in Thüringen, im Harz und in Westfalen streng fernzuhalten.

Begleitend Nordhausen des Deutschen Bergarbeiterverbandes.

Eine Lohnbewegung der städtischen Arbeiter in Danzig.

Seit drei Jahren mühten sich die städtischen Arbeiter ab, eine bessere Entlohnung zu erlangen; doch immer endeten ihre Bewegungen nur mit sehr geringem Erfolg. Nicht nur, daß die Löhne an und für sich niedrig sind; sie werden auch rein willkürlich durch die einzelnen Vorgesetzten festgesetzt. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, beauftragte die städtischen Arbeiter die Leitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die zu stellenden Forderungen auszuarbeiten und einer Versammlung der städtischen Arbeiter vorzulegen. Die dann eingereichten Forderungen haben bisher nur den Straßenreinigern einen teilweisen Erfolg gebracht. Der Magistrat erklärte, diesen Arbeitern Lohnzulagen geben zu wollen und einen Arbeiterausschuß einzusetzen. Dies hat bei den übrigen Arbeitern große Erregung hervorgerufen, die sich in einer Versammlung am 27. Februar kund tat. Die Versammelten stimmten einer Resolution zu, in der nochmals um Bewilligung der Forderung ersucht wird.

Ausland.

Übermaß eine Streifbrennerdebatte im Basler Parlament.

Zum Großen Rat des Kantons Baselstadt wurde von bürgerlicher Seite eine Adresse gegen den sozialdemokratischen Polizeidirektor Dr. Blocher unternommen, weil er kürzlich mitgeholfen habe, die Hamburger Streifbrenner wieder abzuschließen. Der bürgerliche Interpellant Dr. Schilli wolle von Dr. Blocher wissen, ob das wahr sei, was in der Presse darüber veröffentlicht wurde.

Dr. Blocher gab sodann folgende Erklärung ab: Am Sonntag, den 31. Januar, unmittelbar vor der Regierungsratsitzung, wurde dem Vorkämpfer des Polizeidepartements mitgeteilt, daß die Streifbrennergruppe die Arbeit niedergelegt habe und an ihn die Anfrage gestellt, ob die Leute auf Kosten des Polizeidepartements abgeholt werden. Das Departement war der Ansicht, es sei am besten, diese Leute, die arbeitslos und ohne Ausnahme schiffslos waren, möglichst rasch abzuschließen, um Zusammenstöße und Prügeleien, die zu befürchten waren, zu verhüten. Von den zwanzig

Mann waren übrigens acht vorbestraft, und zwar zum Teil in schweren Strafen. Nach dem Niederlassungsvertrage mit Deutschland konnten die Leute nicht einfach an die Grenze gestellt werden, sondern man mußte ihnen auch die Reise vergüten. Das Departement legte die Sache dem Regierungsrat vor und dieser beschloß, die Reise bis Frankfurt zu bezahlen. Die Kosten werden vom Bunde vergütet. Die Leute warteten nun den Zug, der für ihre Abreise bestimmt war, nicht ab, sondern benutzten einen früheren Zug. Die Villette wurden vorläufig von der Gewerkschaft bezahlt. Der Beamte des Polizeidepartements, der mit der Besorgung der Villette beauftragt war, vergütete dann den Gewerkschaftsbeamten den Betrag zurück. Daß die Leute von der Gewerkschaft auch ein Handgeld von je 30 Fr. erhalten hatten, davon mußte das Polizeidepartement nichts. Uebrigens wäre dies kein Grund gewesen, die Villette nicht zu bezahlen. Durch den Abtransport ist der Verlauf des Streiks in keiner Weise beeinflusst worden. Dagegen ist damit erreicht worden, daß alles glatt abläuft. Der Interpellant erklärte sich mit der Auskunft im allgemeinen befriedigt, bemerkte aber: Mit der Bezahlung der Villette sei man allzu schnell gewesen. — Durch die Darstellung Dr. Blochers wird nachträglich alles das bekräftigt, was in der sozialdemokratischen Presse über die moralische Minderwertigkeit und Gemeingefährlichkeit des Streifbrennergefeldes gesagt worden war. Um so unbegreiflicher ist es, daß man mit diesem Verstand nicht behördlicherseits sofort abfuhr, nachdem man über seine Qualitäten informiert war, sondern mit der Abschiebung wartete, bis die Herrschaften die Arbeit freiwillig niederlegten!

Der „Neue“ Verband der französischen Bergarbeiter beschloß die Arbeit am 3. März wieder aufzunehmen, nachdem das Parlament das Altersversicherungsgezet angenommen und die Regierung versprochen hat, dafür zu sorgen, daß ihm alle Bergarbeiter, Schieferbrucharbeiter usw. ohne Unterschied unterstellt werden. Die Bergarbeiter betrachten dies Ergebnis als einen guten Erfolg angesichts des Umstandes, daß die Gewerkschaften des Nordens an dem Streik nicht teilnahmen, ihn vielmehr scharf bekämpften.

Die Organisation der portugiesischen Eisenbahner beschloß, den Streik vorläufig zu beenden, die Arbeit nach kurzer Zeit jedoch wieder niederzulegen, wenn ihre Forderungen auf Wiedereinstellung der Gemahrgelosten und Reform ihrer Alterspension nicht bald erfüllt werden. — Der Vorstand wandte sich in seinen Proklamationen entschieden gegen alle Versuche, die Organisation mit den Attentaten auf die Eisenbahn in Verbindung zu bringen.

Aus Industrie und Handel.

Commerz- und Diskontobank.

Wie die Mehrzahl der Großbanken weist auch die Commerz- und Diskontobank eine Verminderung des Gesamtumsatzes im abgelaufenen Geschäftsjahr auf. Der Umsatz ging um 1.671 Millionen auf 31.008 Millionen Mark zurück. Unter den Einnahmen zeigt das Konto für Zinsen und Provisionen eine Steigerung, das Wertpapierkonto einen Rückgang der Gewinne. Doch waren die Mehreinnahmen durch die höheren Zinsätze größer als die Verluste durch den Rückgang des Vorkaufgeschäfts, durch Kursverluste und Einschränkung der Emissionen (Ausgabe von Wertpapieren). Die Bank kann daher noch einen höheren Bruttogewinn einstellen als im Vorjahre (14,96 statt 14,70 Millionen). Auch der Reingewinn erhöht, bei geringer bemessenen Abschreibungen, eine kleine Steigerung von 7,2 auf 7,5 Millionen. Die Dividende wird wie im Vorjahre auf 6 Proz. bemessen. Wie wenig der Bekehrbeitrag die großen Unternehmen trifft, mag man daraus erkennen, daß die Bank (mit einem Aktienkapital von 85 Millionen) ganze 200.000 M. für diesen „patriotischen“ Zweck aufzubringen hat.

Ein Verband deutsch-anglischer Wirtschaftskreise hat sich am vergangenen Sonnabend in Berlin gebildet. Die Leitung des Verbandes übernahm für das laufende Geschäftsjahr der Deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsverband, bezw. dessen Vorsitzender, der Abgeordnete Passafium. Angehörig sind bisher der deutsch-russische, deutsch-österreichische, deutsch-französische, deutsch-argentinische, deutsch-brasilianische, deutsch-rumänische, deutsch-südamerikanische Wirtschaftsverband und der Deutsche Balkan-Verein.

Vom Wirtschaftsleben in Südwest-Afrika.

Der soeben erschienene Jahresbericht der Windhuker Handelskammer äußert sich über die allgemeine Lage in Deutsch-Südwestafrika während des Kalenderjahres 1913 folgendermaßen: „Die allgemeine wirtschaftliche Lage des verflorenen Jahres kann nicht als günstig bezeichnet werden. Sie stand unter dem Zeichen einer Weltknappheit, wie sie seit Jahren nicht zu verzeichnen war, und den Folgen eines schlechten Regenjahres, Weidewirtschaftsmangels und sehr geringem Ernteertrag. Die Ende 1913 begonnene Regenzeit hat besser eingeleitet und wird bei günstigem Verlauf der Landwirtschaft wieder aufhellen.“

Das wichtigste Ereignis des Jahres für das Schutzbild war die Begründung der Landwirtschaftsbank, die unter Aufsicht des Gouvernements und mit einem vom Bundesrat gegen 4 Proz. Zinsen zur Verfügung gestellten Grundkapital von zunächst 5 und insgesamt 10 Millionen Mark berechtigt ist, Schuldverschreibungen bis zum zehnfachen Betrage dieser Summe auszugeben. Das Geld soll verwendet werden zur Beleihung landwirtschaftlicher Grundstücke und Bodenverbesserungen. Auf allen Gebieten regt sich bereits neues Leben, die Farmbetriebe können sich ausbauen, mit größeren Mitteln Wasser erschließen, sich durch Einzäunung gegen Seuchen schützen und ihre Juchten verbessern und somit ihr Streben richten auf Schaffung von Exportwerten, wie Wolle, Schlachtwiege, Pferde, Rohwolle, Straußenfedern und Karakulschellen, d. h. einem regelmäßigen Export, der die Vorbedingung für die Zukunft unseres Landes ist.

Ein noch wichtigerer Faktor als Kapital fand für unser Land billige Arbeitskräfte, an deren Mangel schon heute das Wirtschaftsleben in allen Teilen krank und starr und noch mehr leiden wird bei der einsetzenden rareren Entwidlung.

Die Beitragssteuer zu den Kosten des Bahnbau hat im Lande Mißstimmung hervorgerufen, um so mehr, als die Veranlagungen hoch sind, die Korridorbahn nach Kaprategischen Grundstücken als nach deren wirtschaftlicher Erschließung erbaut wurde und die Besteuerung in eine Zeit großer Weltknappheit fällt.

Der Verkauf südwestafrikanischer Diamanten.

Alle in Deutsch-Südwestafrika geförderten Diamanten dürfen nicht frei in den Verkehr gebracht werden, sondern müssen einer staatlich beaufsichtigten Verkaufsmonopolgesellschaft, der Diamantregie, überwiesen werden. Bisher waren in der Regie neben den Diamantförderern auch Großbanken vertreten. Durch diese verfahrenartige Zusammenfassung kam es vorzuziehen zu Unstimmigkeiten innerhalb der Regie, die ihren offenen Ausdruck fanden, als die Großbanken die Einschränkung der Diamantproduktion forderten. Um den Widerstand der Förderer gegen die geplante Kontingentierung zu brechen, beabsichtigte der Fiskus, von seinem Recht Gebrauch zu machen, alle Anteile der Regie zu erwerben. Die Großbanken traten ihre Anteile freiwillig ab, die Förderer protestierten dagegen aus formellen Gründen gegen die Uebernahme der Regie durch den Fiskus. Ohne sich um den Widerspruch der Förderer zu kümmern, erließ der Fiskus in diesem Sinne für Südwestafrika eine Verordnung, die eine Höchstzahl für die Diamantproduktion festsetzte. Der Protest der Förderer gegen ihre Ausschaltung aus der Regie hat nun zu einer neuen Regelung geführt. Die offiziell mitgeteilt wird, soll die Regie künftig einen Aufsichtsrat von acht Personen besitzen. Vier sollen aus den Kreisen der Förderer genommen werden. Weiter werden der Regie Vertreter der Diamantgeschleif-Industrie, des Diamanthandels und

allgemein kaufmännisch hervorragende Persönlichkeiten angehören. Bei Stimmengleichheit innerhalb des Aufsichtsrats entscheidet der Reichskommissar. Die Anteile an der Regiegesellschaft sollen so verteilt werden, daß der Fiskus des südwestafrikanischen Schutzgebietes und die Förderer je die Hälfte besitzen. Die Forderungen der Produzenten sind damit im wesentlichen bewilligt worden.

Vor einigen Tagen ist von der Regie der Verkauf ihrer Produktion neu ausgeschrieben worden. Bisher ist die Produktion stets einem Antwerpener Syndikat zugefallen. Öffentlich gelingt es nun, nachdem der Einfluß der Großbanken zurückgedrängt worden ist, einen Käufer zu finden, der sich verpflichtet, die Verarbeitung der Rohdiamanten der deutschen Schleifindustrie zu übertragen.

Soziales.

Papier statt Lohn.

Unsere Leser entsinnen sich, daß wir gegenüber dem Gebaren, den Arbeitern statt Lohn Kassenscheine auszugeben, Front machten und darlegten, daß kein gewerblicher Arbeiter verpflichtet ist, Kassenscheine statt Bargeld anzunehmen und jederzeit auf Grund der §§ 116, 117 G.-D. trotz Uebergabe der Kassenscheine nochmals Zahlung und zwar in bar verlangen könne. Die Offizien versuchten unsere mit der Ansicht der besten Kommentatoren der Gewerbeordnung übereinstimmende Auslegung des § 115 der Gewerbeordnung anzuzweifeln. Schließlich gab der Minister in einer von einerseits, andererseits wimmelnden offiziellen Auslassung zu, daß kein Arbeiter gezwungen werden könne, Kassenscheine statt Bargeld anzunehmen. Wie recht wir hatten, als wir vor Annahme von Papier statt Geld warnten, zeigt folgende Auslassung der amtlichen „Berliner Korrespondenz“:

Nach den Beobachtungen der Reichsstaatsanwaltschaft mehrerer ständiger Fälle, in denen Ertrag für Reichskassenscheine erbeten wird, die aus Unachtsamkeit ganz oder teilweise vernichtet worden sind, die Behörden meist oft außerstande, diesem Ersuchen zu entsprechen, weil sie nach den gesetzlichen Bestimmungen nur dann Ertrag leisten darf, wenn entweder von einem echten Reichskassenscheine ein Rest vorgelegt wird, der mehr als die Hälfte eines solchen beträgt, oder wenn es auf Grund der beigebrachten Beweise als ausgeschlossen erachtet werden muß, daß die nicht vorgelegten, mehr als die Hälfte betragenden Teile noch wieder zum Vorkommen können. In der bei weitem überwiegenden Mehrzahl derartigen Fälle ist der Schaden in der Weise entstanden, daß in größeren Betrieben bei den Lohnzahlungen die Arbeiter verlassene Lohnkästen mit Hartgeld und Papiergeld erhalten, sobald die Lohnkästen zerfallen, das Hartgeld ausgekittet und die zerfallene Lohnkästen mit dem noch darin befindlichen Papiergelde weggeworfen haben. Wenn dann der Verlust entdeckt worden ist, so ist häufig die Lohnkästen oder ein Teil davon nicht mehr aufzufinden gewesen. Es ergibt sich daraus, daß offenbar weitere Kreise sich noch nicht genügend an den Gebrauch des Papiergeldes und an die Notwendigkeit, es sorgsam zu behandeln, gewöhnt haben. Ganz besonders scheint dies da der Fall zu sein, wo die Lohnzahlung durch Lohnkästen bewirkt wird.

Wir weisen diese geschädigten Arbeiter darauf hin, daß sie Anspruch auf nochmalige Zahlung in bar nach §§ 115, 116, 117 G.-D. gegen den Arbeitgeber haben. Zuständig ist das Gewerbegericht.

Wahlverfahren.

In Nr. 58 hatten wir im Anschluß an die Mitteilung über den Ausgang der Wahl zur Betriebskrankenkasse bei der Firma Krupp in Essen berichtet, daß die Firma für die Wahl fünf Wahlabteilungen eingerichtet habe, daß deren Rechtsgültigkeit noch nachzuprüfen sein werde. Die Nachprüfung ist dringend erforderlich. Denn die Einrichtung von Wahlabteilungen steht mit dem Wortlaut des Gesetzes im Widerspruch. Solche Abteilungen können wohl für die Orts- und die Landkrankenkassen eingerichtet werden, nicht aber für Betriebskrankenkassen. In den Vorschriften der R. V. O., die von der Zusammenfassung der Kassenorgane bei Orts- und Landkrankenkassen handeln (§§ 327—337), befaßt nämlich § 334 folgendes:

Die Frist zwischen der Ausschreibung der Wahl (§ 333) nämlich zum Ausschluß der Krankenkasse und der Wahl selbst muß mindestens einen Monat betragen; die Sitzung kann eine längere Winkelfrist festsetzen.

Die Sitzung kann bestimmen, daß nach Bezirken oder Berufsgruppen gewählt wird.

Ganz getrennt von diesen Vorschriften sind für die Zusammenfassung bei Betriebs- und Innungskrankenkassen unter besonderer Ueberschrift nur für diese letzteren genannten Kassenarten geltende in den §§ 328—341 gegeben. Und da heißt es in § 339:

Bei der Betriebskrankenkasse wählen die volljährigen Versicherer aus ihrer Mitte ihre Vertreter im Ausschluß unter Leitung des Vorstandes. § 333 Abs. 2, § 334 Abs. 1 gelten. Diese Vertreter wählen aus den Versicherern deren Vertreter im Vorstand.

Bei den für anwendbar erklärten Vorschriften, die für die Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen gelten, fehlt also jene in § 334 Abs. 2. Durch die ausdrückliche Betonung, daß nur Abs. 1 dieses Paragraphen gelten soll, ist also die Anwendung des Abs. 2, der allein die Wahl nach Bezirken oder Berufsgruppen zuläßt, ausgeschlossen worden. Nach allen Regeln der Gesetzesauslegung ist es unzulässig, wenn eine Materie im Gesetz erschöpfend geregelt ist, auf andere, als diese, die Sache erschöpfenden Vorschriften zurückzugreifen. Das ist ja auch so selbstverständlich, daß man das gar nicht braucht besonders zu betonen. Kann man sich nun eine erschöpfendere Regelung denken, als eine solche, die ausdrücklich sagt, die und jene Paragraphen gelten?

Es ist also unzulässig, die Vorschrift des § 334, Abs. 2, für anwendbar zu erklären, wenn, wie im vorliegenden Falle, das Gesetz ausdrücklich sagt: § 334, Abs. 1, gilt.

Jede bei einer Betriebs- oder Innungskrankenkasse nach Bezirken oder Berufsgruppen vorgenommene Wahl ist also unter Verletzung des Gesetzes zustande gekommen und muß von Amts wegen für ungültig erklärt werden. Das auch dann, wenn das Statut der betreffenden Kassen oder, was dasselbe ist, die Wahlordnung als Anhang zum Statut, eine solche Wahl für zulässig erklärt und diese Bestimmung die Genehmigung des Oberverwaltungsamtes gefunden hat. Das ist dann irrtümlich geschehen. Solche Genehmigung macht eine mit dem Gesetz im Widerspruch stehende Vorschrift nicht gültig.

Berichtszeitung.

Wirkstoff oder Simulant?

Einen unerwarteten Ausgang hatte eine Verhandlung gegen Gentsch und Genossen, welche gestern die 5. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Seiler beschloß.

Die gegen den „Kaufmann“ Otto Gentsch, einen gewissen Ernst Borath und die unerschrockene Julie Wänke gerichtete Anklage beschuldigt diese des Betruges in 17 Fällen und der Urkundenfälschung bezw. der Weichheit. Der erste Angeklagte lebt mit der W. in wider

Ehe; aus diesem Verhältnis sind vier Kinder entsprossen. Er hat die Angeklagte seinerzeit schon einmal während der Verhörung einer Zuchthausstrafe heiraten wollen, die Absicht scheiterte aber daran, daß sie sich die nötigen Papiere aus Oesterreich nicht verschaffen konnte. Bei der jetzigen Anklage handelt es sich um Rautionsschwindel, die aus Anlaß der Begründung einer „Kunststofffabrik“ in gemeinsamer Tätigkeit der Angeklagten gegen solche Personen verübt sein sollen, die sich von ihnen als „Hilfsleiter“ gegen Rautionsschwindel anstellen ließen. Ein früherer Termin mußte verlagert werden, weil der Angeklagte Porath den Einwand der Geisteskrankheit aus § 51 St. G. B. erhob. Er ist f. Z. von seiner Frau nach der Landwirthschaft Anstalt gebracht worden, ist im Gelsen Institut, dann in der Irrenanstalt Herzberge und schließlich vor kurzem in Landsberg a. Warthe gewesen. Während die ärztlichen Gutachten auf Grund der angeführten Untersuchungen und Beobachtungen keinen Zweifel darüber zu lassen schienen, daß der Angeklagte in der Tat unter den § 51 falle, trat dieser im geistigen Termin pflüchlich mit der Behauptung hervor, daß er gar kein Geisteskranker, sondern nur ein gekünstelter Simulant sei und gar keine Lust verspüre, dauernd in eine Irrenanstalt gesperrt zu werden, sondern für das, was er getan, seine Strafe aus sich nehmen wolle. Der Angeklagte behauptete weiter, daß es sich hier um einen Plan seiner Ehefrau handele, deren Mai er zunächst befolgt habe, um straffrei zu werden; schließlich habe er aber eingesehen, daß es die Absicht seiner Frau zu sein scheine, ihn auf dem Wege der Einsperrung in Irrenanstalten los zu werden. Er habe es verstanden, die Verträge der verschiedenen Anstalten gründlich zu durchsehen; den Sprachfehler, der in den Gutachten eine Rolle spiele, habe er sich künstlich konstruiert und, obgleich er gar nicht vorhanden sei, konsequent durchgeführt, die konfuse Briefe aber, die gleichfalls auf Geistesgekränktheit hindeuten sollen, habe er sich von einem Zellengenossen im Untersuchungsgefängnis, einem Ingenieur D. aufheben lassen. Dieser Darstellung des Angeklagten trat der dirigierende Arzt der Anstalt Herzberge, Geh. Rat Dr. Otto auf das bestimmteste entgegen: er habe sich von dem Angeklagten in keiner Weise täuschen lassen, denn dieser sei tatsächlich geisteskrank. Da Porath nach wie vor seine Behauptungen aufrecht erhielt, blieb nichts übrig, als einem Antrage des Rechtsanwalts Marcus zu entsprechen und zu einem nächsten Termine nach den behandelnden Arzt aus Landsberg, den Ingenieur D. und die Verwandten des Angeklagten, insbesondere den Bruder und die Frau vorzuladen.

Graufames Mordtrium eines Dienstmädchens.

Vor dem Jugendgericht in Breslau stand wieder einmal eine von jenen Dienstgebetinnen, die ihre Dienstmädchen in so unmenschenlicher Weise mißhandelt, daß selbst als Zeugen geladene Ärzte übereinstimmend unter Eid bezeugten, noch nie während ihrer ganzen Praxis so etwas gesehen zu haben.

Auf der Anklagebank saß eine Angehörige der sogenannten gebildeten Kreise, die Apothekerwitwe Hedwig Thiel und ihre Tochter Margarete. Da die letztere noch nicht 16 Jahre alt ist, kam die Angelegenheit vor dem Jugendgericht zur Aburteilung. Die Verhandlung bot ein trübes Bild von Gefühllosigkeit und menschlicher Graufamkeit, deren Opfer das 23jährige elterliche Dienstmädchen Maria Neugebauer war. Diese war seit dem Juli vorigen Jahres bei der Angeklagten in Stellung. Sie wurde bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit von den beiden Angeklagten nicht nur mit den allergeringsten Schimpfwörtern, wie „Sau“, „Dure“, „Mißkünd“ belegt, sondern mit einem Viehgesicht-Malocher ganz erbarmungslos über den Kopf und andere Körperteile geschlagen. Durch die andauernden Mißhandlungen wurde das belagerte Dienstmädchen schließlich krank. Ein Arzt konstatierte zunächst eine eitrige Chronenentzündung und grüne und blaue Flecken am ganzen Körper, die von schweren Mißhandlungen herrührten. Da der Zustand des mißhandelten Dienstmädchens immer schlimmer wurde, mußte dieses auf Anraten des Arztes das Krankenhaus aufsuchen, wo es mehrere Wochen zubringen mußte. Der leitende Arzt des Krankenhauses stellte auf Grund der Untersuchung fest, daß die Neumann am ganzen Körper so schwere Verletzungen von Mißhandlungen erlitten, aufwieh, wie er sie in seiner langjährigen Praxis noch nie gesehen habe. Er bezeugte eidlich, daß das Gesicht unförmig entstellte, daß die ganze Kopfhaut einen einzigen Bluterguß aufwies. Ferner war das linke Ohr hart vereitert, die Augen traten aus den Höhlen und waren hart mit Blut unterlaufen und geschwollen. Der ganze Brustkorb glied einem einzigen braunen Fleck, die Unterschenkel waren blutunterlaufen, kurz, der ganze Körper des Dienstmädchens bot dem Arzt, wie er selber sagte, einen geradezu jammervollen Anblick.

Erst durch die Unterbringung im Krankenhaus wurde dem geringfügigen Treiben der beiden Frauen ein Ziel gesetzt.

Der Vertreter der Anklage hob zwar in seinem Plaidoyer hervor, daß die von den beiden Angeklagten verübten Missetaten zum Himmel schreien, beantragte jedoch nur, obwohl diese Missetaten wegen Mißhandlung eines anderen Dienstmädchens bereits mit 50 M. vorbestraft ist, nur 4 Monate, gegen die hoffnungsvolle Tochter 4 Wochen Gefängnis. Das Gericht ging leider noch darunter. Es erkannte gegen die Mutter auf nur 3 Monate und 250 M. Strafe, gegen die Tochter auf 60 M.

Das äußerst milde Urteil wird nicht gerade abschreckend wirken. Wie war es möglich, daß das Opfer der Verurteilten niemandem Mitteilung machte und nicht zur Notwehr griff? Ein gerüttelt Teil Schuld daran trägt unsere Gesindeordnung und die auf ihr beruhende Rechtsprechung. Denn diese nehmen trotz der Aufhebung jedes Zuchtigungsrechts gegenüber dem Gesinde an, nicht jede Mißhandlung berechtige das Gesinde zum Verlassen des Dienstes, sondern nur dann liege solch Grund vor, wenn das Gesinde durch Mißhandlungen von der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit versetzt werden oder die Herrschaft das Gesinde mit ausdauernder und ungewöhnlicher Härte behandelt hat. (§§ 130, 137 der Gesindeordnung.)

Das böse Gewissen

hat den Präser Johann Lens dazu getrieben, sich wegen einer vor drei Jahren begangenen Straftat freiwillig der Polizei zu stellen. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III, welches gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Oeffke eine neue, voraussichtlich aber nur fünf Tage dauernde Sitzungsperiode begann, hatte sich der bisher unbestrafte L. unter der Anklage der Fälschung einer öffentlichen Urkunde zu verantworten.

Der Angeklagte war im Oktober 1910 bei dem Infanterieregiment Nr. 55 in Oörter zu einer Uebung einbezogen worden, nach welcher er den üblichen Militärarbeitschein mit Kontrollzettel ausgehändigt erhielt. Auf der Fahrt wurde er von einem Unmohlsin besessen. Er legte aus und fuhr mit einer selbstgekauften Fahrkarte zu seinem Bruder in Essen, um sich dort erst von den Strapazen der Uebung zu erholen. Als er dann nach seinem damaligen Wohnorte Friedrichshagen zurückkehren wollte, schloß ihm das Bahngeld. Er machte deshalb auf dem Kontrollzettel durch Darüberstreichen mit dem Finger das Datum unförmlich und setzte außerdem noch den Vermerk „mit dem Säckelange“ hinzu. Der Betrag wurde jedoch schon zwischen Essen und Duisburg bemerkt. — Diese Straftat hatte zur Folge, daß der Angeklagte aus Furcht vor Verhaftung drei lange Jahre ein ununterbrochenes Wanderleben führte, indem er sich als Handlanger einem Wanderzirkus anschloß. Die Sache ließ ihn jedoch keine Ruhe, zumal er jedesmal beim plötzlichen Auftauchen eines Polizeibeamten zusammenzuckte. Das böse Gewissen führte schließlich dazu, daß er eines Tages zur Polizei ging und sich freiwillig stellte.

Vor Gericht war der Angeklagte geständig. Rechtsanwalt Dr. Davidsohn hat die Geschworenen, nur die Schuldfrage nach einfacher Urkundenfälschung zu bejahen, da der Angeklagte als Rechtsunkundiger der Meinung gewesen sei, daß die Militärarbeitscheine die Pflicht hatte, ihn nach Hause zu transportieren, er somit gar keinen Vorbehalt erlangen wollte. Die Geschworenen schlossen sich dieser Ansicht an, denn sie bejahten auch nur die Schuldfrage in diesem Sinne. Der Staatsanwalt beantragte 2 Monate Gefängnis, das Gericht erkannte auf 3 Wochen Gefängnis, welche durch die er-

littene Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurden, so daß die sofortige Freilassung des Angeklagten erfolgte, der mit einem aus tiefer Seele kommenden „Gott sei dank“ die Anklagebank verließ.

Zwei Ohrfeigen.

Ein Abenteuer in der Neujahrsvacht mit „schlagenden“ Achtungsbeweisen hatte gestern ein Nachspiel vor der 145. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte. Als Privatkläger trat der jetzt in Hamburg wirkende Schauspieler Weisfried gegen den Komponisten der Russe der Post „Hohheit—der Franz“, Rudolf Winterberg, und dessen Frau Margarete geb. Jäbarch auf. Am Silvesterabend des Jahres 1912 sah im „Kaiserhof“ eine zahlreiche Festgesellschaft zusammen, welche den Anbruch des neuen Jahres dort feiern wollte. Unter den Anwesenden befanden sich auch die sich jetzt im Gerichtsjaale gegenüberstehenden Parteien. Im „Kaiserhof“ erhielt der Kläger von dem belagten Ehemann, im Palais de danse von der Ehefrau eine Ohrfeige. Derselbe klagte er jetzt. Die Beklagten wendeten ein, die erste Ohrfeige sei die Folge einer Belästigung gewesen, die der Kläger der belagten Ehefrau gegenüber, wie diese ihrem Mann erzählte, habe, sich erlaubt habe, die zweite, weil er den Ehemann „Kauschub“ genannt habe. Der Kläger bestritt, daß er Anlaß zu den ihm von den Eheleuten gemachten über Kreuz gemachten Ohrfeigen gegeben habe. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je 100 M. Geldstrafe.

Totschlag?

Das Schwurgericht des Landgerichts I hatte über einen Mordtatsache zu befinden, dem ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Die Anklage, die sich gegen den Konditor Hermann Reim richtete, lautete auf Körperverletzung mit Todesverfolg.

Der Angeklagte war mit dem Konditor Paul Hoffmann bekannt und war zu den Hoffmannschen Eheleuten nach der Kaiserstraße 43 gezogen. Am 2. November war das Ehepaar Hoffmann mit dem Reim in mehreren Gastwirtschaften gewesen. Hoffmann ließ es zu, daß seine Frau und der Angeklagte allein nach Hause gingen, während er noch im Schanzenlokal zurückblieb, da sein Durst noch nicht gelöscht war. Er wurde dann von Freunden und Arbeitsgenossen wegen des Verhältnisses seiner Ehefrau zu dem Schauspieler stark gehänselt und geriet darüber in gewaltige Aufregung. Als er nach Hause kam, kargte er nicht mit Vorwürfen gegen den Schauspieler und seine Ehefrau. Der erstere verbat sich diese Nowürze. Es kam zu einer erregten Szene, in deren Verlauf er die brennende Lampe nach Reim warf. Nun stürzte sich dieser mit gezücktem Messer auf ihn und stach auf Hoffmann ein, so daß dieser besinnungslos zu Boden sank und, aus mehreren Stichwunden blutend, nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Ein Messerschlag hatte die Lunge getroffen und Hoffmann ist an einer Lungenentzündung gestorben. — Das Schwurgericht verurteilte den Messerschläger zu vier Jahren Gefängnis.

Eine gebotene Ordnungsgeld.

Vor dem Schwurgericht in Stolp hatte sich der Spezialkommissionar Konrad Hildebrandt aus Bütow wegen schwerer Urkundenfälschung und Unterschlagung im Amte zu verantworten.

Der Angeklagte, der eine tüchtige Stütze des dortigen konservativen Vereins war und ein Jahresgehalt von 4200 M. bezog, hatte bei dem Bankier Rauschel ein Darlehen aufgenommen in Höhe von 7000 M., angeblich im Auftrag der Spezialkommission für den Ankauf von Wägen. Diese Anleihe wurde öfters prolongiert und erhielt er später noch ein Darlehen von 5000 M. unter Vorpiegelung falscher Tatsachen. Um das Ritztrauen des Bankiers zu verlorene und ihn in Sicherheit zu wiegen, legte er eine gefälschte Vollmacht der Spezialkommission vor, nach der der Angeklagte beauftragt war, Kapitalien in Höhe bis 20000 M. von dem Bankier Rauschel für die Spezialkommission aufzunehmen, die sich zur Zurückzahlung verpflichtete. Auf Grund der gefälschten Vollmacht gab der Bankier noch 3000 M. Insgesamt hatte der Angeklagte 17000 M. im Verlauf eines Vierteljahres erhalten, die mit Zinsen auf 19344 M. angelaufen waren. Zum Zwecke weiterer Geldaufnahme fälschte der Angeklagte eine Ergänzungsvollmacht der Generalkommission, in dem ihm gestattet wurde, Anteile in Gesamthöhe von 25000 M. für die Generalkommission aufzunehmen. Dem Angeklagten wurden daraus von dem Bankier wieder 3000 M. gegeben, als Sicherheit erhielt der Bankier eine Abschrift eines gefälschten Urkundenstückes über eine fingierte Verhandlung vor der Spezialkommission in Bütow. Nach dem Tode des Bankiers wurde der Angeklagte von den Erben gedrängt, und als er das Geld nicht zurückzahlen konnte, wurde der Generalkommission Mitteilung von den Schwindelthaten des Angeklagten gemacht, und er verhaftet. Der Angeklagte hatte von 1908, wo er die Schwindelthaten begann, bis 1913 neben seinem Gehalt rund 44000 M. verbrochen, darunter 21000 M., die ihm sein Vater gab. Ferner hatte er amtliche Gelder im Laufe der Jahre unterschlagen. Das Schwurgericht verurteilte den als „Sozialistenhater“ in weiten Kreisen bekannten Angeklagten zu drei Jahren Zuchthaus.

Aus aller Welt.

Ich klage an!

Der Erzpriester und Pfarrer von Bisso, Pietro Pericoli, Doktor des kanonischen Rechts, hat soeben seinem vorgesetzten Bischof seinen Entschluß kundgegeben, aus dem geistlichen Stande auszutreten, um auch vor dem bürgerlichen Recht seine Verbindung mit einem Freulein F. zu regeln, nachdem er sie vor seinem Gewissen vor vier Jahren durch eine kirchliche Trauung geregelt hat. Der Brief, in dem der Priester ohne Bitterkeit, aber auch ohne Jaghaftigkeit von der Kirche Abschied nimmt, verdient in seinen wichtigsten Teilen wiedergegeben zu werden:

„Monsieur! Durch dieses Schreiben teile ich Ihnen meinen Verzicht auf die Stellung als Erzpriester und Pfarrer von Bisso mit. Der Anlaß zu diesem Verzicht ist weder in meinen Vorgesetzten, noch in meinen Untergebenen zu suchen und ganz und gar nicht in meinen Pfarrkindern, die mir immer Achtung und Wohlwollen entgegenbrachten, sondern darin, daß mich meine Frau zum Vater eines kleinen Mädchens gemacht hat, was mich verpflichtet, sie nun auch zivilrechtlich zu ehelichen und so meine Stellung vor der bürgerlichen Gesellschaft zu regeln, wie ich sie vor vier Jahren vor Gott und vor meinem Gewissen durch eine geheime kirchliche Ehe geregelt habe. Damals wagte ich nicht mehr zu tun, um meiner Mutter einen Stummer zu ersparen. . . .

Ich bedauere, Ihnen, Monsignore,ummer bereiten zu müssen, aber höher als die kanonischen Gesetze und als die gesellschaftliche Konvention, die allzuoft den Gesetzen der Natur und des Evangeliums zuwiderlaufen, steht mein Gewissen, dessen Forderung ich nicht verlehen kann.

Ich bitte Sie weiter, Monsignore, meinen Gedanken des Verzichts gegen meine Frau zu haben, der ich mein Leben gewidmet habe und der ich unendlich viel danke, denn sie war mit immer Ansporn zum Guten, zur gewissenhaften Pflichtenfüllung, auch zu der meiner priesterlichen Pflichten, so daß es ihr Verdienst ist, wenn ich heute von meinen Vorgesetzten und von meinen Pfarrkindern scheiden kann mit erhabenem Haupte und beim Abschied sagen darf: ich habe nie der Ehre eurer Frauen oder eurer Töchter nachgestellt, ich bin als Pfarrer der Güter und Verteidiger der Reinheit und des Friedens eurer Familien gewesen; ich war dies dank dieser Frau, die mit einer großen und reinen Liebe einfiel und mich die Heiligkeit der Familie und die Gütlichkeit der christlichen Religion erkennen ließ, die Gott zum Vater hat und im Sakrament der Ehe die Vaterschaft heiligt. . . .

Der Schreiber fährt dann fort, daß ihm seine Eltern zum Geistlichen bestimmt haben, weil ihm als Kind jede Falschheit und jeder Betrug zuwider war. Sie mußten nicht, daß der Klerus mit einigen Ausnahmen gerade die Aste darstellt, die die von Jesus geforderte Wahrhaftigkeit am wenigsten besitzt und am engersten ist vom Geiste Christi, der Geist der Liebe und der Freiheit ist. Mein Vater verstand nicht, daß meiner Natur, die für die Liebe und für die Familie geschaffen war, die Durchführung des Zölibats unmöglich sein würde. Wieviel nutzlose Kämpfe, wieviel ungeschene Opfer kosteten mich die zehn Jahre heroisch durchgeführten Zölibats. . . . Sie kosteten mich meine Gesundheit, die dabei in die Brüche ging. . . .

Ich bitte Gott, daß er die geistliche Obrigkeit erleuchten und ihr endlich die Augen öffnen wolle, damit sie einsehe, wie unmenschlich, unchristlich, unfittlich und damit nicht nur der Kirche, sondern auch der menschlichen Gesellschaft schädlich das Gesetz des obligatorischen Zölibats ist; daß er ihr die Ohren und mehr noch das Herz öffne, um den Schrei all jener Priester zu hören, die dies Gesetz nicht einhalten können und an Seele und Körper ein nutzloses Märtyrertum leiden! Wehe, wenn diese Unglücklichen öffentlich Protest zu erheben wagten, im Namen der heiligsten menschlichen Rechte und der öffentlichen und privaten Sittlichkeit gegen das verwerfene und harte Gesetz, das Quelle unendlicher Korruption ist, die um so mehr an den Individuen und an der Gesellschaft frucht, weil sie geheim gehalten wird! Wer öffentlich klage erhebt, wird vom Amt entsetzt, exkommuniziert, hinausgeschoben, und da er keine Kenntnisse hat, die der Staat anerkennt, keine bürgerliche Bildung, um zu ehrlicher und angelegener Arbeit zugelassen zu werden, muß er Hunger leiden und auch dem Spott der Brüder, die auf den Exorzisten mit Ritztrauen und Verachtung blicken.

Das ist, Monsignore, die traurige Lage der Geistlichen, die der Kirche den Rücken kehren; das ist die Lage, die mich erwartet. Trotzdem gehe ich ruhig und voll Vertrauen, denn ich gehe den Weg meiner Pflicht, gemeinsam mit der Frau, die Gott mich hat finden lassen, und mit der ich die wenigen Freuden und die vielen Schmerzen des Lebens zu teilen bereit bin. Monsignore, leben Sie wohl! Bisso, 18. Februar 1914. Pietro Pericoli.

Und die Kirche? Wird sie die nur allzu wahren furchtbaren Anklagen des tief religiös veranlagten Priesters beherzigen oder auch nur verstehen? Im Gegenteil: wie einen räudigen Hund wird sie ihn behandeln, ihn darstellen als einen der Hölle verfallenen Wirtinnigen.

Brandkatastrophe im Armenhaus.

Ein furchtbares Brandunglück wird aus der Ortschaft Neubude bei Danzig berichtet. In der Nacht zum Montag kam im dortigen Armenhaus Feuer aus; das Haus brannte vollständig nieder. Drei Frauen, sämtlich über 80 Jahre alt, und ein zehn Jahre alter Knabe kamen in den Flammen um.

Auf der Spur der Debrecziner Attentäter.

Wie aus Bukarest gemeldet wird, war es der Polizei gelungen, den Urhebern des Debrecziner Anschlages, Caturcu und Kirilow, die im Hotel Minerva in Bukarest abgestiegen waren, auf die Spur zu kommen. Durch die Veröffentlichung der von der Czernowitzer Polizei gegebenen Steckbriefe aufmerksam gemacht, konnten die Verbrecher sich im Automobil nach Ploesti flüchten. Von dort ab verlierten sich ihre Spuren. Zwei Personen, Abramow und Mandacescu, die den Flüchtigen ihre Pässe gaben, sind verhaftet worden.

Todesstürze.

Zwei russische Flieger, die Gebrüder Gabriel und Peter Brombleski, die unter dem Namen Salvaja auf einem Flugfeld bei Lyon Flugversuche mit einem neuen gepanzerten Eindecker machten, stürzten dabei am Sonntag in einen 30 Meter tiefen Steinbruch. Gabriel war sofort tot, sein Bruder erlag im Hospital der erlittenen Verletzungen.

Der argentinische Flieger Newbergh, der bereits mehrere Rekordflüge ausgeführt hat, ist am Sonntag bei einem Fluge in den Cordobeser tödlich verunglückt. Sein Fluggast wurde schwer verletzt.

Ein neuer Schneesturm in New York.

Nachdem erst vor kurzem furchtbare Schneestürme in den östlichen Vereinigten Staaten schweren Schaden angerichtet hatten, ist am Sonntagabend das Gebiet von neuem von einem heftigen Schneesturm heimgesucht worden. Der Sturm richtete an Eisenbahnen, Telegraphen und Telephonleitungen großen Schaden an. Zahlreiche Orte sind vom Verkehr abgeschnitten. In New York fiel 9 1/2 Zoll Schnee. In der Umgebung von New York sind fünf Personen ums Leben gekommen. Mehrere Schiffe sind an der Küste von New England gestrandet.

Kleine Notizen.

Von einer Schneelawine verschüttet. Bei der Besteigung des Rosablanche wurden die drei Schweizer Touristen Meylan, Delan und Marmilod von stürzenden Schneemassen verschüttet. Alle drei sind tot.

Ein deutscher Dampfer in Rot. Die spanischen Blätter melden aus Algier: Der deutsche Dampfer „Janibar“ ist an der marokkanischen Küste aufgelaufen und in Gefahr, von Kabylen angegriffen zu werden. Der spanische Kreuzer „Estremadura“ und drei Kanonenboote sind von Algier nach der Unfallstelle abgegangen.

Ein Drama am Sterbelager. Ein furchtbares Familiendrama hat sich am Sonntag im Pariser Vorort Perreux abgespielt. Die dort wohnende Rentnerin Maurice, die lebensgefährlich erkrankt war, rief ihren Sohn und ihren Bruder an ihre Krankenlager, um beide, die in Unfrieden lebten, zu versöhnen. Anstatt auf die Bitten der Mutter zu hören, erhob der Sohn gegen seinen Dheim die heftigsten Vorwürfe und gab, als dieser ihn beschwichtigen wollte, vier Revolverkugeln auf ihn ab. Der Betroffene wurde sterbend ins Krankenhaus gebracht. Der Täter wurde verhaftet.

Ein Prinz als Landstreicher. Die Polizei verhaftete am Sonntag in Rizza einen Landstreicher auf offener Straße. Auf der Polizeistation stellte es sich zur großen Ueberraschung aller heraus, daß der Landstreicher ein Prinz war. Es ist der Prinz Ferdinand de Ligori, Prinz von Neffice. Die Nachforschungen ergaben, daß der Prinz von seiner Familie reichlich unterstützt wird und infolge seiner Lust und Liebe zum Abenteuer als Landstreicher die Welt durchwandert.

Marktbrief von Berlin am 28. Februar 1914. nach Ermittlungen des Igl. Polizeidirektors. Weiz (mitz), gute Sorte 18,90—17,20, Donau 00,00—00,00, Rals (runder), gute Sorte 14,70—15,00, Rals (stark) 0,00 bis 0,00, Neu 6,50—8,00.

Marktblattpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Roden 34,00—50,00, Speckbohnen, weiße 35,00—00,00, Linsen 40,00—80,00, Rartoffeln (Reinbl.) 4,00—7,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Reule 1,60—2,40, Rindfleisch, Dauchfleisch 1,30—1,80, Schweinefleisch 1,40—2,00, Kalbfleisch 1,40—2,40, Hammelfleisch 1,50—2,40, Butter 2,40—3,00, 60 Stück Eier 4,20—6,00, 1 Kilogramm Karotten 1,30—2,40, Kase 1,80—2,20, Rander 1,40—2,20, Gahis 1,40—2,20, Barchis 1,00—2,20, Schals 1,50—2,20, Hais 0,50—1,20, 90 Stück Zwiebeln 2,20—24,00.

Öffentliche politische Versammlungen.

Große Protestversammlung

gegen das unerhörte Urteil
der Frankfurter Strafkammer

am

Donnerstag, den 5. März, abends 8¹/₂ Uhr,
im „Deutschen Hof“, Luckauer Straße 15.

Tagesordnung:

Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse.

Referenten:

Genossin Dr. Rosa Luxemburg

und

Genosse Dr. Kurt Rosenfeld.

Der Einberufer: Eugen Ernst, Lindenstraße 2.

199/5*

Dienstag, den 3. März, abends 8¹/₂ Uhr, in den Konzert-
und Festsälen (Inhaber Obiglio), Koppenstr. 29:

Gr. Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

Gegen den staatlichen Gebärzwang.

Referenten: Reichstagsabgeordneter August Brey, Genossin Luise Zieh, Stadt-
verordneter Dr. R. Silberstein.

Genossen! Genossinnen! Auf zum Protest!

Der Einberufer: Eugen Ernst, Lindenstr. 2.

Donnerstag, den 5. März 1914, abends 8 Uhr, in den
„Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59 (gr. Saal):

Große Protestversammlung.

Referent Herr C. Giebel, M. d. R.

Hausangestellte, Dienstboten! Man will
Landfrankenkassen gründen für alle Dienst-
boten von Groß-Berlin.

Deshalb erscheint in Massen!

Keine Köchin, Stütze, Haus- und Kindermädchen, Mädchen
für alles, Diener, Aufwärterinnen und alle Reinmachefrauen,
keine darf fehlen! — Die Genossen und Genossinnen werden
gebeten, ihnen bekannte Hausangestellte auf diese Versam-
mlung aufmerksam zu machen.

Die Einberuferin: Lina Busch, Ahnower Straße 1.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83—85.

Telephon: Amt Norden 185, 1299, 1987, 9714.

Achtung! Bauanschläger! Achtung!

Donnerstag, den 5. März 1914, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 3:

Branchen - Versammlung.

Tagesordnung:
1. Reumahl der Branchenvertreter.
2. Branchenangelegenheit und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Kollegen! Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen
eines jeden Kollegen erforderlich.

Die Ortsverwaltung.

Volks-Feuerbestattungs-Verein

Groß-Berlin.

Mittwoch, den 18. März, abends 8¹/₂ Uhr,
im Musiker-Vereinshaus, Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 31:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

Vorstandsbericht. Ergänzungswahl zum Vorstand. Agitation. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Für die Orte Berlin-Buchholz, Borsigwalde, Budow, Friedenau,
Friedrichsfelde, Groß-Lichterfelde, Halensee, Heinersdorf, Hohen-Schönhausen,
Karlshorst, Mariendorf, Mariensfeld, Nieder-Schönhausen, Pantow,
Wilmannssee, Weidenhof, Köpenick, Schmargendorf, Spandau, Stralau,
Tempelhof, Wilmannsberg, Wilmannsruh, Wilmersdorf, Bittenau, Siemens-
stadt und Berlin-Zentrum sind noch Zahlstellen zu vergeben. Geschäfts-
inhaber mögen anfragen diesbezüglich bei F. Dietrich, Amt Neu-
kölln 1670, Oststraße 1a.

283/6

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10—2, 5—7. Sonntags 10—12.

Man vermeide Nachahmungen!

Husten,
Halskrankheit
rauhem Hals
beiziehend
Reiche's
Hustentropfen
In ihrer Wirkung einzig!
Nur echt
mit Marke
„Medico“

50 Pf. 1,-

In Drogerien u. Apotheken, wo nicht, durch
Otto Reiche, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Möbelstoffe

Letzte Neuheiten, auch Reste!
Moketteplüsch 4 65 130 cm
breit.
Muster bei näher. Angabe franko

Berlin, Oranien-
straße 158
Emil Lefèvre



Urbin

strahlt gar zu schön sagt Rieke
wenn ich auf meine Stiebeln kieke



Schuhputz „Urbin“ überall zu beziehen!
In Dosen zu 10, 20 und 25 Pfennig.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
Bureau: Berlin O., Rosenhalestr. 11/12, Restaurant Schilling, Amt Norden, 2438.

Achtung!
Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees
und Saalinhabern unseren
kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenhalestr. 11/12.
Geschäftszeit täglich von 10¹/₂—1 Uhr mittags.
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 1. Quartal rot und muß
mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Bruchbandagen
Leibbinden, Geradenhalter,
Irrigatore, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothring Str. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für
Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Spezialarzt
f. Haut-, Horn-, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Weintränke jeder
Art, Ehrlich-Gata-Kuren in
u. Co. fong.
Laborat. |
Dr. Homeyer
untersuchung, Fäden i. Hornhilo.
gegenüber
Friedrichstr. 81, Banoptikum
Spr. 10—2, 5—9, Sonn. 11—2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Lege-Hühner
garantiert junge, beste Lege, 2¹/₂ W.,
empfiehlt F. Wegner, Berlin SO.,
nur Mariannenstr. 34. 32/2*

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

H. Pfau, Bandagist
Berlin, Dirksenstraße 20
zwischen Bahndorf Alexanderplatz und
Vollzeppräsidenten. — Amt Kst. 3008.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Morgen Mittwoch, den 4. März 1914, abends 8¹/₂ Uhr:

Vertrauensmänner - Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Versammlungsorte:

- Tischler.**
 - Südwesten und Westen: in Fabrik Brauerei, Bergmannstr. 5/7.
 - Süden: bei Gießing, Wasserlostr. 68.
 - Südosten I und II: im Hotel Zabor, Waldemarstr. 75.
 - Osten I: bei Schwarz, Langestr. 53.
 - Osten II: bei Guth, Barshauer Str. 61.
 - Osten III: bei Fredericksdorf, Frankfurter Allee 127.
 - Oestliche Vororte: bei W. Schulz, Richtenberg, Kronprinzen-
straße 47, Ecke Schornweberstraße.
 - Nordosten: bei Mertmann, Gr. Frankfurter Str. 16.
 - Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei Büttner,
Schwedter Straße 23.
 - Wedding und Moabit: bei Kaszarowski, Hasenstr. 6.
 - Weißensee: im „Prälator“, Lehndorfer 122. Abends 6¹/₂ Uhr.
 - Neukölln: im Ideal-Kasino, Reichstr. 8.
- Küchenmöbelbranche** bei Knörig, An der Stralauer Brücke 3.
- Bautischler.**
 - Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Grahoff,
Admiralstr. 18c.
 - Bezirk 2: Osten bei Bratner, Weidenweg 85.
 - Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Gießing,
Kopenhagener Str. 71.
 - Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei
Gahje, Lindener Str. 26.
 - Bezirk 5: Neukölln bei Zehnf, Rosenstr. 24.
 - Bezirk 6: Charlottenburg: bei Thunau, Wielandstr. 4.
- Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter**
 - Osten: bei Voeter, Weberstr. 17.
 - Südosten: im Märktischen Hof, Admiralstr. 18c.
 - Norden: bei Günther, Brunnenstr. 96.
- Musikinstrumenten-Arbeiter** abends 8 Uhr, im Gewerk-
schaftshaus, Saal V.
- Modell- und fabriktischler** abends 8¹/₂ Uhr, bei Waldb,
Pflugstraße 5.
- Theatertischler** bei Greive, Rungestr. 30.
- Die Zahlstelle 30 ist von der Schwedter Str. 33 nach der Kastanien-Allee 29/30 bei Zundel verlegt worden.
Die Ortsverwaltung.

- Drechsler-, Alabaster- und Treppengeländer-
branche**
 - Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
 - Osten bei Kohn, Sudener Str. 19.
 - Südosten und Südwesten bei Tinsch, Ritterstr. 123.
 - Die Vertrauensleute aus den Lagermöbelwerkstätten gehen nach den
Versammlungen der zuständigen Tischlerbezirke.
- Einsitzer** im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 9.
- Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter** um 6 Uhr
bei Ernst Thomas, Reichstr. 5.
- Bilderrahmenmacher** um 6 Uhr bei Wählich, Stallstr. 22.
- Bodenleger** 8 Uhr bei Hälka, Rungestr. 9.
- Vergolder** bei Hedemann, Engelauer 1.
- Stellmacher** bei Hummel, Sophienstr. 5.
- Jalousiearbeiter** abends 8¹/₂ Uhr, Rungestr. 30.
- Maschinenarbeiter** im Englischen Hof, Alexanderstraße 27c.
Abends 8 Uhr.
- Korbmacher** bei Max Krause, Mariannenplatz 2.
- Bürstenmacher** bei Krüger, Holzmarktstr. 65.
- Schirmmacher** abds. 8 Uhr bei Knörig, An d. Stralauer Brücke 3.
- Kammacher** abds. 8 Uhr in Hermels Vereinshaus, Holzmarktstr. 21.
- Kisten- und Koffermacher** abends 8 Uhr in Hermels
Vereinshaus, Holzmarktstr. 21.
- Stockarbeiter** abends 5¹/₂ Uhr in Hermels Vereinshaus,
Holzmarktstr. 21.
- Laden- und Kontormöbelbranche**
bei Hermel, Holzmarktstr. 21.

Aus der Tätigkeit der Schulärzte Berlins.

Den neuesten Jahresbericht über die Tätigkeit der Schulärzte der Berliner Gemeindeschulen hat jetzt die Schuldeputation veröffentlicht. Der Abschnitt, der das Ergebnis der Untersuchungen des Gesundheitszustandes der Schulkinder behandelt, bietet im wesentlichen das gewohnte Bild.

Im Schuljahr 1912/13 mußten die Ärzte aus 36184 untersuchten Schulanfängern 8,98 Proz. wegen körperlicher oder geistiger Mängel als noch schulfähig zurückstellen, gegenüber 9,72 Proz. im vorhergehenden Jahre. Der Anteil der Zurückgestellten hat sich nur um ein Geringes erniedrigt, so daß man von einer Besserung noch nicht reden kann. 8,98 Proz. das bedeutet, daß noch immer aus den schulpflichtig werdenden Kindern nahezu jedes elfte Kind ausgedehnt und zurückgestellt werden muß. Leider nannte der Bericht, wie schon im Vorjahr, wieder nur die Prozentzahl und nicht auch die absolute Zahl der zurückgestellten Kinder. Daneben gibt er an, mit welchen Zahlen die einzelnen Krankheitszustände, die eine Zurückstellung nötig machten, beteiligt waren. Im ganzen zählten wir 3231 Fälle heraus, doch ist nicht ersichtlich, wie oft etwa bei einem Kind zugleich mehrere Krankheitszustände sich fanden. Dazu kommen weitere 7301 Fälle von Krankheitszuständen, bei denen die Einschulung zugelassen, aber eine besondere Überwachung durch die Schulärzte als nötig erachtet wurde. Wenn die Zahl der im Schuljahr 1912/13 in Überwachung genommenen Schulanfänger ungefähr gleich dieser Zahl der zu überwachenden Krankheitsfälle ist, dann sind noch rund 20 Proz. der Schulanfänger, etwa jedes fünfte Kind, in Überwachung genommen worden.

Zurückstellungen und Überwachungen ergeben zusammen 10532 Fälle ersterer Gesundheitsmängel — das sind, verglichen mit der Zahl der untersuchten 36184 Kinder, volle 29 Proz. An der Spitze steht, wie in den Vorjahren, der „ungenügende Kräftezustand (Mutarmut)“ mit 2423 Fällen. Von den übrigen Mängeln, die festgestellt wurden, seien hier nur genannt: Rachitis 788 Fälle, Skrofuloje 549, Knochenüberlufte 148, Lungentuberkuloje 301, andere Lungenerkrankungen 247, Herzleiden 587, Nasen- und Nasenleiden 710, Augenleiden 748, Ohrenleiden 547, Wirbelsäuleverkrümmungen 576, Bruchschäden 436, ferner Sprachstörungen 627, Nervenleiden 398, Epilepsie 61, geistige Minderwertigkeit 770, Idiotie 89. Bei manchen Mängeln genügt meist die Überwachung, bei anderen war in der Mehrzahl der Fälle die Zurückstellung nicht zu umgehen. Beachtung verdient, daß auch bei dem ungenügenden Kräftezustand die Mehrzahl der Fälle, 1342 von 2423, zu den Schlimmeren gehörten, die eine Zurückstellung ratsam erscheinen ließen.

Die Gesamtzahl der in Überwachung stehenden Kinder, d. h. der neu in Überwachung genommenen und der von früher her noch in Überwachung gehaltenen, stellte sich im Schuljahr 1912/13 auf 21,04 Prozent aller Gemeindeschulkinder, gegenüber 21,22 Proz. im Vorjahr. Auch hier nennt der Bericht nur die Prozentzahlen, und dahinter bringt er dann wieder eine Zusammenfassung der einzelnen Krankheitszustände in absoluten Zahlen. Die Addition ergibt 47178 Fälle, die sich auf überhaupt 224187 Gemeindeschulkinder verteilen. Hier zählt die Gruppe „ungenügender Kräftezustand“ nicht weniger als 8022 Fälle.

Man halte prophezeit, daß die Erfolge der von der Stadt eingeführten Säuglingsfürsorge später in den Ergebnissen der Untersuchungen einzuschulender Kinder zu Tage kommen würden. Schon vor einigen Jahren sind die ersten Pfleglinge der Berliner Säuglingsfürsorge in das schulpflichtige Alter eingetreten, und von Jahr zu Jahr mehr unter den Schulanfängern sich die Zahl der Kinder, die im Säuglingsalter diese Fürsorge genossen haben. Aber den Hoffnungen, daß ein merklicher Einfluß auf den Gesundheitszustand der sechs- bis achtjährigen Schulkinder festzustellen sein werde, ist bisher die Erfüllung versagt geblieben. Auch die von den Säuglingsfürsorgebetreibern propaganda für eine Ernährung mit der Mutterbrust hat in Berlin bisher den Gesundheitszustand der in die Gemeindeschulen eintretenden Sechsjährigen im ganzen nicht zu bessern vermocht. Schularzt Dr. Koeder hat in 1912/13 unter den Kindern, die er zurückstellen mußte, zur Hälfte Brustkinder und zur Hälfte Flaschenkinder gehabt. Er sagt, daß man erheblich mehr Flaschenkinder darunter erwarten sollte. Vielleicht könne, sagt er hinzu, für seinen in Berlin-Nord gelegenen Bezirk (Gesundbrunnen) geschlossen werden, daß in der wenig bemittelten Bevölkerung bei den Schulanfängern die Brustkinder den Flaschenkinder nicht überlegen sind.

Die Feststellungen Koeders bestätigen ungefähr, was bereits vor einigen Jahren zwei andere Berliner Schulärzte, Schaefer und Wallenstein, gefunden hatten. Die Verkümmern der Kinder der Arbeiterklasse wirken wirksam zu bekämpfen, dazu ist eben doch mehr erforderlich als nur Säuglingsfürsorge und „Stillpropaganda“. Koeder fordert eine planmäßige Organisierung der gesamten Kleinkinderfürsorge bis zum Alter der Schulpflicht. Sie werde, hofft er, die Überlegenheit der Brusternährung über die Zeit des Abstillens hinaus zur Geltung bringen und den Ernährungs- und Entwicklungszustand der Schulkinder bessern.

Achtung, Krankenkassen!

Demnächst finden die Wahlen der Beisitzer der Arbeitnehmer für das Versicherungsamt der Stadt Berlin statt. Zu diesem Zweck müssen die Krankenkassen ihre Mitgliederzahl beim Versicherungsamt der Stadt Berlin einreichen.

Nach der Wahlordnung, § 42 der Reichsversicherungsordnung sind die Vorstandsmitglieder der Orts-, Betriebs-, Land- und Innungskassen, die im Bezirk des Versicherungsamts ihren Sitz haben, und ferner die Vorstandsmitglieder der Ersatzkassen bzw. Zentralkassen wahlberechtigt.

Wir fordern nun die Vorstände der Krankenkassen und auch der Ersatz- bzw. Zentralkassen höflichst auf, die Zahl ihrer Mitglieder dem Versicherungsamt mitzuteilen.

Die Ersatz- bzw. Zentralkassen kommen mit ihren Mitgliedern nur in Betracht, soweit die Mitglieder am Orte des Versicherungsamts wohnen.

Der letzte Termin zur Einreichung der Mitgliederzahl ist Donnerstag, den 5. März d. J. Alle die Kassen, welche bis zu diesem Termin ihre Mitgliederzahl dem

Versicherungsamt nicht mitgeteilt haben, können an der Wahl nicht teilnehmen.

Das Arbeiter-Sekretariat Berlin.

Parteiangelegenheiten.

Heute, Dienstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Konzert- und Festsälen, Klappenstraße 29, große Protestversammlung mit der Tagesordnung:

Gegen den staatlichen Gebärzwang!

Referenten sind die Genossen Reichstagsabgeordneter August Brey, Genossin Luise Zieh und Dr. Silberstein. (Siehe auch Inserat.)

Genossen! Genossinnen! Gelingt es den reaktionären Parteien, ihr Vorhaben durchzuführen, so wird eine schwere gesundheitliche Gefahr für die Bevölkerung heraufbeschworen, unter der besonders die arbeitende Klasse zu leiden haben wird. Deshalb auf zur Protestversammlung!

Donnerstag, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße 15, eine weitere Protestversammlung gegen das unerhörte Tendenzurteil der Frankfurter Strafkammer gegen unsere Genossin Rosa Luxemburg statt. Die Tagesordnung lautet:

Militarismus, Krieg und Arbeiterschaft.

Referenten sind die Genossin Dr. Rosa Luxemburg und Genosse Dr. Kurt Rosenfeld.

Auch hier wird die Berliner Parteigenossenschaft zeigen, daß sie im Kampfe für den Völkerfrieden ihren Mann steht.

Freitag, den 6. März, Flugblattverbreitung zum Frauentag. Kein Genosse, keine Genossin darf bei dieser wichtigen Arbeit fehlen.

Der Zentralvorstand.

Viertes Wahlkreis. Am Donnerstag, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, finden für die jungen Mitglieder des Wahlvereins vom 18. bis 21. Jahre zwei Versammlungen statt. Für den Stadtteil Südost im Reichsberger Hof (Inhaber Jahnrow), Reichsberger Straße 147: Vortrag des Genossen R. Seidel über „Bildungsarbeit“. Für den Stadtteil Ost bei Siegel, Gr. Frankfurter Straße 124: Vortrag des Genossen E. Eichhorn über „Entstehung und Entwicklung der Sozialdemokratie“. Guten Besuch erwarten die Sektionsleitungen.

Mariensfeld. Am Mittwoch, den 4. März, abends 6 Uhr, Flugblattverbreitung vom Lokal Schäfer aus. In demselben Lokal um 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Die bevorstehende Gemeindevahl verpflichtet sämtliche Genossen zu erscheinen.

Lichtenberg. Mittwoch, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, findet für die Parteigenossen und Genossinnen von 18—21 Jahren im Lokal von Bielehagen, Scharnweberstraße, die 2. Zusammenkunft statt. Karl Marx und die Jugend. Diskussion.

Königs-Wasserhans und Umgegend. Am Mittwoch, den 4. d. M., abends 8 Uhr, in Wilbau bei Kobanek: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Groger-Neulöh. 2. Unsere Gemeindevahlen. 3. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 4. Parteiangelegenheiten.

Buchholz. Heute Dienstag von Röhne aus: Handzettelverteilung zur Gemeindevahl.

Röpenitz. Heute abend 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung im „Stadttheater“. Tagesordnung: Die Arbeitslosenfrage und deren Behandlung im Stadtparlament. Diskussion. Verschiedenes.

Riedersdörfchen-Nordend. Mittwoch, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr: Extrajahresabend in den Bezirkslokale. Einteilung der Arbeiten für die Gemeindevahl und Kuvertausgabe. Besprechung und Arbeitsplan für die nächste Woche.

Kaulsdorf (Dübahn). Morgen Mittwoch, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Bobbe: Extrajahresabend. Tagesordnung: Die Gemeindevahl.

Ostende (Nordbahn). Mittwoch, den 4. März, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung.

Pankow. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Restaurant zum Aurfürsten, Berliner Str. 102, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: „Kommunalpolitik.“ Referent: Stadtv. Wilh. Paegel.

Oranienburg. Mittwoch, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Waldhaus Sandhausen“, Inhaber Emil Parhold, Schillingstraße 34: Außerordentliche kombinierte Versammlung sämtlicher Gewerkschaften und des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. „Die rote Woche.“ 2. Partei- und Gewerkschaftsangelegenheiten.

Spandau. Mittwoch, den 4. März: Ordentlicher Jahresabend. Die erste Abteilung tagt gemeinsam bei Feitel, Bismarckstr. 6; alle übrigen Bezirke in ihrem Bezirkslokal.

Berliner Nachrichten.

Ordenschwindler.

Die Berliner Polizei hat in diesen Tagen einen Ordenschwindler hinter Schloß und Riegel gesetzt, der ihr längst zu schaffen machte. Er muß es sehr arg getrieben haben, wenn sein Schicksal ihn endlich erreichte. Denn im allgemeinen gehört der Ordenschwindler zu den Gebieten des namentlich in den Großstädten üppig gedeihenden Gaunertums, dem sich mit Gesetzesparagraphen nur schwer beikommen läßt. Daß es Staaten gibt, so schreibt die „Neue Gesellschaftliche Correspondenz“, die unter der Hand einen schwindehaften Handel mit Orden und Titeln betreiben, läßt sich nicht abstreiten. Es gibt Ordensvermittler, die sich mit Vorkäufe mit der Beförderung jener Orden befassen, die nahebei beisehen, gar keine Orden sind. Gerade die öffentlichen Wälle, in deren Zeichen Berlin augenblicklich steht, geben die schönsten Gelegenheiten, eitle Emporkömmlinge mit stolzer Miene riesige Ordenssterne, neben deren Glanz der des Schwarzen Adlerordens verbläßen könnte, auf ihrer Brust zur Schau tragen zu sehen. In Wirklichkeit sind diese Ordenssterne die Abzeichen gewisser ausländischer Wohltätigkeitsvereine und für einen verhältnismäßig niedrigen Preis für jedermann auf dem Markt erhältlich. An nötig, zu sagen, daß der Vermittler sie mit einem tüchtigen Aufschlage an den Mann bringt. Es gibt im Deutschen Reich kein Gesetz, um diesem Unfuge zu steuern. Nur in Preußen ist es privaten Körperschaften unterlagt, Abzeichen zu führen, die mit Orden verwechselt werden könnten, aber auf das Ausland besteht sich diese Bestimmung nicht. Nun ist der Gang der Dinge gewöhnlich folgender. Neue ausländische Vereinigungen ernennen, nach ihrem Statut, jeden, der ihr mit einer bestimmten Summe beiträgt, zum Mitgliede und gewährt ihm das Mitgliederabzeichen. Der Vermittler, den man in diesem Falle unbedingt einen Schwindler nennen

kann, verschweigt aber dem ordenslüsternen Herrn X oder Y, der vor einigen Jahren vielleicht noch Weintrinker oder schlimmeres war, daß der angebotene Orden, den er ihm anbietet, für 1000 M. oder noch weniger zu haben ist, sondern berechnet sich das Dreifache dafür. Fragt der Beglückte bei der zuständigen Behörde an, ob er den so teuer erworbenen „Orden“ tragen dürfe, dann wird ihm der Bescheid erteilt: es sei gar kein Orden, vielmehr nur ein Vereinsabzeichen, dessen Tragen oder Nichttragen in seinem freien Belieben stehe. Und dann spazieren erhabenen Hauptes die Emporkömmlinge von Gestern mit den strahlenden, achtspitigen Sternen an dem Brust auf den öffentlichen Wällen Berlins durch die Säle, ohne zu ahnen, daß es der Stempel der Dummheit und Lächerlichkeit ist, mit dem sie sich, weithin sichtbar, selbst behaftet haben.

Nach diesen „sachverständigen“ Darlegungen besteht also ein erheblicher Unterschied im Ordenswesen: zwischen echten und unechten Orden. Wir vermögen einen solchen nicht zu entdecken.

Vorsichtige Darlehnsgeber.

Wenn du ein Darlehn suchst — in Geld in deinen Beutel! Denn mancher der Menschenfreunde, die durch Zeitungsannoncen sich die zur Darlehnsverleihung anbieten, fordert von dir zu allererst, daß du in die Tasche greiffst und ihm das Geld auf den Tisch legst. Er macht dir klar, daß ein vorsichtiger Mann, ehe er auf dein Darlehnsgebet eingeht, sich zunächst mal vergewissern wird, welche Sicherheit du ihm für die Rückzahlung bieten kannst. Zu diesem Zweck wird er z. B., so belehrt er dich, bei einem Auskunfts-bureau anfragen und da versteht es sich doch von selber, daß er die Kosten dir aufbürden muß. Ist die Auskunft ungünstig für dich — ja, dann muß er dir mit bedauerndem Achselzucken folgen, daß er es nicht riskieren kann. Darlehn gibt's dann nicht — und dein Geld bist du los.

Von einem, der Darlehn geben wollte, aber seine Vorsicht noch viel weiter trieb, erzählt uns ein Leser unseres Blattes. Auf der Suche nach einem Darlehn von 100 M. geriet er an einen Herrn Friedrich Keil, Engelauer 1, der durch „Lokal-Anzeiger“-Annonce sich Darlehnsbedürftigen empfahl. Diesen Friedrich Keil, den das Adreßbuch als „Oberreisenden“ verzeichnet, wollte man nicht verwechseln mit dem im Hause Luisenauer 21 wohnenden, im Adreßbuch als „Ballspielmeister“ verzeichneten Herrn Arthur Keil, der unter der Firma „Arthur Weidung u. Co.“ ein „Zentralbureau für Verpachtungen“ (siehe Friedrichstr. 218) betreibt und in letzter Zeit mehrfach in unserem Blatt genannt wurde. Der Darlehnsucher brauchte die 100 M. dringend schon in aller nächster Zeit und zahlte daher ohne viel Besinnen die 3,60 M., die Herr Keil fürs erste ihm abverlangte. In Aussicht genommen wurde, falls Darlehnsverleihung zustande käme, Rückzahlung nach drei Monaten. Da Möbel als Sicherheit dienen sollten, so wurde, kündigte Keil an, ein Tagator sie abzuhaken. Fünf Tage nachher erschien bei dem Darlehnsucher ein Herr, der sich als der erwartete Tagator vorstellte. Die Möbel, die er als Sicherheit für das Darlehn auswählte, waren erst vor einem Jahre gekauft und damals mit 500 M. bezahlt worden, aber der Tagator bemah ihren Versteigerungswert auf nur 120 M. Auch das hätte noch genügt, ein Darlehn von 100 M. zu beden. Nicht wenig war der Darlehnsucher überrascht, als nach weiteren vier Tagen folgendes Schreiben des Herrn Keil eintraf: „Anbei erhalten Sie die Auskunft und so, daure ich, aus den darin angeführten Gründen Ihr Darlehnsgebet nicht berücksichtigen zu können.“ Beigefügt war ein Schriftstück einer „Auskunfts-Rez“, die sich „Internationales Westinstitut“ nennt und im Hause Potsdamer Str. 96 von einem Herrn Franz Wultraw betrieben wird. Sie berichtet über Personalien und wirtschaftliche Lage des Darlehnsuchers und seiner Frau und sagte schließlich: „Ihren laufenden Verbindlichkeiten sind die Leute bisher nachgekommen; auch ist nachteilig über Ruf und Charakter nicht bekannt. Befragte Stellen halten eine diesbezügliche Geschäftsverbindung wohl für zulässig, da die pfändbaren Gegenstände in einem eventuellen Ernstfalle das Darlehn vielleicht decken würden, jedoch haften diese Sachen in erster Reihe dem Wirt und müßte von diesem zunächst die Einwilligung zur Verpfändung gegeben werden, anderenfalls doch eine anderweitige Sicherstellung oder Bürgschaft empfohlen werden muß.“ Wer gewerbsmäßig durch Zeitungsannoncen anbieten, Darlehen zu geben, wird nicht erst durch eine Auskunft darüber belehrt zu werden brauchen, daß Möbel dem Hauswirt haften. Der Darlehnsucher wunderte sich, daß Herr Keil sogleich „bedauerte“, abzulehnen zu müssen. Warum fragte Herr Keil nicht an, ob der Wirt eine Verpfändung der Möbel zulassen oder der Darlehnsucher eine andere Bürgschaft stellen wollte? Dieser fand bei seinem Hauswirt in so gutem Kredit, daß der ohne weiteres in eine Möbelverpfändung auf drei Monate einwilligte und dem Herrn Keil eine schriftliche Erklärung hierüber gab. Jetzt war Keil doch wohl befriedigt und hatte Sicherheit genug. Es schien so; denn er wies nunmehr den Darlehnsucher an einen Herrn Meyer, Sebastianstr. 76. Natürlich mußte auch Meyer sich die Sache erst noch überlegen. Endlich kam von ihm der Bescheid: „Von Herrn Keil wurde mir Ihre Sache eingesandt. Ich sende Ihnen die Papiere zurück mit dem Bemerkten, daß ich dem Geschäft nur näher treten würde, wenn Sie guten Bürgen stellen.“

Zum Frauentag am Teufelssee.

Die Spur der Raubmörder, denen die 28-jährige Arbeiterfrau Amalie Witt und die 40-jährige Wirtin Pauline Schwarz aus Rowawes in der Nähe des Teufelssees zum Opfer gefallen sind, führt, wie von der Potsdamer Kriminalpolizei mitgeteilt wird, nach Rudowwalde. Auf dem Wege dorthin sind, wie eine ganze Anzahl Zeugen übereinstimmend bekunden, zwei Männer gesehen worden, die der Tat dringend verdächtig sind. Es handelt sich um Männer im Alter von 35 bis 40 Jahren, die ziemlich reduziert gekleidet waren. Der eine trug ein altes Lodencape, an dem die Kapuze fehlte. Eine solche Kapuze, die in den ersten Berichten als Sportmütze bezeichnet wurde, ist am Tatort gefunden worden, und ist blutbefleckt. Zurzeit findet eine chemische Untersuchung zu dem Zweck statt, um festzustellen, ob das Blut von Menschen herührt. Im Laufe des gestrigen Vormittags haben sich weitere Zeugen gemeldet, durch deren Bekundungen der Verdacht gegen die beiden Männer verstärkt wurde, die am Freitagmorgen von Rudow in der Nähe des Waldstiftes gesehen worden sind, und die später, abends gegen 7 Uhr, auf der Landstraße einen Kutscher angesprochen haben. Daß an den beiden

Frauen kein Stillschleichen begangen worden ist, sondern daß es sich um einen Doppelraubmord handelt, steht jetzt fest. Beiden Frauen sind die Portemonnaies geraubt worden, von denen das eine zwei, das andere aber fünf Mark Inhalt hatte. Die Kriminalpolizei ist auf der Suche nach den beiden Verdächtigen. In den für die Suche in Betracht kommenden Ortschaften wurden gestern Plakate angebracht, in denen auf die Belohnung von 1000 M., die auf die Ergreifung der Mörder von der Potsdamer Staatsanwaltschaft ausgesetzt sind, hingewiesen wird. Am gestrigen Nachmittag wurden die Leichen der beiden Frauen obduziert.

Folgen schwerer Versteinerung in der Köpenicker Straße. Ein verhängnisvoller Unglücksfall hat sich gestern gegen Abend auf dem Grundstück der Norddeutschen Eiswerke Köpenicker Str. 40/41 ereignet. Dort wird gegenwärtig ein Neubau errichtet, der bereits bis zum vierten Stockwerk gediehen ist. Gestern in der fünften Stunde waren eine Reihe von Arbeitern und Maurern auf dem Gerüst beschäftigt, als dies plötzlich einstürzte. Zwei der Arbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen und schwer verletzt. Man brachte sie in bestmöglichen Zustand nach dem Krankenhaus Verbanen. Zwei andere Arbeiter, die gleichfalls auf dem Gerüst in geringerer Höhe beschäftigt gewesen waren, kamen mit ganz leichten Verletzungen davon. Die Ursache des verhängnisvollen Versteinerungsturzes konnte mit Sicherheit noch nicht ermittelt werden.

Untersuchung der Ursache der Explosion in der Anilinfabrik. Gestern vormittag 10 Uhr hat sich eine Kommission, bestehend aus einem Gewerbeinspektor, einem Vertreter der Staatsanwaltschaft und einem höheren Beamten des Polizeipräsidiums in Lichtenberg nach der Unfallstelle begeben, um event. Anhaltspunkte für die Ursache der Explosion zu ermitteln.

Im Hause der Polizeiwache eingebrochen.

Ein Einbruch unter der Polizeiwache, der in der Nacht zum Donnerstag am Elisabethufer verübt wurde, ist jetzt aufgeklärt. Auf dem Grundstück Nr. 44 befindet sich im hohen Erdgeschoß eine Revierwache. Darunter liegt eine halbe Treppe tiefer die Werkstatt des Juweliers Schäfer. Einbrecher öffneten in der bezeichneten Nacht die Tür dieser Werkstatt mit einem Nachschlüssel und stahlen für 1500 M. Gold- und Silberarbeiten. An der Arbeit und der Auswahl erkannte die Kriminalpolizei, daß Dris- und Sachkundige den Einbruch verübt haben mußten; auch ein zurückgelassener Zigarettenstummel führte zum Ziel. Bei den Nachforschungen unter den Leuten, die früher bei Schäfer beschäftigt gewesen waren, ließ die Kriminalpolizei auf einen Goldarbeiter Max Ruffe, der jetzt seit längerer Zeit nicht mehr arbeitet. Man stellte fest, daß die Marke der Zigaretten, die er zu rauchen pflegte, mit der des Stummels übereinstimmte. Das und andere Verdachtsgründe veranlaßten eine Hausdurchsuchung bei ihm. Diese förderte zwar nichts zutage. Nach einem längeren Verhöre aber räumte Ruffe selbst den Einbruch ein und sagte noch hinzu, daß er einen ihm unbekanntem Helfer dabei gehabt habe. Die beiden waren am 11 Uhr in die Werkstatt eingedrungen, hatten den größten Teil der Waare gleich in der Nacht bei Ruffe eingeschmolzen und darauf in Gold- und Silberklumpen an eine Schmeltzerei verkauft, den kleineren Teil aber, weil ihnen die Sachen so mehr wert waren, ganz gelassen und einstecken in einen fremden Keller vergraben. Dort wurden sie auch gefunden.

Ein Automobilunfall mit tödlichem Ausgang hat sich gestern am Abend in der Eldenaer Straße zugetragen. Am Nordende-Blay hatte der Arbeiter Karl Klopstod aus der Oberstr. 52 den Fahrdamm überfahren wollen, als ein Droschkenautomobil die Eldenaer Straße entlang gefahren kam. Er achtete wohl nicht recht auf die Warnungssignale des Chauffeurs. Er wurde umgerissen, und die Wälder des Gefährts gingen ihm über Brust und Kopf hinweg. Die Verletzungen, die der Verunglückte erlitt, waren so schwer, daß der Tod fast auf der Stelle eintrat. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein zweiter Automobilunfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 6 Uhr in der Fehrbelliner Straße, Ecke Göringer Straße. Dort wurde das fünfjährige Töchterchen der in der Fehrbelliner Straße wohnenden Ungarischen Eheleute beim Spielen von einem Auto erfasst und überfahren. Schwer verletzt wurde die Kleine vom Chauffeur nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Von einem Straßenbahnwagen überfahren wurde vor dem Grundstück Schönhauser Allee 86 ein noch unbekannter Mann von etwa 40 Jahren, der seinem Neugier nach dem Arbeiterstande angeht zu haben scheint. Der Unglückliche kam so direkt unter den Wagen zu liegen und erlitt neben einem Schädelbruch noch Verletzungen der Beine und Arme. Noch lebend brachte man ihn nach der Charité, doch verstarb er dort schon im Laufe des Abends. Die Leiche wurde dem Schauhaufe überwiesen. Der unbekannte Tote ist 1,60 Meter groß, schlank und schwächlich, hat dunkelblondes, kurzgeschneitten Haar, ein barloses, längliches Gesicht und eine Adlernase und trug einen graugrünen, weichen Hut, einen blauen Jacketanzug und einen schwarzen, einreihigen Ueberzieher.

Internationale Kommission für wissenschaftliche Luftschiffahrt. Mittwoch, den 4., Donnerstag, den 5. und Freitag, den 6. März 1914, finden in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche Ballonaufstiege statt. Es zeigen Drachen, bemannte oder unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Führer eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet.

Zum bevorstehenden Umzugstermin und Frühjahrsreinemachen bringt der Zentralverein für Arbeitsnachweis seine kostenlose Vermittlung von zuverlässigem Wäsch- und Reinmachpersonal in Erinnerung. Bewerbungen werden erbeten durch Postkarte C. 54 Rüderstraße 9 oder durch telefonischen Anruf, Amt Rorden 3491-3707. Das Bureau ist vormittags von 9-11 Uhr geöffnet. Die Auszahlung erfolgt direkt an die arbeitenden Frauen. Es findet kein irgenwie gearteter Abzug statt, der sich bei den Privatreinigungsanstalten auf 50-75 Pf. pro Arbeitstag beläuft.

Vorortnachrichten.

Neukölln.

Von einem Hunde gerettet wurde in der vergangenen Nacht eine Lebensmüde. Die 42 Jahre alte Näherin Anna D. aus der Treptower Straße sprang aus Liebesgram gegen Mitternacht vor dem Grundstück Weigandufer 22 von der hohen Böschung in den Schiffahrtskanal. Nachhören, die ihr Beginnen wahrnahmen, erinnerten sich, daß der Schornstein Nöting in dem Hause Nr. 26 eine große Dogge besitzt, die schon vielerlei Sachen aus dem Wasser herangeschleppt hat. Auf ihre Mitteilung eilte Nöting mit dem Hunde nach der Stelle hin. Das Tier sprang in den Kanal und holte auch die Unglückliche wieder heraus und brachte sie bis an die Böschung. Die Verletzte wurde bestunntungslos nach dem Krankenhaus gebracht.

Im Neuköllner Theater findet am Montag, den 9. März, abends 8 Uhr, eine außerordentliche Volksvorstellung statt. Zur Aufführung gelangt das Schauspiel „Die Schiffbrüchigen“ von Eugen Driever. Billette zu ermäßigten Preisen in der Buchhandlung Vorwärts, Redarstr. 2. Sperrst. 55 Pf., Parterre 40 Pf.

Volkstümliche Vorträge. Der nächste der von der Stadt Neukölln veranstalteten Vorträge findet am Dienstag, den 10. März d. J., 8 1/2 Uhr abends, in der Aula der Realschule, Raddinstr. 34-31,

statt. Herr Stadtbaumeister Giesebrecht wird einen Vortrag mit Lichtbildern über die historische Entwicklung der deutschen Binnen-Schiffahrt unter besonderer Berücksichtigung des Groß-Schiffahrtsweges Berlin-Stettin halten. Der Eintritt ist frei. Kindern sowie Schülern, auch in Begleitung Erwachsener, ist der Eintritt nicht gestattet.

Charlottenburg.

Eine Versammlung der neugegründeten Jugendsektion findet am Mittwoch, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Postenstr. 3, statt. Die jungen Genossen und Genossinnen sind hierzu eingeladen. Beitrittsklärungen werden in der Versammlung entgegengenommen.

Steglitz.

Die Gemeindevorstandswahl brachte unseren Genossen gleich am ersten Tage schöne Erfolge. Im 1. Bezirk wurden die Genossen Leimbach und Krug mit 707 Stimmen gewählt. Auf die Liste der Hausbesitzer entfielen nur 633 Stimmen. Im 2. Bezirk, wo wir mit den Demokraten ein Wahlbündnis geschlossen hatten, wurde Oberst a. D. Sädike mit 774 Stimmen gewählt, seine Gegner brachten es nur auf 657 Stimmen.

Die Parteigenossen werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, heute abend pünktlich 6 Uhr im Lokal von Clement, Duppelstraße 7, zur weiteren Wahlarbeit sich bereit zu halten.

Mariendorf.

Wie sich die Bürgerlichen in Wahlkosten fürzten. Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindevorstandswahl, die mit einem glänzenden Siege unseres Genossen endete, haben es sich die vereinigten Bürgerlichen etwas kosten lassen. Automobile und Privatwägen waren den ganzen Sonntag in Tätigkeit, um die säumigen Wähler zu schleppen. Dabei passierte es öfter, daß für die freundliche Aufmerksamkeit und freie Autofahrt die Wähler ihren Dank an den Wäschmeister dadurch abgaben, daß sie unsere Kandidaten wählten. Daß die bürgerlichen Parteien allen Ernstes mit einem Siege rechnen, ist schon daraus zu entnehmen, daß sie in einem provisorisch eingerichteten Wahlbureau reichlich Bier und Mundvorräte halten ansetzen lassen, um eine kräftige „Siegesfeier“ zu veranstalten. Daraus ist nun nichts geworden; die Tatsache, daß die nationalen Freunde nur 400 Stimmen auf sich vereinigten, zeigt doch zur Genüge, daß die Sozialdemokratie am Orte durch Reichsverbandsallüren nicht mehr um ihren Einfluß in der Gemeindevorstandswahl gebracht werden kann.

Treptow-Dammshulenberg.

Mit einem glänzenden Siege unserer Kandidaten endete die am Sonntag vorgenommenen Gemeindevorstandswahl der dritten Abteilung. Obwohl sich die bürgerlichen Vereine noch am Sonntag früh durch Verteilung von Flugblättern auf der Straße die eifrigste Mühe gaben, für ihren Kandidaten, den Gärtnermeister Ridel, Propaganda zu machen, so brachten sie es im 4. Bezirk doch nur auf 60 Stimmen. Ebenso erging es ihnen mit ihrem Kandidaten Zehle im 3. Bezirk, der 56 Stimmen erhielt. Unser Kandidat im 3. Bezirk, Genosse Käthe, erhielt 460 und im 4. Bezirk, Genosse Müller, 332 Stimmen. Damit dürfte den Bürgerlichen wohl für immer klar geworden sein, daß der größte Teil der Einwohnerschaft unseres Ortes von ihrer Gemeindepolitik nichts wissen will, sondern nur den Vertretern der Sozialdemokratie Vertrauen entgegenbringt.

Die Arbeiterschaft weiß, daß sie von den bürgerlichen Vertretern eine Besserung ihrer Lage nicht erwarten kann; das hat sich zur Genüge bei der Frage der Arbeitslosenunterstützung in diesem Winter gezeigt. Bei der Einmündung des neuen Rathauses waren sie bereit, dem Antrage des Gemeindevorstandes, 3000 M. zu einem Festessen zu bewilligen, ohne weiteres zuzustimmen, aber für die arbeitslosen Arbeiter bewilligte man nur ein unbedeutend rückzahlbares Darlehen. Nach einer Notiz im „Treptower Anzeiger“ wird nun in Kürze das neue Lizeum in der Neuen Krugallee fertiggestellt, und die bürgerlichen Vertreter werden gewiß gern bereit sein, auch hier eine größere Summe zur Einweihung, verbunden mit einem Festessen, zu bewilligen, wenn der Gemeindevorstand einen solchen Antrag einbringt.

Eine unangenehme Erfahrung brachte die Gemeindevorstandswahl im 4. Bezirk (Ortsteil Treptow). Hier sollten innerhalb 4 Stunden 2345 Wähler ihr Wahlrecht ausüben; viele Wähler kehrten um, weil es ihnen ausfichtslos erschien, bei einem solch kolossalen Andrang noch wählen zu können. Obwohl die Wahlbeteiligung gleich früh morgens recht kräftig einsetzte, mußte doch der Wahlakt bis 1 Uhr fortgesetzt werden, um wenigstens diejenigen wählen zu lassen, die im Wahllokal Platz gefunden hatten. Es zeigt sich, wie notwendig hier eine Teilung der Bezirke ist.

Der Verein Arbeiter-Jugendheim veranstaltet am Sonnabend, den 7. März, im Lokal von R. Ludwig, Am Treptower Park 29/30, einen Heiteren Abend, bestehend aus Konzert, Gesang, Rezitation und Theateraufführung. Billette hierzu a 50 Pf. sind bei den Bezirksführern erhältlich.

Vichtenrade.

Am Donnerstag, den 5. März, finden die Wahlen für die 3. Abteilung zur Gemeindevorstandswahl statt. Die Wahlzeit ist auf nachmittags von 4 bis 8 Uhr festgesetzt. Gewählt wird im Restaurant Eteler, Dorfstr. 10. Kandidat der Sozialdemokratie ist Genosse Emil Grog.

Die 2. Abteilung wählt am Freitag, den 6. März, nachmittags von 3 bis 5 Uhr. Kandidaten sind hier die Genossen Albert R.affan und Julius Schulz. Im Anschluß daran von 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr findet die Wahl für den freiwillig ausstehenden Kaufmann Sommerfeld statt. Kandidat ist Genosse Fritz Lier.

Zur ein jeder bis zum Tage der Wahl seine Pflicht, um die uns und noch Fernstehenden aufzurichten und ihnen nahezuweisen, daß die durch Abgabe ihrer Stimme für die Vertreter der arbeitenden Bevölkerung deren Wahl sichern. Heute, Dienstag, den 3. März, abends 8 Uhr, findet im Wirtschaftshaus Vichtenrade am Bahnhof eine öffentliche Wählerversammlung statt.

Marienselde.

Eine von 300 Personen besuchte Versammlung nahm am Sonntag unter freiem Himmel hier Stellung zu den am Freitag, den 6. März, stattfindenden Gemeindevorstandswahlen. Genosse Wäde-Knecht entrollte in großen Zügen die Aufgaben der Sozialdemokratie in den Kommunen. An der Hand der Wählerliste, monach 3 Wähler der ersten Klasse so viel Recht haben wie 608 der zweiten und dritten Klasse, zeigte er, daß nicht nur im Staate, sondern auch in der Gemeinde der Geldhaas dominiert. Die äußerst ungünstige Wahlzeit von 10 bis 12 Uhr müsse erst recht die Arbeiter veranlassen, an der Wahl teilzunehmen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall entgegengenommen. Der Kandidat, Genosse K. Grellich, betonte, daß man bei der herrschenden Klasse in Marienselde nicht das geringste soziale Verständnis voraussetzen könne, sonst würde man nicht einen Krüppel, der auf den Armen seine Arbeit verrichten müsse, als Straßenarbeiter beschäftigen. Wenn seinerzeit Geld vorhanden gewesen sei, dem Gemeindevorstand 1200 M. Zulage zu gewähren, dann müsse es auch möglich sein, für einen so unglücklichen Menschen hinreichend zu sorgen. Genosse Kreuzberg wies als Leiter der Versammlung auf die traurige Tatsache hin, daß trotz Vorhandenseins von großen Sälen im Orte die Arbeiterschaft immer noch gezwungen sei, ihre Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten. Am 6. März müsse die Arbeiterschaft durch ihr einmütiges Eintreten für die Wahl

des Kandidaten der Sozialdemokratie sorgen. Mit einem Hoch auf die Partei wurde die für die hiesigen Verhältnisse imposante Versammlung geschlossen.

Reinickendorf-Ost.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte Genosse Gursch über: „Unsere Aufgaben in den Gemeindevorständen“. Genosse Schönbeger ergriffte den Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevorstände in unserm Dorparlament. Beide Genossen bewiesen an Hand vieler Beispiele, wie notwendig es sei, daß die Sozialdemokratie auch in den Gemeindevorständen durch ihre Vertreter ihre Forderungen zur Geltung zu bringen suche. Die Stimme der sozialdemokratischen Vertreter habe aber um so größeres Gewicht, wenn die Arbeiterschaft durch starke Teilnahme an den Wahlen beweise, wie sehr sie mit dem Wirken ihrer Vertreter einverstanden sei. Die Arbeiter haben bei der bevorstehenden Gemeindevorstandswahl Gelegenheit, ihren Willen zu bekunden. Eine möglichst große Zahl sozialdemokratischer Wählerstimmen zeigt die Ungünstigkeit der Wähler mit den bestehenden Zuständen und zwingt auch den schärfsten Reaktionskonservativen an die Arbeiterschaft. Nach der Diskussion, in der die Ausführungen der beiden Genossen noch unterstützt wurden, erfolgte die Aufstellung der Kandidaten. Für das Mandat des wegen Ablaufs der Wahlperiode ausstehenden Genossen Gursch wurde dieser wieder aufgestellt. Wegen Vermehrung der Zahl der Gemeindevorstände ist im Bezirk „Mitte“ ein neuer Vertreter zu wählen. Dieser kann ein „Nichteingesessener“ sein. Die Versammlung beschloß, für dieses Mandat den Genossen Paul Selke als Kandidaten aufzustellen.

Rotawald.

Die erste Lesung des neuen Gemeindevorstandes für 1914/15 führte in der letzten Gemeindevorstandssitzung zu einer Aussprache über die bisherige Entwicklung des Ortes und die nach der Lösung harrenden Aufgaben. Der Vorsitzende, Sanitätsrat Gollisch, bemerkte einleitend, daß der mit 1987500 M. abschließende Etat gegen den vorjährigen (1902000 M.) nichts Neues bringe, wenn er auch höhere Ausgaben aufweise als in früheren Jahren. Dank der mit der Entwicklung des Ortes gleichfalls gestiegenen Einnahme sei es möglich gewesen, den bisherigen Zuschlag (100 Proz.) für das neue Jahr zu belassen, und es sei wahrscheinlich, daß er im nächsten Jahre sogar herabgesetzt werden könne, wodurch man den niedrigeren Zuschlägen der übrigen Vororte etwas näher käme. Dies Ziel im Auge behaltend, dürfe man nun jedoch auch nicht mit Wünschen kommen, die erhöhte Ausgaben bedingen würden. Redner streifte in seinen weiteren Ausführungen auch verschiedene Projekte, z. B. Bahnanlauf, Verlegung der Markstraße, um das dortige Gelände der Bebauung zu erschließen, Schiffbauwerkstatt der Rutsche usw., und betonte, daß gerade die Verwirklichung des letzteren Planes für die Gemeinde von eminenter Bedeutung wäre. Herr Rathen betonte zunächst, daß wir gar keine Aussicht hätten, ein reicher Ort zu werden. Ein Vergleich mit anderen Vororten sei ausgeschlossen, auch hinsichtlich der Beamtenbesoldungen. Trotzdem könne der Ort mit seinen 28000 Einwohnern darauf stolz sein, daß er alle modernen kommunalen Einrichtungen besitze, wie die größten und reichsten Vorortgemeinden haben. Geschadet habe der Entwicklung in den letzten Jahren besonders die in der Verwaltung eingetretene Lähmung, was zu einer berechtigten Kritik in der Vertretung führte. Der vom Sanitätsrat angebotene Bahnanlauf würde zu einer Bodenpolitik führen, die wegen der zu erwartenden Zinsverluste und der starken Belastung der Finanzen ernste Bedenken erregen müsse. Bei Erörterung der Frage, wie die Gemeinde sich neue Einnahmequellen beschaffen könne, erwähnte er auch den Vertrag mit der Gasanstalt, den er nicht als besonders günstig bezeichnen könne, sowie den Ausbau der Straßenbahn, die nicht Selbstzweck, sondern Steuerzubringerin sein soll und daher sowohl bis zum Bahnhof Babelsberg wie durch die Grobdeckerstraße weitergeführt werden müsse. — Genosse Neumann trat dem Vorsitzenden in vielen Punkten entgegen. Der geplante Bahnanlauf könne für die Gemeinde späterhin von großem Nutzen sein. Das Loblied auf die Gemeindevorstände der Vertretung; beim Vergleich mit den höheren Schulen sei dies besonders deutlich zu merken. Die Herabsetzung des Steuerzuschlages sei eine bloße Illusion, denn allein durch die Vermehrung der Schulhäuser könne der ganze Etat über den Haufen geworfen werden. Walle man wirklich sparen, dann möge man vor allem dort anfangen, wo dies am leichtesten sei: bei den Ausgaben für die Polizeiverwaltung, die einen großen Teil des Steuerjolls verschlingen. Das Direktorenhaus am Realgymnasium erfordere weit höhere Kosten, als der dem Direktor zustehende Wohnungsgeldzuschuß ausmache. Das richtige wäre, das Wohnhaus zu Schulzwecken zu benutzen, wodurch die Gemeinde auf längere Zeit der Sorgen um die notwendigen Schulhausneubauten entbunden wäre. — Die zweite Lesung des Etats soll am nächsten Mittwoch erfolgen. Bis dahin sollen die Finanz- und die Etatskommission den Etat nochmal daraufhin prüfen, ob weitere Ersparnisse möglich sind.

Tegel.

Die gestrigen Wahlen zur Gemeindevorstandswahl schlossen mit dem Siege der Sozialdemokraten am ersten Tage. Es erhielten Stimmen die Genossen Rentner 553 und Kassa 580, auf die bürgerlichen Kandidaten entfielen 320, 331 und 9 Stimmen. Am heutigen Dienstag findet die Wahl für den Genossen Alexander Meber statt. Es ist daher Pflicht aller Wähler, auch die gestern gewählt haben, ihrer Wahlpflicht zu genügen.

Röntgenal-Nepernik.

Bei der Gemeindevorstandswahl in der 3. Klasse unterlagen unsere Genossen mit 113 resp. 100 Stimmen den bürgerlichen Kandidaten, auf die 126 resp. 136 Stimmen entfielen. In der 2. Klasse wurden auf unsere Kandidaten 6, auf den bürgerlichen 23 Stimmen abgegeben. Daß unsere Kandidaten in der 3. Abteilung unterlagen, ist lediglich dem unerhörten Terrorismus zuzuschreiben, mit dem die Eisenbahner und städtischen Arbeiter von Hochrentenfeldern zur Wahl getrieben wurden. Nur dadurch wurde ein solcher „Sieg“ der Grundbesitzerkandidaten möglich.

Mühlende.

In einer Gemeindevorstandssitzung im Gasthof zur Sonne sprach Genosse Eugen Brückner über die Gemeindevorstände. Zunächst beleuchtete der Redner das Dreiklassenwahlrecht, das bei einer Gesamtbevölkerung von 3210 Wählern der 1. Klasse, 46 der 2. und 256 der 3. Klasse zuteilt. Durch treffende Beispiele zeigte er alsdann die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevorstände vor. Hierauf ergriffte Genosse Wärsch den Bericht aus der Gemeindevorstandswahl. Er teilte mit, daß die Gemeinde durch den Diebstahl im Gemeindevorstand am 1. Dezember um 1175 M. geschädigt worden sei. Der Zuschuß zur nationalen Jugendpflege sei von 30 auf 15 M. herabgesetzt worden. Auf ein von ihm eingereichtes Gesuch, die Wahlen der 3. Klasse auf einen Sonntag auszuschieben, habe er leider noch keine Antwort erhalten. Der Kandidat der sozialdemokratischen Partei, Genosse Paul Rudmann, hielt alsdann noch eine Ansprache; er sowohl wie auch die Genossen Hellrich und Friedner forderten die Wähler zur kräftigen Agitation und zahlreichen Beteiligung an der Wahl auf, damit unser Kandidat als Sieger aus der Wahl hervorgehe.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevorständen.

Vankow. Heute Dienstag, nachmittags 3 Uhr, im Rathaus.
Wilmersdorf. Morgen Mittwoch, den 4. März, abends 6 Uhr, in der Aula der Victoria-Luisenschule, Stadtverwaltung.
Radars-Waldmannsdorf. Morgen Mittwoch, den 4. März, abends 7 1/2 Uhr, im Gemeindevorstand, Kurhausstraße.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindevorstand ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendbewegung.

Christliche Schwundreflexe.

Die Buchhandlung des Christlichen Vereins junger Männer in Sindelfingen verleiht an evangelische Vereine ein Rundschreiben, worin folgendes Angebot gemacht wird:

„Wenn Sie 100 Stück unserer schönen Ansichtskarten verkaufen, so schenken wir Ihnen für Ihre Mühe eine Taschenuhr. — Wenn Sie diese Karten verkauft haben, senden Sie uns 8,50 M. per Postanweisung ein, worauf wir Ihnen sofort die Uhr kostenfrei zusenden.“

Kein anständiges Geschäft wird eine solche Reflektion betreiben, mit dem Christentum scheint es sich aber zu vertragen. Für wie dumm muß übrigens die christliche Buchhandlung in Sindelfingen die christlichen Jugendvereinsleiter einschätzen, wenn Sie ihnen eine derartige Offerte bietet. Wer nicht ganz auf den Kopf gefallen ist, weiß doch, daß im Geschäftsleben nichts „verschenkt“ wird. Mit den 8,50 M. für die Ansichtskarten ist natürlich die Uhr reichlich mitbezahlt und es bleibt auch noch der ersehnte Verdienst für die Geschäftskisten übrig.

Versammlungen.

Verband der Maschinisten und Feizer. Die Zahlstelle Berlin hielt am Sonntag ihre Jahresgeneralversammlung ab. Den Geschäftsbericht, der auch gedruckt vorliegt, erstattete Schilling. Das vergangene Jahr war kein gutes, im Laufe des Sommers war eine Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, wie sie in Berlin bisher unbekannt war. Nur in den Licht- und Kraftzentralen der großen Metallwerke war die Beschäftigung gut. Mit dem 1. Januar des vergangenen Jahres trat die Geschäftsstelle Groß-Berlin ins Leben. Der Wunsch, im einheitlichen Industriegebiet eine einheitliche Geschäftsstelle zu errichten, ist verwirklicht. Mit Ausnahme der Zahlstelle Romows sind alle vor den Toren Berlins gelegenen Zahlstellen der Geschäftsstelle angeschlossen. Die Lohnbewegungen verursachten viel Arbeit. Das System der Hausflatterung hat sich gut bewährt. Die Fluktuation konnte erheblich eingeschränkt werden. Die Verwaltung beauftragte bei der Arrangierung der großen Weihnachtssammlung für die Arbeitslosen 500 M. aus der Lokalkasse hinzuzusetzen. Die Versammlung bewilligte jedoch 1000 M. für diesen Zweck. Alle Bewegungen, bis auf die bei der Firma Rudolf Woffe (Berliner Tageblatt), Industriefabrik Wiltonstraße und der Firma Cassirer u. Co., endeten mit einem Erfolg. Es wurden bis zu 4 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Tag und bis zu 10,50 M. pro Woche Zulage erreicht. Der Arbeitsnachweis hat 603 gemeldete Stellen aufzuweisen, besetzt wurden 577, davon waren 432 Ausschiffstellen.

Die Zahlstelle war in diesem Jahr in der glücklichen Lage, eine erhebliche Anzahl von arbeitslosen Kollegen mehr beim Dampfkefelleinigen zu beschäftigen als in den früheren Jahren. Sie konnte die Zahl der übernommenen Kessel erheblich steigern, so daß 68 Kesselreparaturen vorgenommen werden konnten. Beschäftigt wurden 371 Arbeitslose, die zusammen 9798,20 M. verdienten. 19 Kessel wurden in Stundenlohn gereinigt, zu einem Durchschnittslohn von 0,88 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 2789. Die Zahlstelle Groß-Berlin hat 181 Mitglieder neu gewonnen. Den Kassenbericht erstattete Holz. Einnahme und Ausgabe bilanzieren mit 105 060,26 M. Die Lokalkasse hatte am 31. Dezember 1913 einen Kassenbestand von 14 448,51 M., am 31. Dezember 1914 einen solchen von 17 055,47 M., mithin eine Mehreinnahme von 2606,96 M. Für Unterstüßungszwecke wurden insgesamt 22 485,42 M. ausgegeben. An dem Geschäfts- und Kassenbericht wurde Kritik nicht geübt, vielmehr wurde die rührige und erfolgreiche Tätigkeit der Leitung lobend hervorgehoben. Als Revisor wurde Sydow gewählt.

Folgende Resolution wurde dann noch einstimmig angenommen: Die Versammlung brandmarkt das Verhalten des Oekonom der Brauerei Friedrichshain, der aus geschäftlichen Gründen seine mit den Organisationen eingegangenen Abmachungen nicht einhält.

Es ist wünschenswert, daß sich andere Organisationen sein Verhalten vor Augen halten, um sich vor eventuellen Schädigungen zu schützen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 60, von vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Brief muß ein Poststempel mit einer Zahl als Merkmal beinhalten. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abdommenthaltung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Dr. R. 21. Rein. — R. Sch. B. Ihre Frau hat Anspruch auf den ganzen Monatslohn, muß sich jedoch das erhaltene Krankengeld anrechnen lassen. — H. D. 26. Unseres Erachtens haben Sie Anspruch auf Zahlung für einen weiteren Monat und zwar an den früheren Revisor. An den jetzigen Revisor nur dann, wenn Sie dessen am 15. Februar abgegebene Erklärung beweisen können. Während der Zeit des Dienstverhältnisses waren Sie auch versicherungspflichtig. — U. G. 28. Es kann erneut Zwangsversteigerung veranlaßt werden. Der außerordentliche Vater könnte aber, soweit erhaltlich, Verjährung geltend machen. — G. H. 1. Ja. 2. Ja, bis zum Ablauf des Vertrages bzw. bis zur Weitervermietung. — R. 2. 101. Die angegebenen Tatsachen, sofern sie bewiesen werden können, reichen als Scheidungsgründe aus. Ihre Schwester soll beim Vormundbesitzer des Bezirks, in dem sie noch gemeldet ist, ein Armenratel beantragen. Der Antrag auf Verordnung eines Anwalts ist an das Landgericht, in dessen Bezirk der Mann wohnt, zu richten. Der Klage muß ein Scheidungsbegehren beim Amtsgericht vorausgehen. — W. 30. Rein. — W. W. 55. 1. Mindestens zweihundert Beitragswochen. Einen Anspruch hat man überhaupt nicht. 2. Bei der Landes-

versicherungsanstalt oder bei dem Versicherungsamt unter Überreichung der Aufrechnungsbescheinigungen und der letzten Invalidenkarte. — G. H. 100. Unseres Erachtens ja, sofern nicht vorher bekannt gegebene Bedingungen der Anspruch ausgeschlossen ist. — G. 17. 1. Ja, wenn die Heimarbeiterin nur allein bei einem Heilbrennermeister beschäftigt ist, andernfalls der Arbeitgeber. Eine Beschwerde wäre beim Versicherungsamt anzubringen. 2. Wäre dann ja, sonst den gleichmäßigen Anteil von einem Drittel. — P. G. 100. Ja, und zwar war der Barter Platz, Straße Unter den Linden, Platz am Opernhaus, Platz am Jungbusch, Schloßplatz, Lustgarten, Friedrichstraße von der Leipziger Straße bis zum Bahnhof Friedrichstraße, die Leipziger Straße, der Potsdamer Platz, der Potsdamer Platz, die Potsdamer Straße bis zur Potsdamer Brücke. Das Kreuzen dieser Straßen und Plätze ist jedoch gestattet. — G. G. 21. 1. 4 Prozent, also 600 M. 2. Sofort fällig, jedoch können auf Antrag Ratenzahlungen bewilligt werden. — B. H. 1. Rein. 2. Scherzwort für Erzähler malder Geschichtchen. — G. G. 33. Der Antrag ist zulässig. — H. G. 100. Der Verleiher hat Anspruch auf Ersatz des vollen Schadens. — Polizei. 11. E. neu. Wir raten zu einer Beschwerde beim Polizeipräsidenten. — W. 64. Reutlingen. Die Gemeinde Reutlingen hat die Gemeinde Reutlingen als Gegenstand der Vermögensgegenstände zum Nachlag der Rutter gehört haben. 3. Nur für die letzten 4 Jahre. 3. Zunächst würde sich ein Antrag an das Nachlaggericht auf Vermittelung der Auseinandersetzung empfehlen. — G. B. 2. Spandau. Der Mann muß mindestens 21 Jahre alt sein, um die Ehe eingehen zu können. — H. G. 52. Der Anspruch ist verjährt, da 1 Jahr, von der Aufhebung der Verlobung ab gerechnet, bereits verstrichen ist. — Dichter. Braunschweig. Wir halten Sie zur Bezahlung nicht für verpflichtet. Weisen Sie die Expeditionsfirma auf deren Recht, die Sachen zu verpacken und sich aus dem Erlös zu bedienen, hin. — H. R. 25. Rein. — G. G. 12. Falls ein Abzahlungsvertrag zwischen der Firma und Ihrem Bruder geschlossen ist, wie es den Anschein hat, und falls Sie Kenntnis von diesem Vertrage gehabt haben, sind Sie zur Zahlung der ganzen Restsumme verpflichtet. Die Firma könnte auch entsprechende Sachen pfänden lassen, sobald die Forderung ausgestellt ist. — G. B. 97. 1. Gewichtlich berechtigter Dolmetscher für die russische Sprache ist Justizrat Albin K. Löhmann. 2. Sie können auch für eine längere Zeitdauer benannt werden. Ein Antrag ist an den Vorsitzenden der Ersatzkommission zu richten.

Witterungsbericht vom 2. März 1914.

Stationen	Barometer Höhe über Meer	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.	Stationen	Barometer Höhe über Meer	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.
Stromede	759,9	1	Rebel	4	Saderanda	740,5	4	Schnee	0
Hamburg	760,5	1	Rebel	3	Petersburg	767,3	5	Wolkig	7
Berlin	760,9	2	bedeckt	5	Scilla	767,3	5	Wolkig	7
Frankf. a. M.	761,5	4	bedeckt	3	Überbeem	765,5	2	Wolkig	4
München	761,5	4	bedeckt	3	Paris	764,6	2	Wolkig	1
Wien	761,5	1	halb ob.	-1					

Wetterprognose für Dienstag, den 3. März 1914.

Stetlich kühl, vorherrschend wolkig bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Unsern werten Gangesbruder und Vorsitzenden
Richard Meiß
nebst Gemahlin die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.
Männerchor [11888]
Boxhagen - Rummelsburg.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
Kenkölle.
Am 28. Februar verstarb unser Parteigenosse
Hermann Richter
Zietzenstraße 83, 19. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neudöner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
230/12 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bergarbeiter
Hermann Richter
Neudöner, Zietzenstr. 83 im Alter von 56 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Neudöner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
64/4 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied
Joseph Milanowski
(Dochstr. 45) am 29. v. M. an Herzleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Moabiters Krankenhauses auf dem St. Sebastian-Kirchhof, Reinholdsdorf, Humboldtstraße, statt.
Ferner hat unser Mitglied, der Schraubendreher
Oskar Becker
(Quittenstr. 38) am 28. v. M.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelstempel-Kirchhofes, Nordend, Nieder-Schönhausen, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
113/19 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederharnim.
Bezirk **Mahlsdorf.**
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maurer
Christian Kemmerich
im Alter von 62 Jahren plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhaus, Hönower Straße 108, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederharnim.
Bezirk **Mahlsdorf.**
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maurer
Christian Kemmerich
im Alter von 62 Jahren plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhaus, Hönower Straße 108, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Berlin IV.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied
Joseph Milanowski
am 28. Februar im Alter von 66 Jahren verstorben ist. 257/11
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 3. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle Moabit auf dem St. Sebastian-Kirchhof in Reinholdsdorf, Humboldtstraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Jantarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Stäffateneure.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Ernst Schröter
gestorben ist.
Die Beerdigung erfolgt am Mittwoch, den 4. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Gladbek-Kirchhofes, Pringelallee, aus.
Um rege Beteiligung ersucht
141/6 Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere einzige, geliebte Tochter
Ella Scheibel
am 28. Februar nach kurzen aber schweren Leiden sanft entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bitten die leitenden Eltern
Gustav Scheibel, Lydia Scheibel geb. Wirth
Trepoten, Krüssstr. 16.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Trepoten Friedhofes, Nieboisstraße, aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Kondolenzbeweise und überaus große Zahl von Kranzspenden anlässlich des Hinscheidens meiner lieben Gattin sage ich allen auf diesem Wege meinen tiefempfundenen Dank.
Karl Seiler.
Berlin-Marienfelde.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Filiale Neukölln I.
Am 27. Februar starb nach langem, schwerem Leiden unser altes Mitglied
Karl Weidlich.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neudöner Gemeinde-Friedhofes, Gottlieb-Dunfel-Str., aus statt. 257/10
Die Filialverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin.
Am Sonnabend, den 28. Februar verstarb unser Mitglied
Karl Benk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Neudöner Friedhofes, Wortendörfer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
54/8 Die Ortsverwaltung.

Nach schweren Leiden verstarb am 1. März früh mein lieber Mann, unser guter Junge, Bruder, Schwager und Onkel, der Schriftsetzer
Wilhelm Barnewitz
im 33. Lebensjahre infolge von Weiberkrankung.
Dies zeigen tiefbetrubt
Frieda Barnewitz,
Göhrenstr. 3.
Familie Barnewitz,
Rhinowstr. 12. 11335
Beerdigung Donnerstag, nachm. 5 Uhr, auf dem Kirchhof der Ullnberg-Gemeinde in Nordend.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Steinsetzers
Ernst Schultze
lagen wir hiermit allen Freunden, Bekannten und Verwandten, dem Wahlverein des 5. Arronds, dem Verband der Steinsetzer und den Mitgliedern des Hauses sowie den Sängern unseren innigsten Dank. 129a
Ehrlich, Alte Schönhauser Str. 32.
Marie Schultze u. Söhne.

Möbel-Kredit
Beim Kauf hierfür 3 R. gut!
Bis 20. März 5 Proz. Nachlaß bei jedem Kauf!
Bevor Sie sich Möbel kaufen, sehen Sie sich meine für
265 Mark zusammengestellte solide Wohnungseinrichtung an. Anzahlung 20 Mark, Abzahlung ganz nach Uebereinkunft.
Ehrlich, Alte Schönhauser Str. 32.

Hautleiden
entstehen durch unreines Blut, können deshalb auch nur durch innere Behandlung gründlich und dauernd geheilt werden. Hautpillen das Beste hierfür.
Freut Will hatte auf Armen, Seinen u. der ganzen Gattung förmliche Worten den Kundmachung, ist aber nach der letzten nur vollständig geheilt worden. Ich komme, um Ihnen den gebührenden Dank abzugeben. Gott vergelte es Ihnen.
Polmann, Barrer in Krefeld.
Die patentierten **Hautpillen** in Berlin sind geschützt.
Verordnen in allen Apotheken zu haben.
Verband nach anstandslos durch Siamarok-Apothek, Berlin, Wrangelstraße 47. Schriftliche genügt.

Kommerz- und Diskonto-Bank.

Verändervierzigste ordentliche Generalversammlung der Aktionäre am Donnerstag, den 2 April 1914, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Sitzungssaal der Bank zu Hamburg, Neß No. 9.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes, sowie Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung und Vorschlag zur Gewinnverteilung.
2. Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der Bilanz, der Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie des Vorschlages zur Gewinnverteilung.
3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates, sowie über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Wahlen zum Aufsichtsrate.
Diejenigen Aktionäre, welche sich an der Generalversammlung beteiligen wollen, haben ihre Aktien spätestens am 28. März dieses Jahres während der üblichen Geschäftsstunden in Berlin bei unserer Niederlassung bei der Bank des Berliner Kassenvereins (nur für Mitglieder des Giro-Effekten-Depots) in Hamburg, Altona, Hannover, Kiel, Leipzig und Altenburg S.-A. bei unseren Niederlassungen in Chemnitz beim Chemnitz Bank-Verein in Dresden bei der Mitteldeutschen Privat-Bank A.-G. in Frankfurt a. M. bei den Herren J. Dreyfus & Co. in Köln bei Herrn J. M. Stein in Magdeburg bei der Mitteldeutschen Privat-Bank A.-G. in München bei der Bayerischen Vereinsbank zu hinterlegen und bis zum Schluß der Generalversammlung daseibst zu belassen oder die Hinterlegung bei einem deutschen Notar dazurück nachzuweisen, daß sie einer der genannten Anmeldestellen spätestens am 28. März d. J. einen ordnungsmäßigen Hinterlegungsschein des Notars in Verwahrung geben. Dieser Hinterlegungsschein gilt nur dann als ordnungsmäßig, wenn darin die hinterlegten Aktien nach Nummern genau bezeichnet sind und wenn überdies in dem Hinterlegungsschein bescheinigt ist, daß die Aktien bis zum Schluß der Generalversammlung bei dem Notar in Verwahrung bleiben. Gegen Hinterlegung der Aktien oder Einreichung der notariellen Hinterlegungsscheine werden Eintrittskarten unangehörig. Die zu hinterlegenden Aktien können ohne Gewinnanteilscheine und Erneuerungsscheine eingereicht werden.
Hamburg, den 2. März 1914.
Der Vorstand. Lincke. Pilster.

Bei Rückgratverkrümmung glänzende Erfolge
mit meinem berühmten rennliedbaren Redressions-Apparat — System Haas — für Erwachsene und Kinder. Mein Apparat wurde auf dem 16. Aeste-Kongress in Lemberg mit dem 1. Preis ausgezeichnet und erhielt an der Internationalen Hygiene Ausstellung in Dresden 1911 die silberne Medaille. Prospekt und sachkundliche Erläuterung kostenlos.
F. Menzel, Berlin W. 35, Rahlsdorfstr. 23

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund (System Arends). Mitgliedschaft Groß-Berlin.
Neue Anfänger-Kurse beginnen:
Charlottenburg: Freitag, den 13. und 20. März, abends 6 1/2 Uhr, bei Eichen, Rüdiger-Str. 45b.
Moabit: Dienstag, 10. u. 17. März, 8 1/2 Uhr, bei Wersf., Oldenburger Str. 10.
Neukölln: Dienstag, 10. u. 17. März, 8 1/2 Uhr, bei Rühl, Hermannstr. 75. G. Reincke.
Nordend: Montag, 9. u. 16. März, 8 1/2 Uhr, bei Böling, Brunnenstr. 79.
Reinholdsdorf-Ost: Freitag, 13. u. 20. März, 8 1/2 Uhr, bei Bräuner, Stroobnstr. 74.
Osten: Sonntag, 8. u. 15. März, vorm. 10 Uhr, bei Böling, Petersburger Str. 7.
Osten: Dienstag, 10. u. 17. März, 8 1/2 Uhr, bei Böling, Rappstr. 34.
Südost: Sonntag, 8. u. 15. März, vorm. 10 Uhr, bei Böling, Rüdiger-Str. 59.
Tropoten: Dienstag, 10. u. 17. März, 8 1/2 Uhr, bei Dausler, Gräfstr. 68.
Schöneberg: Dienstag, 3. u. 10. März, 8 1/2 Uhr, bei Rimmold, Dahmerstr. 35.
Schöneberg: Donnerstag, 5. u. 12. März, 8 1/2 Uhr, bei Schubert, Leipziger Str. 60.
Wedding: Sonntag, 8. u. 15. März, vorm. 10 Uhr, Donnerstag, 12. und 19. März, 8 1/2 Uhr, bei Barleben, Burgdorferstr. 13, Sing. Kildensdamm.
Das Kursgeld beträgt, Lehr- und Schreibhefte inbegriffen, 3,50 M. für Teilnehmer unter 18 Jahren 2,50 M. 283/5
Anmeldungen erfolgen am besten in den einzelnen Lokalen zu Beginn des Unterrichts. Weitere Auskunft erteilt: Eugen Buchardt, Neudöner, Herrfurthstraße 23, Fol. IV.

Kein Kredithaus Auch auf Teilzahlung Kein Kredithaus
Komplette Einrichtung schon 230 M. an
Möbel
Moderne Küche schon 48 M. an
Teilzahlung erhöht nicht die Preise.
Berlin N, Brunnen-Str 120 **Otto Piehl** Berlin N, Brunnen-Str. 120
Lager Brunnenstr. 120 v. im Fabrikgeb. 90000 C-F
Garnituren von 100 M. an
Schlafsofa von 75 M. an
Bettstelle v. 21 M. Kleiderschrank von 19 Mark an Vertikow v. 30 M. an
Tische 60-65 M. Stühle 2-21 M. Sofas von 125-450 M.
Orbansofa 62 M. Beschlag ohne Kautzwang Guts Qualität.

Reichstag.

225. Sitzung. Montag, den 2. März 1914, nachmittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Kühn, Kraetke.

Zunächst werden gemäß dem Antrage der Kommission eine Reihe von Petitionen für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt.

Es folgt die erste Lesung der Novelle zum Beamtenbesoldungs-gesetz.

Abg. Dr. Spahn (Z.) beantragt die sofortige Uebersetzung der Vorlage an die Kommission.

Das Haus beschließt demgemäß; ebenso wird ein Nachtragsetat für die Schutzgebiete sofort an die Budget-Kommission verwiesen.

Es folgt die

Zweite Lesung des Postetats.

Abg. Ebert (Soz.):

Die starke wirtschaftliche Depression, deren schlimmste Folgen die Regierung bei der Arbeitslosendeckelung zu beschönigen versucht, hat beim Postetat eine erhebliche geringere Steigerung der Einnahmen aus Porto- und Telegrammgebühren bewirkt, wie im Vorjahre. Der Ueberschuss beträgt deshalb 12 Millionen weniger. Immerhin sind noch 100 Millionen Mark Ueberschuss erzielt worden. Die Gesamtwirtschaftung so hoher Ueberschüsse ist gleichbedeutend mit einer indirekten Steuerbelastung. Wir haben die das ganze Postwesen beherrschende

fiskalische Erwerbsbegier

immer bekämpft, haben immer die Auffassung vertreten, daß die Post lediglich den Verkehrsinteressen zu dienen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Ueberschüsse sollen in mäßigen Grenzen gehalten und zum Ausbau des Verkehrs sowie zu einer mühsameren wirtschaftlichen und sozialen Fürsorge für die Angestellten benutzt werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auf beiden Gebieten liegt heute noch vieles im Argen. Nur eine Wauerung kommt im Etat zum Ausdruck; man will durch Einführung von Postpartassen in Deutsch-Ostafrika den Sparsinn der farbigen Arbeiter fördern. Die Hauptlaste ist aber, daß die Farbigen zunächst einmal wirtschaftlich so gestellt werden, daß sie überhaupt in die Lage kommen, sparen zu können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die angelegte Einführung von Post-Kreditbriefen halten wir für erwünscht. Es liegt aber die Befürchtung nahe, daß man auch bei dieser Einrichtung reichlich bürokratische Verfahr.

Die Umwandlung der Landbestellbezirke in Ortsbestellbezirke bleibt vielfach hinter der städtischen Entwicklung zurück. So hat z. B. ein Stadtteil von Lüneburg noch Landbestellung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die beteiligten kleinen Beamten und Arbeiter treffen die damit verbundenen höheren Gebühren natürlich besonders schwer. Ferner ist Beschwerde zu erheben über die Einschränkung der Beförderung von Paketen mit Schnellzügen. Das soll auf Verlangen der Eisenbahnverwaltung geschehen sein. Wenn auf Poststationen das Verladegeschäft bei Schnellzügen möglichst eingeschränkt wird, so ist das begreiflich, aber diese Maßnahme auszudehnen auch auf die Anfangs- oder Endstationen ist unberechtigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Besonders geklagt wird über den Paketverkehr in Frankfurt a. M. Der abends 11 Uhr über Cassel nach Berlin fahrende D-Zug hat früher immer die am Abend ausgelieferte Paketpost nach Berlin befördert. Es geschieht heute nicht mehr und die Folge ist, daß die Pakete fast einen ganzen Tag später ankommen. (Hört! hört!) Der Verkehr von Frankfurt nach dem Rheinland soll auch sehr schlecht sein.

Dann bedürfen die gesetzlichen Bestimmungen über die Beförderung von Tageszeitungen

dringend der Reform. Das Gesetz über das Postwesen stammt aus einer Zeit, wo das Zeitungswesen noch im Entstehen begriffen war, und die Bestimmungen der §§ 1 und 2 lassen sich mit dem hochentwickelten Stande des heutigen Zeitungswesens nicht mehr vereinbaren. Die Grenze von zwei Meilen Entfernung vom Kreisungsort, innerhalb deren die Zeitungsbeförderung dem Postzwang nicht unterliegt, ist heute viel zu eng geworden. Die direkte Beförderung, die im Umkreise des Erscheinungsortes großer Zeitungen erfolgen muß, wenn der Leser sie rechtzeitig erhalten soll, wird außerordentlich erschwert. Der im Gesetz vorgesehene erspreche erhält eine Auslegung, die den Zeitungen sinnlose finanzielle Opfer auferlegt. Besonders schlimm liegen die Dinge bei solchen Zeitungen, bei denen Druck- und Verlagsort getrennt ist. Trotz aller Auslegungsmöglichkeiten lassen sich die gesetzlichen Bestimmungen heute gar nicht mehr ausführen. Die Folge ist eine große Unklarheit, so daß sich selbst die Postbehörden vielfach nicht mehr zurechtfinden. So hat z. B. 1911 unter Göppinger Parteiblatt seinen Verstand nach einem Vorschlag der dortigen Postbehörde eingerichtet. Wegen dieser Regelung aber ist der Verlag wegen Postverweigerung angeklagt worden und wurde vom Landgericht in Stuttgart zu einer Geldstrafe von 30000 Mark verurteilt. (Hört! hört!) Das Reichsgericht hat zwar das Urteil wieder aufgehoben, aber der Vorgang ist bezeichnend für das rechtliche Durcheinander auf diesem Gebiet. Es ist höchste Zeit, daß die Postverwaltung hier Abhilfe schafft.

Ein weiteres berechtigtes Verlangen der Presse geht auf die Herabsetzung der Gebühren für Brieftelegrame. Hier steht Deutschland hinter fast allen Kulturländern, selbst hinter dem kleinen Belgien zurück. Im Verkehr zwischen Belgien und Frankreich beträgt die Portolage für Brieftelegrame nur 0,1/2 Pf., während wir für ein Telegramm nach den Niederlanden oder Frankreich 10 Pf. bezahlen müssen. Ein guter Nachrichtenendienst der Presse ist von großem politischen Wert. Der Widerstand der Reichspostverwaltung gegen die Gebührenherabsetzung beruht daher auf einer Verkennung wichtiger politischer Interessen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gut bewahrt haben sich die allerdings nur bersuchsweise eingeführten Brieftelegrame, doch sollten sie auf alle Orte ausgedehnt werden, wo ein Bedürfnis dafür besteht, und nicht nur um 7 bis 12 Uhr abends ausgeliefert werden können. In Belgien werden Brieftelegrame zu allen Stunden auf allen Postanstalten des Landes angenommen. Auch in dem internationalen Brieftelegraphenverkehr sind wir hinter anderen Ländern zurückgeblieben. Belgien hat sogar Brieftelegraphenverkehr mit den Vereinigten Staaten und Kanada. Notwendig ist weiter die Einführung eines niedrigeren einheitlichen Weltportos. Ueber diese Frage besteht schon eine eigene Literatur. Die Forderung ist in allen Kulturländern heute populär. Post die Hälfte aller Briefe im Weltpostverkehr werden schon heute zum Inlandporto befördert infolge einer großen Zahl von Sonderverträgen. Die Folge ist aber eine große Zunahme der ungenügend frankierten Sendungen und eine Verminderung des Erwerbslebens. Die deutschen Vertreter auf dem demnächst stattfindenden Weltpostkongress sollten deshalb für eine Ermäßigung und vor allem eine einheitliche Regelung des Weltportos eintreten. Ein Einnahmefall ist davon nicht zu erwarten, weil bekanntlich Verkehrsleistungen immer Verkehrssteigerungen mit sich bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ist doch der telegraphische Verkehr mit Rußland und dem fernen Osten ganz beträchtlich größer geworden, weil im vorigen Jahre eine Ermäßigung der Telegrammgebühren nach dort eingeführt worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Was die

Zaberner Postaffäre

anlangt, so hat der Staatssekretär in der Kommission eine recht merkwürdige Stellung eingenommen. Oberst Reuter hatte vor dem Kriegsgericht in Straßburg bekanntlich behauptet, daß ihm von der Post in Zabern alle Schmähtarten zugestellt, dagegen Justimmungsarten vorenthalten worden seien. Damit erhob er gegen die Postverwaltung den schwersten Vorwurf des Amtsverbrechens. Die Postverwaltung hat die Mitteilungen über diese Aussage in der Presse sehr ernst genommen und eine Untersuchung eingeleitet und das Ergebnis postamtlich der Presse mitgeteilt. Darin heißt es, daß einzelne Sendungen mit erkennbar beleidigendem Inhalt allerdings in der Post des Dienstes der Aufmerksamkeit des Personals entgangen seien. Diese Fälle seien aber im Hinblick darauf, daß viele Hunderte von Schmähtarten in Zabern als unzulässig erkannt und zurückgefordert worden seien, als vereinzelt zu betrachten (Hört! hört! bei den Soz.), von den Justimmungsarten seien nur zwei wegen eines Zweifels über die Zulässigkeit eines darin enthaltenen Ausdrucks zunächst beanstandet worden, beide aber, die eine ganz ohne Verzögerung, dem Empfänger ausgehändigt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Damit fiel aber der schwere Vorwurf der Briefunterschlagung sofort glatt zu Boden. Es bleibt übrig die kaum erwähnenswerte Tatsache, daß dem Oberst Reuter einige nicht ganz einwandfreie Postarten ausgeliefert worden sind. Dabei ist aber zu beachten, daß das sonst sehr ruhige und kleine Postamt in Zabern in jenen Tagen mit Briefsendungen geradezu überflutet worden ist. Oberst v. Reuter hat in jenen Tagen allein etwa 15000 Zuschriften erhalten. Es ist selbstverständlich, daß da auch bei genauer Prüfung einige Postarten unterlaufen konnten, die geeignet waren,

das zartbesaitete Gemüt des Herrn Oberst

zu erregen. Wenn sind im übrigen nicht schon solche Postarten ausgeliefert worden! (Zuruf bei den Sozialdemokraten! Jeden Tag.) Z. B. in der Zeit, als mein Parteifreund Scheidemann noch den Präsidentenstuhl zierte (Heiterkeit), ist er damit überaus reichlich bedacht worden. Wegen eines solchen Vorkommnisses Vorwürfe gegen die Postverwaltung oder Postbeamte herzusetzen, blieb Oberst Reuter vorbehalten, dem Herrn, der es mit seinem Feigensitz vereinbaren konnte, einen Bürger, weil er vor ihm die Wägen nicht zog, Lump zu schimpfen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hätte demnach annehmen müssen, daß die Postverwaltung ihre Beamten gegen diese ebenso schweren wie haltlosen Anschuldigungen in Schutz nehmen würde. Aber die Postverwaltung war schnell befriedigt, als der Herr Oberst sie „zu der Erklärung ermächtigte“ — so sagte der Staatssekretär in der Kommission —, er habe nicht die Absicht gehabt, sie zu beleidigen. Von dieser gnädigt gewährten Ermächtigung hat die Postverwaltung weitestgehenden Gebrauch gemacht. Damit war für den Herrn Oberst die Geschichte erledigt. Gegen die Postbeamten aber, die das Stürmeln des genannten Herrn verursacht hatten, wurde eine Untersuchung eingeleitet, und der Staatssekretär hat in der Kommission mit Nachdruck erklärt, daß ihre Bestrafung in Aussicht genommen sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Ungeheuerlichkeit dieser Erklärung hat in weiten Kreisen Kopfschütteln erregt. Die Postverwaltung ist offenbar bestrebt, es der Zaberner Militärjustiz gleich zu tun. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sonst ist die Postverwaltung gegen jede Kritik aus dem Publikum stets außerordentlich empfindlich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Besonders gegen sozialdemokratische Kritiker wird meist kurzerhand der Staatsanwalt mobil gemacht, bei viel unwichtigeren Dingen. Aber hier, wo es sich um völlig unbegründete Vorwürfe, allerdings eines Mannes handelt, der

der Held aller ostpreussischen Leute

ist, schlägt die Postverwaltung sozusagen die Hacken zusammen und nimmt die Kritik mit der Hand an der Solennität entgegen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die zu Unrecht schwer angegriffenen Beamten gibt man geradezu käuflich preis. (Vizepräsident Dove bittet den Redner, sich in seinen Ausdrücken der Postverwaltung gegenüber zu mäßigen. Jedemfalls müssen wir gegen ein solches Verfahren mit aller Entschiedenheit protestieren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Damit komme ich zu den Personalfragen. Bezeichnend für die Personalpolitik in der Postverwaltung ist die große Zahl von Petitionen der Beamten, Angestellten und Arbeiter, und die Nichtachtung, mit der die Verwaltung die Wünsche des Personals behandelt. So schreibt das Radblatt der Telegraphenmechaniker, daß diese Beamten schon seit Oktober 1911 vergeblich auf die Verantwortung einer Eingabe warten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Petition liegt jetzt dem Reichstag vor. Es handelt sich dabei um Wünsche, die m. E. der Erwägung wert sind. Weil der Verfassung des Vereins der Post- und Telegraphenbeamten die Verwaltung ausdrücklich zur Bedingung gemacht haben, daß der Verein dem Reichstag keine Petitionen unterbreiten dürfe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das wäre ein schwerer Eingriff in die Staatsbürgerrechte der Beamten. Würden die Beamten in mündlichen Verhandlungen der Behörde gegenüber ihre Wünsche vertreten können, würde sicher die Zahl der Petitionen an den Reichstag erheblich abnehmen. Deshalb halten wir die

Schaffung von Beamtenausschüssen

für dringend erforderlich. Ihre Befugnisse müßten allerdings gesetzlich festgelegt, ihre Mitglieder gegen dienstliche und wirtschaftliche Schikanen geschützt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie müssen befugt sein, die berechtigten Wünsche ihrer Kollegen rückhaltlos der Behörde gegenüber zu vertreten. In Privatbetrieben und vielen Hunderten von Gemeindevorstellungen sind mit solchen Ausschüssen gute Erfahrungen gemacht worden. Der Reichstag hat sich wiederholt für die Kommissionsausschüsse ausgesprochen. In diesem Jahre war die Kommission sogar einmütig dafür. Nichtsdestoweniger widerlegt sich die Reichsregierung grundsätzlich dieser Forderung. Der Reichszentralrat hat sogar den Reichsbehörden untersagt, ihnen näher zu treten. Die Regierung fürchtet, die Ausschüsse würden in Abhängigkeit von den Beamtenvereinen geraten, und diesen so ein gefährlicher Einfluß auf die Entscheidung der Behörden eingeräumt werden. Das beweist wieder die Feindschaft der Reichsleitung gegen das Koalitionsrecht, selbst in der harmlosen Form, wie es die Beamten anwenden. Die Anstellungsverhältnisse der mittleren Beamten sind in den letzten Jahren erheblich schlechter geworden. Die Partzeit der nicht etatsmäßig angestellten Assistenten ist von 3 auf fast 6 Jahre gestiegen. Dabei spart die Verwaltung nicht nur Wohnungsgeldzuschuß, die Assistenten werden auch mit völlig unzureichenden Tagelohnen abgefunden. In Preußen sind die Sätze für ähnliche Dienststellen höher. Wir stimmen deshalb dem Antrag der Kommission auf Erhöhung dieser Sätze zu. Bei den Unterbeamten erfolgte die etatsmäßige Anstellung früher meist nach 9 bis 10 Jahren, heute müssen sie 12 bis 13 Jahre warten. (Hört! hört!) Besonders schlimm ist es in den ländlichen Bezirken. So erfolgte im Oberpostdirektionsbezirk Schwerin im letzten Jahre eine

Anstellung nach 22 Dienstjahren.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß sind in diesem Jahre erheblich mehr Dienststellen eingestellt worden als früher. Aber die Verwaltung sollte noch weitergehen und wenigstens den aus dem Telegraphenarbeiterverhältnis hervorgegangenen Unterbeamten die Arbeiterjahre auf das Besoldungsdienstalter anrechnen, was einer alten einmütigen Forderung des Reichstags entspricht. Bei ihrem Widerstand dagegen stützt sich die Verwaltung lediglich auf kleinliche fiskalische Gesichtspunkte. Mit der er-

folgten Aufbesserung der Unterbeamten und Postboten ist wenigstens dem schlimmsten Notstand begegnet worden, doch wird über die Art der Durchführung der Erhöhung der Tagelöhner für Postboten noch lebhaft geklagt, besonders aus Hamburg und Dortmund. Eingaben wegen Vereinfachung von Karten in der Dreiklassen-einteilung werden vom Bundesrat viele Jahre verschleppt. Klagen hierüber liegen von vielen Städten, so auch von Elberfeld-Barmen vor. Unter diesem Schneekentempo leiden natürlich die unteren Beamten am meisten. Ein recht merkwürdiger Post in der Dienstverpflichtung der Beamten ist die Bestimmung, wonach der Beamte in seiner dienstfreien Zeit ohne Erlaubnis der Behörde seinen Amtsort nicht länger als 12 Stunden verlassen darf. Diese verhaßte Bestimmung, deren Durchführung gar nicht zu kontrollieren ist, wird heute zur Schikanierung unliebsamer Beamten benutzt. Es sind in letzter Zeit Unterbeamte, die in ihrer dienstfreien Zeit für ihre Organisation außerhalb ihres Amtsortes tätig gewesen sind, auf Grund dieser Bestimmung verurteilt und bestraft worden. Eine solche Behandlung erregt lebhaft an die Kaserne und ist unglaublich kleinlich und gehässig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dem Antrag der Kommission, der Wenderung der Dienstordnung verlangt, sollte der Reichstag einstimmig zustimmen. — Die unklare Anstellung der Post- und Telegraphenbeamten hat der Bundesrat wieder abgelehnt, weil es an der genügenden Erfahrung fehle. Dabei soll es heute mehr als tausend Gehilfen geben, die zwanzig Jahre und länger im Dienst der Post sind. In Bayern und Württemberg ist diese unklare Anstellung längst erfolgt. Sachliche Bedenken können nicht vorhanden sein, weil unter den Bewerberinnen eine scharfe gesundheitliche Auswahl gehalten ist, und auch vor der endgültigen Anstellung wieder eine ärztliche Untersuchung stattfindet. Auch um das Seelenheil der Beamten kümmert sich die Post. Sie verbietet Beamtinnen, die nicht zu Hause wohnen können, bei Familien zu wohnen, wo außer dem Familienvater noch weitere männliche Familienmitglieder über 16 Jahre vorhanden sind. (Hört! hört! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es sollen sogar Beobachtungen des Privatlebens von Beamtinnen vorgekommen sein. Das ist eine unwürdige Schandfeste!

und Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit der Beamtinnen. Wir verlangen rechtliche Gleichstellung der Beamtinnen mit den männlichen Beamten. Besonders schlechtgestellt sind die weiblichen Hilfskräfte bei den Postämtern III. Sie haben den gesamten Schalterdienst zu versehen, wobei erhebliche Geldsummen durch ihre Hände gehen, und werden zum Teil mit monatlich 30 Mark entschädigt. Das ist eine Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft, deren sich das Reich schämen muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hier muß schnell und gründlich Besserung geschaffen werden.

Die Ostmarkenzulage werden wir wieder ablehnen. Es ist überhaupt verwunderlich, daß sie wieder eingestellt worden ist, trotzdem der Reichstag sie wiederholt mit großer Mehrheit gestrichen hat. Der politische Charakter dieser Zulagen ist in der Begründung zum dem preussischen Gesetz, das sie einschufte, und das dem Reich zum Vorbild gedient hat, klar ausgesprochen. Die Ostmarkenzulage ist ein Teil der Drangsalierungspolitik gegen das polnische Volk, die im Gegensatz steht zu Menschlichkeit und Kultur und von und immer bekämpft worden ist. Die Behauptung, sie habe nur wirtschaftlichen Charakter, ist widersinnig, denn die Lebensverhältnisse in den Großstädten und Industriebezirken sind erheblich teurer als die Lebensverhältnisse im Osten. Wenn der Staatssekretär trotzdem immer in beweglichen Worten ihre Zulassung im Interesse seiner Beamten befürwortet, so mußt es doch so merkwürdiger an, als er andere wohlbegündete und dringliche Forderungen der Beamten hartnäckig bekämpft. Gegenüber diesen berechtigten Wünschen der Beamten gilt es, an Stelle einer einseitigen fiskalischen Erwerbspolitik eine großzügige tatkräftige Sozialpolitik zu setzen! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Reichspostamts Kraetke:

Ich will die einzelnen, vom Vordredner berührten Fragen nicht jetzt gleich behandeln, da sie ja von den folgenden Rednern auch noch erörtert werden dürften. Ich will mich nur gegen den Vorwurf wenden, daß ich gegenüber der Beschwerde des Oberst v. Reuter nicht für meine Beamten eingetreten bin, sondern sie käuflich preisgegeben habe. Dagegen muß ich ernstlich Widerspruch erheben. Es ist eine Uebertreibung sondergleichen, wenn behauptet wird, daß der Oberst v. Reuter die Postbeamten des Amtsverbrechens und der Unterschlagung beschuldigt habe. Der Oberst hat nichts weiter gesagt, als daß viele Briefe mit beleidigenden Aufschriften bestellt worden seien und Sendungen, in denen sein Vorgehen gelobt wurde, nicht bestellt wurden. Ich habe nun darauf nichts weiter erklärt, als daß die Tatsachen, die der Herr Oberst erwähnt hat, richtig seien und dabei muß ich auch bleiben. Ich würde mich ja der Verschweigung von Tatsachen schuldig machen, wenn ich das nicht bekunden würde. (Sehr richtig! rechts.) Eine weitere Tatsache, die ich nicht verschweigen kann, ist, daß eine Untersuchung eingeleitet wurde und sich dabei ergeben hat, daß Karten mit sehr pöbelhaften Bezeichnungen bestellt wurden, die bei etwas mehr Aufmerksamkeit hätten zurückgestellt werden können. (Sehr richtig! rechts.) Wie können Sie also sagen, ich als Chef habe meine Beamten preisgegeben? Wohin soll das führen, wenn Sie den Worten etwas anderes unterlegen, als ihr Sinn bedeutet. Besonders merkwürdig ist, daß diese Vorwürfe wegen angeblicher Beleidigung der Beamten von sozialdemokratischer Seite kommen. Schlagen Sie doch an Ihre eigene Brust. (Lebhafte Zustimmung rechts, große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Sind nicht von Ihrer Seite häufig die schwersten Anschuldigungen gegen Beamte ausgesprochen worden? (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, von Ihnen. Da sind Sie nicht so feinsinnig, und da haben Sie Ihre Anschuldigungen nicht widerrufen, obgleich ich gesagt habe, daß sie nicht richtig seien. Erst bei den dritten Besungen, nachdem ich mehrfach erklärt habe, daß es nicht schon sei, derartige unrichtige Anschuldigungen vorzubringen, sind von Ihrer Seite Widerrufe erfolgt. Jetzt auf einmal aber erklären Sie es für ein furchtbares Verbrechen, wenn der Oberst Reuter sagt, es seien ihm Postarten mit schwer beleidigenden Ausdrücken bestellt und Postarten mit lobenden Äußerungen nicht bestellt worden.

Abg. Raden (Z.):

Der Postetat ist diesmal mit erfreulicher Vorsicht aufgestellt worden, so daß die Einnahmen wohl nicht, wie im Vorjahre, hinter dem Voranschlage zurückbleiben werden. — Das Postgesetz-gesetz bringt nur geringe Verbesserungen; doch kann es noch ausgebaut werden. — Die Sonntagsheiligung muß sich auch für die Postbeamten ermöglichen lassen. — Der postlagernde Verkehr sollte eingeschränkt werden; hier gegen Mißbräuche einzuschreiten, ist das deutsche Volk seiner Selbsterhaltung schuldig. An junge Mädchen unter 18 Jahren sollten, wie in Frankreich, postlagernde Sendungen überhaupt nicht ausgehändigt werden. In Amerika sind sogar noch schärfere Maßregeln ergriffen worden. — Den Krankenkassen sollte die Postverwaltung im Notfall beispringen. Erreulich ist die Zunahme des Postpaketverkehrs nach dem Auslande. — Mit der Anstellung von Postautomaten sollte man in rascherem Tempo vorgehen. — Erreulich ist die Entwicklung der Funktelegraphie. — Erreulich ist ferner die Einführung der Postkreditbriefe. — Die Geschäftswelt würde es angenehm empfinden, wenn die Geschäftspapiere nach dem fernen Osten besser und rascher expediert werden könnten. — Der Forderung nach der Einrichtung

von Beamtenauschüssen sollte die Verwaltung sich freundlich gegenüberstellen.

Staatssekretär Kraetz:

Ich möchte Ihnen die freudige Nachricht mitteilen, daß China dem Weltpostverein beizutritt und schon Ende dieses Jahres auf dem Kongreß in Madrid vertreten sein wird. Dadurch werden sich auch die Schwierigkeiten beheben lassen, die jetzt bei den Geschäfts-papieren nach China bestehen. Herr Ebert bemerkt, daß wir in der Ausdehnung des Brieftelegraphenverkehrs schneller vorgehen als andere Verwaltungen. Wir beabsichtigen, Brieftelegrame schon von 5 Uhr an entgegenzunehmen, und ferner sollen weitere 20 Telegraphenämter hierfür in Betracht kommen. Beachtenswert ist auch, mit Oesterreich-Ungarn in ein engeres Verhältnis bezüglich des Telegrammverkehrs zu treten. — Mit post-lagernden Sendungen wird gewiß Mißbrauch getrieben. Aber Schwierigkeiten für diesen Verkehr seitens der Postverwaltung würden die Beamten nicht haben, dagegen den legitimen Verkehr und die Beamten außerordentlich belasten. Wie soll denn der Beamte das Alter der abholenden Personen prüfen? Der illegitime Verkehr würde nicht eingeschränkt werden, es würden zu seiner Erledigung private Bureaus entstehen, an die die Post die Briefe doch befördern müßte. Den Krankenlasten haben sich erfreulicherweise bereits 82 800 Unterbeamte mit 208 000 Angehörigen angeschlossen.

Abg. Ved. Seidelberg (natl.):

Die Vermehrung der Ueberschüsse der Postverwaltung, die in den letzten Jahren dauernd erfolgt ist, ist sehr erfreulich; denn die Postverwaltung ist ein Spiegelbild unserer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse und wird hoffentlich auch in Zukunft ein helles Bild zeigen. Um so mehr müssen wir auf die Erfüllung aller Wünsche drängen, auf Vereinheitlichung und Vereinfachung des Weltpostbriefpostos, auf Beseitigung der besonderen Gebühren für die Bestellung von Telegrammen, auf Verbilligung des Frachtpostos, wodurch sicherlich kein Ausfall an Einnahmen herbeigeführt werden würde. — Das Recht der Beamten zu Petitionen müssen wir aufrecht erhalten; natürlich dürfen die Beamten nicht über den Kopf ihrer vorgesetzten Behörde sich an die gesetzgebenden Körperschaften wenden. Sie tun das auch nicht, sondern geben ihren Vorgesetzten Kenntnis von ihren Wünschen und Anträgen. Aber die Verwaltung muß diese Wünsche und Anträge auch an-hören (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen), sie prüfen und eine Entscheidung treffen. Wenn das nicht geschieht, ist es begreiflich, daß die Beamten sich an ihren Abgeordneten wenden; darin kann eine Pflichtverletzung nicht liegen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Organisationen soll man nicht verfolgen, sonst treibt man die Beamten in die Geheimbünde. Die unflätige Anstellung der weiblichen Kräfte kann ich auch nur befürworten. — Bei eiligen und nicht eiligen Drucksachen könnte ein Postunterschied eintreten. Der Postanweisungs- und Postschied-verkehr sollte vereinfacht und verschmolzen werden. Ein Bedürfnis nach Postparkassen besteht bei dem ausgebreiteten Sparlassen-netz in Deutschland nicht. Dagegen sollten die Sparkassen in stärkerem Maße sich des Postschiedverkehrs bedienen.

Abg. Dr. Derfel (f.):

An dem Etat Kritik zu üben, haben wir keine Veran-laffung, wir werden ihn bewilligen und beantragen, die von der Budgetkommission gestrichene sog. Ostmarkenzulage wieder herzustellen. — Die Vorwürfe gegen den Fiskalismus der Postverwaltung — Herr Ebert hat sogar von Ewerthspäter gesprochen — sind unbedeutend; ganz unberücksichtigt dürfen die fiskalischen Gesichtspunkte nicht bleiben. Dann wirft man unserer Postverwaltung oft Rückständigkeit vor. Nun, im Ausland erkunnt man überall unsere ausgezeichnete Postverwaltung an. (Bravo! rechts.) Der Staatssekretär ist auch tatsächlich für alle Anregungen entgegenkommend. Die Zeitungsbeihilfe wird nicht noch zu wünschen übrig; der Staatssekretär weiß das und ist bemüht, Besserung herbeizuführen. Eine Unterscheidung zwischen eiligen und nicht eiligen Drucksachen halte ich nicht für angebracht. Das platte Land ist ja das Stiefkind der Postverwaltung. (Widerspruch des Abgeordneten Kuchhoff (S.).) Kennen Sie ein Dorf, Herr Kollege, das achtmalige Briefbestellung hat wie die Großstädte? (Sehr richtig!) Das ist natürlich auch nicht zu verlangen, aber eine zweimalige Briefbestellung sollte auch der kleinste Landort haben. (Sehr richtig! rechts.) Dringend notwendig ist eine neue Gebührenordnung für die Benutzung des Fernsprechers; besonders ist jetzt das platte Land benachteiligt. In der Großstadt wären wir auch nicht unzufrieden, wenn durch eine Erhöhung der Gebühr die unnütze Anwartschaft aufhört. (Sehr richtig! rechts.) Die Verhältnisse der Postagenten sind noch immer verbesserungsbedürftig, und ich bitte den Staatssekretär, die Wünsche der Postagenten wohlwollend zu prüfen. Die Verwendung weiblicher Kräfte soll nicht dazu führen, Frauen zu Vorgesetzten der Männer zu machen. Die Frau erkennen wir im Hause gern als Vorgesetzte an (Sehr richtig!), aber nicht im Amte. Gegen die Verwendung von Posthilffrauen bei den Postämtern 3. Klasse habe ich schwere Bedenken. Sie sind dort Vorgesetzte der Unter-beamten und das scheint mir sehr bedenklich. Ist die Frage der Kinderzulagen geprüft worden, wie uns im vorigen Jahre ver-sprochen worden ist? Noch ein Wort zu den Vorurteilen in Jaber. Der Oberst v. Neuter und der Leutnant v. Forstner haben beschimpfende, beleidigende Karten zugestellt erhalten ent-gegen der Postordnung und Karten anerkennenden Inhalts sind ihnen nicht zugestellt worden. Das sind doch Verletzungen, die der Staatssekretär untersuchen und bestrafen mußte. Er konnte gar nicht anders handeln und er besitzt unser volles uneinge-schränktes Vertrauen. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Kraetz:

Es ist natürlich, daß das flache Land nicht dieselben voll-kommenen postalischen Einrichtungen besitzt wie die Großstädte. Besserung zu schaffen sind wir stets bemüht. Wann eine neue Gebührenordnung für Fernsprecher vorzulegen möglich sein wird, kann ich noch nicht sagen. Weibliche Beamte beschäftigen wir in geringerem Maße als andere Länder, daß solche Beamte auch Vor-gesetzte von männlichen Arbeitskräften werden, ist nicht zu ver-meiden und auch nicht so bedenklich, wie der Vorredner fürchtete. Den Postagenten bringt die Verwaltung das größte Wohl-wollen entgegen. Herr Ebert meinte, die Eisenbahnverwal-tung sei der Post nicht genug entgegenkommend und schließe die Paketbeförderung von den Schnellzügen aus. Das ist nicht richtig; die Bahnverwaltung kann das tun, und sie muß es zuweilen tun im Interesse des raschen Eisenbahnverkehrs. Der Eisenbahnminister hat sich den Wünschen des Postverkehrs gegenüber stets entgegen-kommend verhalten. Daß Wünsche der Beamten nicht wohlwollend geprüft werden, ist unrichtig. Aber unerfüllbare Wünsche können nicht befriedigt werden.

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr pünktlich. (Vorher kurze Anfragen, nachher Kolonial-Stat.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

89. Sitzung, Montag, den 2. März 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz, Senge.

Das Kommunalabgabengesetz.

Eine freikonservative Interpellation über die Kommunalabgaben wird verlag.

Minister von Dallwitz:

Unser Kommunalabgabengesetz, eines der vorzüglichsten Gesetze der neueren Zeit, ist für die Entwicklung der Kommunen in den letzten 20 Jahren maßgebend geworden. Die außerordent-lichen Veranlassungen der letzten Jahre haben die Kommunen in den letzten 20 Jahren maßgebend geworden. Die außerordent-lichen Veranlassungen der letzten Jahre haben die Kommunen in den letzten 20 Jahren maßgebend geworden.

liche Höhe der Gemeindefürsorge, für zahlreiche Gemeinden eine schwere Gefahr, ist nicht eine Wirkung des Kommunalabgaben-gesetzes, sondern der steigenden Ausgaben der Gemeinden. Das aber liegt außerhalb der Wirkungssphäre des Gesetzes. Erträglich sind diese angewachsenen Kommunalabgaben nur geworden durch die geschickten Bestimmungen unseres Gesetzes, betreffend die Verteilung der Lasten. Deshalb dürfen Veränderungen an dem bestehenden Abgabengesetz nur mit großer Vor-sicht vorgenommen werden. Jedenfalls dürfen die leitenden Grundsätze des Gesetzes nicht angetastet werden. Dazu gehört vor allem, daß die Besteuerung durch die Gemeinden an der Steuerrechte des Staates ihre Grenze findet. Es wird vielmehr darauf ankommen, die Bevorzugungen einzelner Gruppen von Personen bei der Besteuerung aufzuheben, die Beitrags-pflicht des Fiskus für die Gemeinden auszudehnen und für eine Teilung der mehreren Gemeinden gemeinsamen Steuerquellen andere Bestimmungen zu treffen. Damit streben wir eine Vereinfachung und Reform der Verwaltung an. Ich danke allen denen, die an dem vorliegenden Entwurf, der das Resultat praktischer Erfahrung ist, mitgearbeitet haben. (Beifall.)

Abg. v. Jacobi (f.):

Die Statistik beweist, daß die Gemeinden in erschreckender Weise überlastet sind. Da muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Wir fordern vom Minister eine Denkschrift über den Steuervergleich zwischen den Gemeinden. Zu begründen ist es, daß der Staat mit seinen Grundsteuern zur Besteuerung herangezogen wird. Wir sind, im Gegensatz zum Deutschen Städtetag, gegen die Grundwertsteuer nach dem gemeinen Wert. Wir beantragen, die Vorlage an eine Kommission von 28 Mit-gliedern zu übertragen.

Abg. Dr. Reil (natl.):

Dem Antrag auf Kommissionsberatung des Gesetzentwurfs stimmen wir zu. Zuschläge zu den Realsteuern und kommunale Sondersteuern sollten erst als letzte Auskunft herangezogen werden. Besonders leiden die Gemeinden unter den ungeheuren Volks-schuldenlasten. Hier müssen die Maßnahmen der Regierung ein-leuchten. Der vorliegende Entwurf arbeitet mit den sogenannten kleinen Mitteln. Die Besteuerung der Staatsgrundstücke wie der juristischen Personen begriffen auch wir. Die Forderung des Städtetages, auch die Genossenschaften und derartige Vereine zu besteuern, lehnen wir ab. Durch die Gewerbesteuer dürfen die Unter-nehmer nicht zu stark belastet werden. Der Gesetzentwurf bringt sehr viel Gutes. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Waermeling (S.):

Auch wir stimmen dem Antrag auf Kommissionsberatung bei. Unser preußisches Städtewesen zeigt eine gedeihliche Entwicklung im Unterschied zu Frankreich, wo sich in dem Wasserlopf Paris so ziemlich das gesamte Leben der Nation abspielt. Zwar zeigt auch Berlin schon einige Wasserlopfmerkmale. Vor allem müssen wir darauf achten, daß die kleinen Städte mit ihrem Mittelstand ihre Leistungsfähigkeit bewahren. Heutzutage ist der Steuerzahler eine von allen Seiten gemolkene Kuh (Sehr richtig!), die Gemein-den wirtschaften nicht sparsam genug. Der Gesetzentwurf wird noch erhebliche Umgestaltungen erfahren müssen, bevor er unsere Zustimmung finden kann. Das gilt namentlich von der Besteuerung des Grundbesitzes und von der Doppelbesteuerung, die nach Möglichkeit eingeschränkt werden muß. Wir wollen hoffen, daß ein Gesetz zu Stande kommt, welches die Majori-sierung der wirtschaftlich Schwachen durch die Stärkeren verhindert und den Interessen der Steuerzahler entspricht. (Beifall im Zentrum.)

Finanzminister Dr. Lenze:

Der hohe Steuerdruck, der auf den Gemeinden lastet, ist auf den zu großen Luxus der Gemeindebauten zurückzuführen worden. Dieser Auffassung, die hier mehrfach ausgesprochen worden ist, muß die Regierung entgegenreten. Leber reichte auch die Ein-gliederung der Realsteuern durch die Gemeinden, die der Staat diesen als Weiden überließ, nicht aus, um die riesige Steigerung der Gemeindeausgaben zu kompensieren. Seit den siebziger Jahren haben sich unsere Städte mächtig entwickelt. Die Erkenntnis, daß wegen ein Oberbürgermeister sich ein ewiges Denkmal seiner Tätig-keit in prächtigen Bauwerken setzt (Sehr richtig! rechts.) — viele Ercheinung darf man nicht verallgemeinern. Gute Schul-häuser, lomsfortable Wohnungen — das sind die bedeutenden Aufgaben unserer Gemeinden und dafür müssen sie die Mittel erhalten. Es gehört zu den Ruhmestaten des deutschen Bürgerlandes, daß es immer neue Aufgaben in Angriff genommen und dadurch die allgemeine Kultur wesentlich gefördert hat. (Lebhafter Beifall links.) Es läßt sich nicht ändern, daß die Gemeindeausgaben durch die Befolgungen, nament-lich für die höheren Schulen, stark in die Höhe getrieben werden; denn die Gemeinden sind die Träger der Kultur. Der Staat hat jetzt freiwillig seinen Grundbesitz der Besteuerung durch die Gemeinden unterstellt. Dagegen ist die Besteuerung der Geistlichen unumkehrbar, zumal es den Gemeinden an Mitteln zur Entschädigung der Geistlichen fehlt. Die Wertwachstumssteuer für den Grundbesitz entlastet die Grundbesitzer in hohem Maße, so daß eine Opposition von der Seite der Grundbesitzer gegen die Steuer nicht begründet erscheint. In finanziellen Angelegenheiten der Gemeinden ist die Aufsicht des Staates unerlässlich. Sonst könnte die Finanzwirtschaft der Gemeinden zu einem Konkurs führen. Hoffent-lich geht aus den Kommissionsberatungen ein erprobliches Gesetz hervor. (Beifall links. Schweigen rechts.)

Abg. Dr. Bredt (f.):

Die Ursache für die starke Steuerbelastung der Kommunen ist die Bodenpolitik der Gemeinden. Der Grund- und Hausbesitz sollte nicht nach dem allgemeinen Wert, sondern nach dem Ertrage be-steuert werden. Vielfach haben sich die Gemeinden Aufgaben nament-lich auf sozialpolitischem Gebiete, wie die Speisung von Schul-kindern u. dgl. aufgebürdet, die ihnen nicht zustehen. Was geht v. Frankfurt a. M. unser preußisches Unterstaatssekretär an. Ein Regierungspräsident hat sogar eine Reihe von Bürgermeistern durch den bekannten Bodenreformer Damaskis in dessen kommunalpolitischen Ideen unterrichten lassen. Wir wünschen keinen Eingriff der Gemeindeverwaltungen in die Privatwirtschaft. (Leb-hafter Beifall rechts.)

Abg. Cassel (Sp.):

Der Finanzminister hatte recht, als er die Städte gegen den konservativen Vorwurf verteidigte, sie hätten ihr Konto durch luxuriöse Anlagen zu stark belastet. Diese sozialen und hygienischen Ein-richtungen wurden durch die fortschreitende Entwicklung unserer Gemein-weisen notwendig. Ich muß also den Ausführungen des freikonservativen Abgeordneten, der eine Einschränkung der sozial-politischen Wirksamkeit forderte, entschieden entgegen-treten. Die Speisung armer Schulkinder durch die Stadt ist ein gutes Werk, gegen das er sich nicht hätte wenden dürfen. Der vorliegende Entwurf ist eine geeignete Grundlage zu weiteren Ver-handlungen, aber den agrarischen Wünschen der Konservativen werden wir niemals entgegenkommen. Die fiskalischen Vertriebe, z. B. die Eisenbahnen, müssen befreit werden, ebenso der Staatsgrundbesitz. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Hirsh (Soz.):

Es gibt zahlreiche Gemeinden, die nur niedrige Steuerzuschläge erheben und von denen man deshalb glaubt, sie wären in günstiger Lage. Aber der Schein trügt. Die Zuschläge werden da aus ganz bestimmten Absichten niedrig gehalten, um Konkurrenz gegen andere Gemeinden zu machen, wohlhabende Leute heranzu-ziehen usw. Auf diese Gemeinden kommt es aber nicht an, sondern auf die große Belastung der meisten, namentlich der größeren Ge-meinden. Die schlechte Finanzlage der Städte ist nicht zum ger-ingsten Teil auf das Wachsen von Ausgaben zurückzuführen, auf die die Städte gar keinen Einfluß haben; so ist es bei den Polizeikosten in Städten mit städtischer Polizei, wo die Städte einfach zu zahlen haben, was ihnen vorgeschrieben wird. Ebenso ist Insuperantentel vorantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag, Vorwärts

es mit den Provinzialaufgaben und man darf nicht vergessen, daß eine Reihe von Ausgaben der Städte deshalb so hoch sind, weil an der Sozialpolitik so gespart wird. Wenn Reich und Staat ihre Pflicht erfüllen und

eine Arbeitslosenversicherung

einführten, werden die Armenlasten lange nicht so groß, desgleichen wenn man schon früher angefangen hätte, durch eine vernünftige Wohnungsgesetzgebung dem Wohnungselend und der Woh-nungsteuer entgegenzuwirken, und endlich wird die Steigerung der Lebensmittelpreise natürlich sehr stark auf die Gemeindefinanzen ein. Der Finanzminister hat darauf hingewiesen, daß das Kinder-privileg namentlich in kleineren Gemeinden eine große Rolle spielt. Das ist richtig, aber natürlich darf man deshalb nicht daran denken, es zu beseitigen. Die Gründe des Ministers gegen eine Aufhebung des Steuerprivilegs der Geistlichen sind nicht durchschlagend. Wir haben eine große Reihe wohl-habender Gemeinden, die die Geistlichen für die Heranziehung zur Steuer entschädigen könnten, es gibt aber auch genug Geistliche, die auf ihr Steuerprivileg glatt verzichten könnten. Gewiß sollen die Gemeinden sparsam wirtschaften, aber es dürfen nicht aus „Sparamkeit“ Kulturaufgaben vernachlässigt werden. Das geschieht aber vielfach. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bedenklich ist, daß der Regierungsentwurf den Gemein-den keine wesentlichen neuen Einnahmequellen erschließt. Die Regierung bekämpft den Vorschlag des Städtetags, die Kapital-rentensteuer einzuführen. Offenbar will man diese Steuer dem Staat vorbehalten. Wir sind ferner der Ansicht, daß ebenso wie die Einkommensteuer, auch die Ergänzungssteuer den Zuschlägen unter-worfen werden soll. Wir bedauern es, daß die Grenze von 6000 M. Einkommen für Gemeindefürsorge beibehalten ist, ja daß den Gemeinden die Möglich-keit bleibt, von noch geringeren Einkommen Zuschläge zu erheben. Wir verlangen und werden beantragen eine wesentliche Er-höhung des steuerfreien Existenzminimums ent-sprechend dem gemunkenen Werte des Geldes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Gemeinden den freundlichen Rat er-halten, Mietsteuern einzuführen, bedauern wir außerordentlich, denn das bedeutet Wohnungsteuerung. Während der § 25 des jetzigen Gesetzes über die Grundstücksbesteuerung in der Gemeinde sich durchaus bewährt hat und den Gemeinden ermöglicht hat, die Steuer nach dem Grundwert oder nach dem Nutzungswert zu be-messen, schlägt die Regierung auf Verlangen des Bauverbundes für den deutschen Grundbesitz, der übrigens keine Agitation mit den größten Uebertreibungen geführt hat, eine Neuordnung vor, die keineswegs, wie man behauptet, den bodenständigen Grund-besitzer, der sein Grundstück selbst bebaut und den übrigens niemand von der Scholle vertreiben will, schädigen würde, sondern vielmehr würde die vorgeschlagene Neuordnung, die den Ertragswert zugrunde legt der Spekulation Vorschub leisten und überdies noch die Ge-meinden finanziell schädigen. Wie das mit der angeblichen Tendenz der Vorlage, die Gemeindefinanzen zu stärken, vereinbar ist, verstehe ich nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben keinen Anlaß, uns gegen den Gedanken des § 53 zu wenden, der einen Zuzug der Betriebsgemeinde an die Wohn-gemeinde vorsieht. Dieser Paragraph hat zu an sich bedauerlichen Prozessen zwischen Berlin und östlichen Vor-orten geführt, aber es ist doch kein Zweifel, daß den Nutzen von der Arbeit der aus der Wohn-gemeinde zur Arbeit nach der Betriebs-gemeinde kommenden Arbeiter die Betriebsgemeinde hat, während der Wohn-gemeinde große Ausgaben für Schullasten usw. erwachsen. Darum ist der Zuzug auch berechtigt. Ich erkenne an, daß die Vorlage eine Reihe von Fort-schritten bringt, so eine Einschränkung der Staatsaufsicht und ich muß lebhaft bedauern, daß gerade gegen diesen Punkt hier Stimmen laut geworden sind. Jetzt werden vielfach, auch in Groß-berliner Gemeinden höchst notwendige Ausgaben mit der Ausrede aufgeschoben, daß die Regierung die bei Zuschlägen über 100 Proz. erforderliche Genehmigung zur Erhöhung der Gemeindezuschläge verweigern und daß damit

die Selbstverwaltung zu Ende sein

würde. Deshalb sträuben sich zahlreiche Gemeinden, die eine Er-höhung der Zuschläge um 20 und 30 Proz. nötig hätten, gegen eine Erhöhung um 10 Proz. und es erscheint nötig, die Verurung auf angebliche Hindernisse durch die Staatsaufsicht unmöglich zu machen. Erfreulich ist, daß nun auch diejenigen besser erfährt werden sollen, die in der glücklichen Lage sind, in mehreren Gemeinden einen Wohnsitz zu haben und die heute sich ansuchen können, wo sie die Gemeindesteuer entrichten wollen. Natürlich suchen sie sich die Gemeinde mit den geringsten Zuschlägen aus und schädigen da-by die anderen Gemeinden ganz erheblich. Da eine Kommission von 28 Mitgliedern vorgeschlagen ist, werden wir die Möglichkeit haben, dort an der Vorlage mitzuarbeiten. Wir werden uns be-mühen, das Gesetz so zu gestalten, daß es in gleicher Weise den Interessen der Steuerzahler und denen der Gemeinden gerecht wird und zwar nicht nur der großen, sondern auch der mittleren und kleinen Gemeinden. Aber schärfsten Widerstand werden wir allen Versuchen entgegensehen, die darauf hinauslaufen, auch dieses Gesetz agrarischen Interessen dienlich zu machen. (Leb-hafter Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. Spee (S.):

bekämpft die Bestrebungen der Bodenreformer und wendet sich gegen die Erhebung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert.

Dienstag 11 Uhr: Vereidigung der neu eingetretenen Mitglieder, Weiterberatung, Kleine Vorlagen.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Protest gegen Militarismus und Klassenjustiz.

Mit dem Urteil gegen die Genossin Rosa Luxemburg be-schäftigte sich am Sonntag, den 1. März, eine öffentliche Volks-versammlung in Königsberg i. Pr., die in überfülltem Saale von gegen 2000 Personen besucht war. Reichstagsabgeordneter Genosse Haase-Berlin referierte. Er wies eingehend die juristische Unhaltbarkeit des Urteils nach und erklärte, daß Volk dürfte doch wohl noch eine Meinung haben und sagen, daß es einen Krieg gegen die französischen Brüder nicht wolle. Etwas anderes habe die Genossin Luxemburg nicht zum Ausdruck gebracht. Das Urteil sei von Richtern gefällt, die ganz von den Anschauungen der herrschenden Klasse erfüllt seien.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am	letzt	Wasserstand	am	letzt
	1.3.	28.2.		1.3.	28.2.
	cm	cm		cm	cm
Wemel, Albst	210 ¹⁾	-19	Saale, Großh.	199	-19
Wregel, Jüterburg	154	-5	Qavel, Sandau ²⁾	—	—
Weszel, Thorn	295 ³⁾	+50	Reichow, Rathenow ³⁾	80	0
Oder, Ratibor	288	-14	Spree, Eberberg ³⁾	—	—
• Krossen	228	+17	• Beestow	—	—
• Frankfurt	206	+5	Weser, Minden	266	-10
• Marihe, Schrum	198	+2	• Minden	350	-12
• Randberg	147	+3	Rhein, Ragimilansau	391	-7
• Rege, Borsdamm	34	-30	• Raab	265	-18
• Uide, Leitmeritz	179	-16	• Rölln	336	-33
• Dresden	75	+11	• Redar, Döhlbrom	115	-8
• Barbe	221	0	• Rain, Gausau	259	-16
• Magdeburg	258	-5	• Roci, Trier	103	-16

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall, — ²⁾ Unterregel, — ³⁾ Dreibein, — ⁴⁾ Höchst Wasserstand am 1.3. 12 Uhr mittags: 307 Zentimeter bei Niedriggang. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W.